



KOMMUNAL

GEMEINDEN . GESTALTEN . ÖSTERREICH .

HOFBURG 2016

Das sagen die
Kandidaten

Seite 24

ENERGIE

Europas erste
Naturgas-Anlage

Seite 42



Guten Morgen,
Österreich!

ORF startet tägliches Frühfernsehen aus
Österreichs Gemeinden.

Seite 16

FÜR NIEDERÖSTERREICHISCHE **WIENERGIEBÜNDEL** IST NACHHALTIGE ENERGIE EIN HEIMSPIEL.



Sie begrüßen umweltfreundliche Energielösungen in Ihrer Gemeinde mit Pauken und Trompeten? Dann spielen Sie das nächste Stück gemeinsam mit Wien Energie und lassen Sie sich von günstigen Tarifen und umfangreichen Dienstleistungen überzeugen. Informieren Sie sich jetzt über unser Angebot auf wienenergie.at



UNSERE KRAFT FÜR SIE.



www.wienenergie.at

Wien Energie Vertrieb, ein Unternehmen der EnergieAllianz Austria.



KOMMENTAR

WARTEN AUF EIN GROSSES WUNDER



DIE GEMEINDEN
HABEN IHRE REFORM-
BEREITSCHAFT NICHT
NUR STETS ZUM
AUSDRUCK GEBRACHT,
**SONDERN AUCH
UNTER BEWEIS
GESTELLT.“**

Mit großem medialen Theaterdonner wurden vor rund einem halben Jahr die Verhandlungen um einen neuen Finanzausgleich gestartet. Die Hoffnung, dass das überaus komplizierte, verworrene und kaum mehr nachvollziehbare Regelwerk durch ein schlankes und durchschaubares Instrument ersetzt wird, war gerade seitens des Gemeindebundes groß. Wir haben seit Jahren einen aufgabenorientierten Finanzausgleich in der Form gefordert, dass die Leistungen der einzelnen Gebietskörperschaften abgegolten werden sollen. Denn die Gemeinden sind es, die mit Abstand den größten Rucksack an Aufgaben zu schultern haben. Das beginnt bei der ständig wuchernden Verwaltung, die uns von Bund und Ländern aufgebrummt wird (Stichwort Neues Haushaltsrecht), geht weiter über den rasanten Ausbau der Kinder- und schulischen Nachmittagsbetreuung, die wachsenden Verpflichtungen als Schulerhalter, die Übernahme von Agenden, aus denen sich Bund und Länder immer mehr zurückziehen sowie die Pflege der älteren und kranken Menschen und schließt bei der Herausforderung der Unterbringung und Integration der Flüchtlinge. Darüber hinaus leisten die Gemeinden gewaltige Zuschüsse für das Gesundheits- und Sozialwesen, ohne in die Entscheidungen eingreifen zu können. Allein daraus sieht man schon, dass es kein klar zugeordnetes Aufgabensystem gibt, sondern die Finanzierungsströme ein wirres Durcheinander sind. Und das in jedem Bundesland völlig anders funktioniert. Die Herkulesaufgabe, die Vertreter von Bund, Länder und Gemeinden an einen Tisch zu bringen, alle Aufgaben auf den Tisch zu legen und dann festzulegen, wer welche Aufgabe in Alleinverantwortung übernimmt, wurde nicht einmal versucht, weil man schon bei der Schulreform daran gescheitert ist. Die Gemeinden haben ihre Reformbereitschaft nicht nur stets zum Ausdruck gebracht, sondern auch unter Beweis gestellt, in dem sie es geschafft haben, trotz wachsender Belastungen Überschüsse zu erwirtschaften, Schulden abzubauen und kräftig zu investieren.

Alle Studien und Berechnungen brachten bislang keine Vereinfachungen, sondern eher kompliziertere Abwicklungen. Schon deshalb wird es nicht den großen Wurf geben, aber wir geben die Hoffnung nicht auf, doch das Warten auf ein großes Wunder ist zu wenig. Da müssten sich schon die Verantwortlichen auf Bundes- und Landesseite bewegen.

HELMUT MÖDLHAMMER
Präsident des Österreichischen Gemeindebundes.

✉ helmut.moedlhammer@gemeindebund.gv.at

EDITORIAL

Liebe Leserin,
lieber Leser,

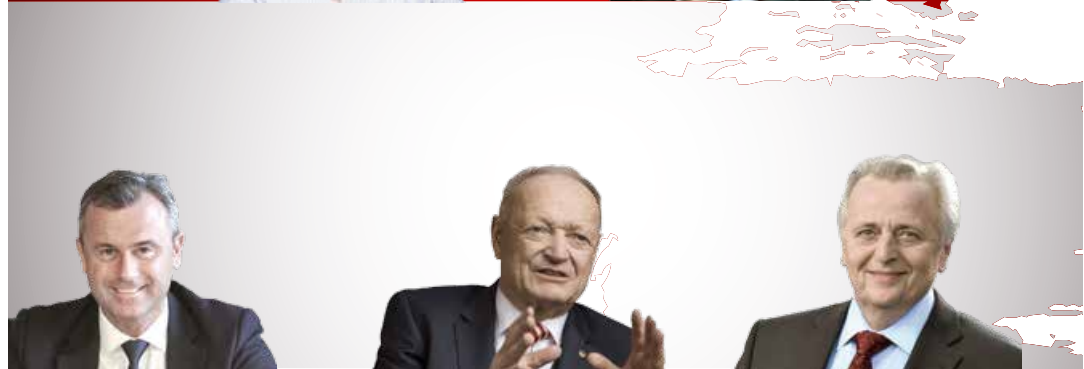


Der 63. Österreichische Gemeindetag naht in Riesenschritten. Die Online-Anmeldung hat bereits begonnen. Die Veranstaltung findet

am 6. und 7. Oktober im derzeit schwer geprüften Kärnten statt. Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus dem Rest Österreichs können in Klagenfurt ihre Solidarität mit den Kolleginnen und Kollegen zeigen, deren Gemeinden unter den nötigen Sparmaßnahmen des Bundeslandes leiden.

Gerade in Zeiten knapper kommunaler Budgets muss man darauf achten, dass man das Geld für diejenigen Dinge ausgibt, die man wirklich braucht. In Deutschland wird immer häufiger ein Modell angewendet, das es der Bevölkerung erlaubt, stärker bei der Verwendung kommunaler Gelder mitzureden. Bei diesen „Bürgerhaushalten“ werden die Bewohner einer Gemeinde aktiv in die Planung von öffentlichen Ausgaben und Einnahmen einbezogen. Dieser Ansatz unterscheidet sich grundlegend vom traditionellen Modell „Verwaltung plant, Politik, entscheidet“. Natürlich bringt ein solcher Ansatz für Gemeindeverantwortliche mehr Arbeit mit sich als wenn man das Budget im stillen Kämmerlein ausschnapst, aber die Beispiele aus Gemeinden, in denen das Modell verwirklicht wurde, zeigen, dass man damit die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit der eigenen Gemeinde deutlich erhöhen kann.

Michael Zimmer,
Geschäftsführer Kommunal-Verlag



/24

Das sagen die Kandidaten

KOMMUNAL hat die Kandidat/in/en zur Bundespräsidentenwahl 2016 zum „kommunalen Word-Rap“ eingeladen.



/28

Außer Spesen nichts gewesen

Die Einmeldeverordnung der EU ist aus kommunaler Sicht viel zu weit formuliert

/42

Europas erste Naturgas-Anlage

Das interkommunale Energieprojekt Straß in der Südsteiermark setzt neue Maßstäbe



/70

Lehren und Lernen

Das Erfolgsrezept von Harald Schmid-lechner aus Bad Radkersburg

FOTOS: /Vorname Nachname /Bildagentur, Name Nachname; TITEL: /Vorname Nachname

KOMMUNAL 04/2016

POLITIK & RECHT

Guten Morgen Österreich 16

Das ORF-Frühfernsehen: Fernsehen, wo wir daheim sind

Gemeindereferenten 21

Belastungsstopp gefordert

Gemeindebund-Resolution 22

Für einen Finanzausgleich NEU

IKT-Kongress 26

Das „digitale Österreich“ scheitert an der Umsetzung

Bauschutt-Entsorgung 30

Häuser abreißen wird immer teurer

Personenstandswesen 32

Adelsnamen und Judikatur bringen Mehrarbeit für Gemeinden

Generalversammlung 35

Europa-Gemeinderäte: Europa erklären ist nicht einfach

Abfallwirtschaft 36

Ein zweiter Anlauf, um den Kreislauf zu schließen

GESTALTEN & ARBEITEN

Klimaschutz in Zahlen 49

Der CO₂- und Energierechner macht messbare Ziele sichtbar

Erneuerbare Energie 50

Studie zeigt, dass die Österreicher/innen umdenken

Versicherungen 66

Haftungsfragen und ver(un)sicherte Bürgermeister

LAND & LEUTE

Wahlen in Tirol 72

Wenn's keine Wahl gibt, ist es wohl auch keine Demokratie

Weltfrauentag 74

Frauen müssen Frauen stärken

Integration 76

Auf Bad Bleibergs Tourismus wirken sich Flüchtlinge nicht negativ aus

Aktion „Sauberste Region“ 80

Reinwerfen statt wegwerfen

FACH- & SERVICEINFORMATIONEN

ARGE Forum mineralische Rohstoffe	56	Gesundheit Österreich GmbH	77
Bundesministerium für Inneres	34	Ing. Leo Riebenbauer GmbH	55
Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt- und Wasserwirtschaft	40	Österreichische Post AG	63
GAS CONNECT AUSTRIA GmbH	48	Saubermacher GmbH	62
		usedSoft Österreich GmbH	60

LEITARTIKEL

„WASCHT EURE FAULIGEN GEDANKEN MIT TRÄNEN“

Vielleicht haben Sie es gelesen: Die britische Nationalbibliothek veröffentlichte zum 400. Todestag von William Shakespeare ein vergessenes Stück neu. Aber was für eines!



Ein zorniges Plädoyer für menschlichen Umgang mit Flüchtlingen kann sich schwer Gehör verschaffen, wenn die allgemeine Stimmung in Richtung Fremdenhetze driftet“, schreibt Lukas Zimmer von ORF-online in seinem Bericht* über Shakespeares Stück „Sir Thomas More“. Adaptieren muss man die über 400 Jahre alten Zeilen dafür kaum. Sie wirken, als wären sie heute geschrieben worden.

Offiziell geht es der britischen Nationalbibliothek demnach nur um die kommende Ausstellung zu Shakespeares 400. Todestag. Dass dabei ausgerechnet Shakespeares Überarbeitung zum vergessenen Stück „Sir Thomas More“ auch digital wiederveröffentlicht wird, ist aber wohl nicht frei von politischen Beweggründen. Gegenüber dem britischen „Guardian“ räumte Kuratorin Zoe Wilcox ein, es sei „auffallend und traurig“, wie relevant das „Stück mitreißender Rhetorik“ für „uns heute aussieht“.

Zimmer schreibt weiter: „Das Stück ‚Sir Thomas More‘ über den gleichnamigen Kanzler Heinrichs VIII., der seine Prinzipientreue mit dem Tod auf dem Schafott bezahlen musste, stammt aller Wahrscheinlichkeit nach von einem Autorenkollektiv. Shakespeare überarbeitete den ganzen Text aber am Ende, gab ihm dabei einen ganz neuen ‚Spin‘ und erweiterte ihn um seine besten Passagen – voll Wut über die dama-

„Wärt Ihr erfreut, / ein Land von so gehässiger Wut zu finden / dass es – in Ausbrüchen ekliger Gewalt – / Euch auf dieser Welt kein Bleiben gönnt?“

Sir Thomas More, fordert mit drastischen Worten den Mob

lige innereuropäische Krise mit ‚migrants‘, wie es im Stück wörtlich heißt.

Während Shakespeare an dem Stück schrieb, war London Ziel vieler fliehender Hugenotten, die in Frankreich verfolgt und zu Zehntausenden getötet wurden. Aus der Empörung über einzelne Missstände und verübte Straftaten (der Vergleich mit den Vorfällen von Köln drängt sich hier fast zwingend auf) wurde damals schnell zu einer – von der Politik instrumentalisierten – Ablehnung aller ‚Fremden‘. Jenen, die Zwietracht schürten, ruft Shakespeare zu, sie sollten ihre ‚fauligen Gedanken mit Tränen waschen‘: Sie pochten auf Recht und Gesetz nur, weil sie es dabei ‚wie einen Hund prügeln‘ wollten.

Shakespeare lässt seinen Thomas More dabei für die Bestrafung allen Unrechts eintreten – egal, ob die Täter Fürsten, (Londoner) Bürger oder Flüchtlinge sind. Generalisierung und Vorurteile sind für ihn aber ebenso Untaten. An die Bevölkerung gewandt fragt More (zweiter Akt, vierte Szene): ‚Und wäret Ihr verbannt / wohin ginget Ihr?‘ Sie sollten sich einfach Krieg und Verfolgung in ihrer eigenen Heimat vorstellen. Dann würde wohl jeder von ihnen ‚nach Frankreich oder Flandern / in jedwed’ deutsches Land / nach Spanien oder Portugal / egal, wohin, wenn nicht an England grenzend‘ flüchten: ‚Und Ihr wäret zwingend Fremde.‘

Dann fordert More im Stück den Mob auf, er solle sich vorstellen, wie es jedem von ihnen

* <http://orf.at/stories/2329763/2329769>

KOMMUNAL QUICK FINANZCHECK


GEMEINDEFINANZEN
IN 100 SEKUNDEN


Das Ende solidarischer Finanzierung(en)?

dann bei der Ankunft in einem fremden Land ginge: ‚Wärt Ihr erfreut, / ein Land von so gehäss'ger Wut zu finden / dass es - in Ausbrüchen ekliger Gewalt - / Euch auf dieser Welt kein Bleiben gönnt?‘, und schließlich: ‚Was würdet Ihr denn denken / würdet Ihr so missbraucht? / Denn es ist der Fremden Fall.‘ Und an seine eigene Landsleute gewandt schließt Shakespeare: ‚Und auf Eurer Seite gewalt'ge Barbarei.‘

‚Sir Thomas More‘, und damit auch einem der beeindruckendsten Shakespeare-Monologe überhaupt, könnte mit Hilfe der PR durch die Britische Nationalbibliothek nun mit Jahrhunderten Verspätung die gebührende Öffentlichkeit zukommen. Zu Shakespeares Lebzeiten wurde das Stück nie aufgeführt. Die Stimmung gegen die ‚migrants‘ im London der damaligen Zeit war schon so hitzig, dass man das Theaterprojekt schließlich wegen befürchteter Unruhen absagte.

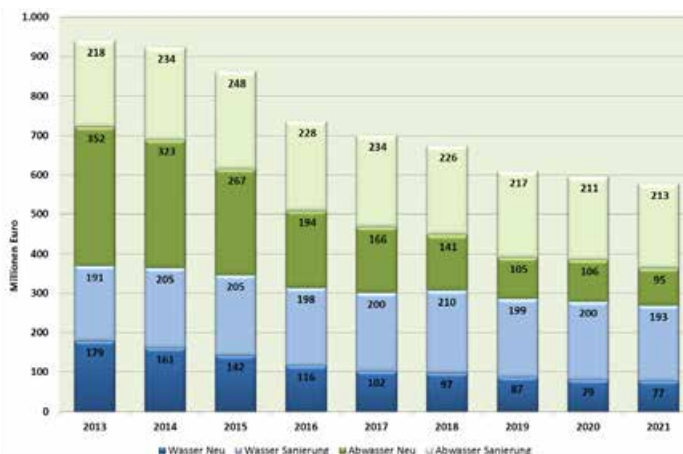
Dass Shakespeares Worte nichts von ihrer Kraft eingebüßt haben, zeigte sich unmittelbar nach der Neuveröffentlichung des Monologs: Rund um die Welt gaben Zeitungen den Text wieder, manche von ihnen in Form des Leitartikels auf der Titelseite. Die britische öffentlich-rechtliche BBC wählte ebenfalls den naheliegendsten Weg und ließ die Worte kommentarlos in jenem Segment ihrer ‚Newsnight‘ rezitieren, das für tagesaktuelle Politanalysen reserviert ist.“

Viel mehr ist dazu nicht sagen. Nur das eine: Wer sich die furchtbaren Bilder vom südlichen Europa des Jahres 2016 ansieht, wer die Zeitungen aufschlägt und die oft unsäglichen Wortspenden von meist weit rechts aufgestellten Parteien liest, muss sich fast zwingend von den 400 Jahre alten Worten Shakespeares angesprochen fühlen. Und ich hoffe, dass sich jeder an die Nase fasst und überlegt, welche Gedanken er oder sie gerade wälzt. 

HANS BRAUN
ist Chefredakteur von KOMMUNAL.
 hans.braun@kommunal.at

Im Rahmen der aktuellen Finanzausgleichsverhandlungen wurde kürzlich von Seiten des Finanzministeriums in einer schriftlichen Sitzungsunterlage angedeutet, dass sich der Bund zumindest bei neuen Zusagen aus der gemeinsamen Finanzierung der Annuitätenzuschüsse für Förderungen im Bereich der Siedlungswasserwirtschaft zurückziehen möchte. Dem nicht genug, wurde in der entsprechenden Sitzung seitens eines Vertreters der Stadt Wien dazu festgehalten: Wenn sich der Bund aus der gemeinsamen Finanzierung zurückzieht, zieht sich auch der Städtebund aus der Siedlungswasserwirtschaft zurück. Das Argument des Bundes lautete lapidar, dass ein solcher Rückzug im Sinne einer Zusammenführung von Aufgaben- und Ausgabenverantwortung erfolge. Das Argument von Wien ist da schon einleuchtender: Wenn der Bund nicht mehr mitzahlt, würde Wien wohl mehr einzahlen, als es an Förderungen zurückbekäme. Daneben weist Wien sowohl beim Wasser, als auch beim Abwasser einen Anschlussgrad zwischen 99,5 und 100 Prozent auf und verzeichnet trotz des Alters des Leitungsnetzes vergleichsweise geringe Investitions- und Sanierungskosten je Einwohner. Das unten stehende Diagramm zeigt den im Rahmen einer Studie des Umweltministeriums erhobenen Investitionsbedarf in der Siedlungswasserwirtschaft. 2016 bis 2021 stehen Investitionen von knapp vier Milliarden Euro an. Es bedarf hier auch weiterhin einer solidarischen Finanzierung von Bund, Ländern und Gemeinden. Es bleibt zu hoffen, dass dieses Beispiel in den aktuellen Verhandlungen zum Finanzausgleich ab 2017 nicht Schule macht, denn es gibt eine Reihe von Bereichen, wo es einer gemeinsamen Finanzierung von Bund, Ländern, Städten und Gemeinden bedarf. Man denke etwa an den Strukturfonds für strukturschwache Gemeinden und Abwanderungsgemeinden oder auch an die Tragung der Lasten im Zusammenhang mit der Asyl- und Migrationswelle (Schul- und Kindergartenplätze, Gesundheitsversorgung und vor allem die bedarfsorientierte Mindestsicherung).

INVESTITIONSBEDARF IN DER SIEDLUNGSWASSERWIRTSCHAFT



ANGESAGT

DAS WORT HAT ...



» Es ist **moralisch nicht hochwertiger**, wenn die Flüchtlinge in der Türkei aufgehalten werden als in Griechenland. Für sie bedeutet es das Gleiche, nämlich dass sie **nicht nach Mitteleuropa durchkommen.**“

Sebastian Kurz, Außenminister, in einem Interview mit der „Süddeutschen Zeitung“

Quelle: www.sueddeutsche.de



» **Deutschland** hat zwar formal keine Obergrenze, agiert aber seit Monaten mit Tageskontingenten und **profitiert derzeit massiv von den Grenzkontrollmaßnahmen Österreichs** und der Staaten auf der Balkan-Route.“

Hans-Peter Dostkoil, Verteidigungsminister, weist die heftige Kritik der deutschen Kanzlerin Angela Merkel von Ende Februar an Österreichs Flüchtlingspolitik vehement zurück.

Quelle: www.vol.at



INTERNATIONAL

DER BLICK ÜBER DIE GRENZEN



Pekings Kampf gegen den Smog: Stadtplanung mit der Abrissbirne

Im Kampf gegen den ständigen schädlichen Smog setzt Peking – vor allem in Hinblick auf Olympia 2024 – auf Durchzug mit stadtplanerischen Mitteln, die in einer Demokratie undenkbar wären: Ein Netz aus Lüftungskorridoren solle in Chinas Hauptstadt bis zum Jahr 2020 Abhilfe schaffen, meldete die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua laut ORF online. Hindernisse für den Durchzug sollten Stück für Stück beseitigt werden, zitierte die Agentur den stellvertretenden Chef des Stadtplanungskomitees, Wang Fei. Strenge Kontrollen sollten verhindern, dass die Schneisen verbaut werden. Insgesamt fünf Korridore sind Xinhua zufolge vorgesehen. Sie sollen mehr als 500 Meter breit sein. Hinzu kämen mehrere schmalere Korridore.

Laut jüngsten Angaben von Greenpeace lag die Feinstaubbelastung in insgesamt 366 überprüften Städten mehr als fünfmal über dem Grenzwert der Weltgesundheitsorganisation (WHO). In 80 Prozent der Städte seien sogar die wesentlich laxeren nationalen Höchstwerte überschritten worden, unterstrich die Umweltschutzorganisation. Das Freifräsen von ganzen Stadtteilen zur Durchlüftung ist dabei bloß die Bekämpfung von Auswirkungen und nicht von Ursachen. Hart angefasst werden nämlich nicht die großen Industriekomplexe, die für den Großteil der Luftverschmutzung verantwortlich sind, sondern die vielen kleinen Firmen.

<http://orf.at/stories/2325787/2325790/>

DAEJEON: DER IRRSTSE RADWEG DER WELT

Südkorea ist anders: Der Radweg von Daejeon nach Sejong ist 30 Kilometer lang und mit Solarpanelen belegt. Die schützen aber nicht nur vor Sonne und Regen, sie produzieren auch noch Strom. Der sogenannte Fahrrad-Highway verläuft in der Mitte einer sechsspurigen Autobahn.



Bleibt die Frage, ob es wirklich Spaß macht, zwischen den Autos herzufahren.

Der Link zum Video www.youtube.com/watch?v=LuYsYLqjUtU



KROKODILE BEWACHTEN DROGENGELD IN AMSTERDAM

Die Amsterdamer Polizei ist bei einem Einsatz gegen eine Drogenbande auf bizarren Widerstand gestoßen. Zwei Krokodile bewachten das Geldversteck der Dealer, meldete laut einem Bericht im „Standard“ die Tageszeitung De Telegraaf Ende Februar. „An das Geld kam man erst, als man die Krokodile passiert hatte“, teilte die Polizei der Zeitung mit.

<http://derstandard.at/2000031897993/Krokodile-bewachten-Drogengeld-in-Amsterdam>



Den Haag: 2 Eichhörnchen in 3 Jahren gesichtet

Diese Geschichte ist schnell erzählt: Immer mehr Eichhörnchen sterben auf den Straßen im dichten Verkehr. In den Niederlanden hat eine Kommune in der Nähe von Den Haag daher 2012 eine 150 Meter lange Brücke in sieben Metern Höhe gebaut. (Bild) Die Kosten: 150.000 Euro. Zusätzlich wurde eine Kamera angebracht, um zu dokumentieren, wie wichtig die Brücke ist.

Das Problem: Innerhalb der ersten 18 Monate nutzte kein einziges der putzigen Tiere aus der Familie der Nager die Brücke. Erst im Jahr 2015 wurde tatsächlich das erste Eichhörnchen gesichtet. Inzwischen – so berichten in diesen Ta-



gen diverse Medien in den Niederlanden – hat sogar schon ein zweites Eichhörnchen die Brücke benutzt. Wobei noch ungeklärt ist, ob es sich möglicherweise um das selbe Tier handelt, das zuvor die Brücke in die andere Richtung nutzte.

kommunal.de/artikel/eichhoernchen-gesichtet/

- Ein aufregender Urlaub?
- Eine individuelle Reise?
- Und dann ein Krisenfall!

Doch wie kann Ihre Botschaft Sie erreichen?

JETZT REGISTRIEREN!

Einfach das Online-Formular ausfüllen, dann können wir Sie im Fall des Falles kontaktieren und besser unterstützen.

Ihre Daten werden nur im Krisenfall verwendet und automatisch vierzehn Tage nach Ende Ihrer Reise gelöscht.

reiseregistrierung.at

Ein Service des Außenministeriums



**EUROPA
INTEGRATION
ÄUSSERES**
BUNDEMINISTERIUM
REPUBLIK ÖSTERREICH

**Eine Botschaft
von Ihrer Botschaft...**



ABGABENAUTONOMIE

MIT JEDEM EURO SORGSAM UMGEHEN



Echte Abgabenautonomie würde neue Bürokratie erzeugen und ist daher nicht sinnvoll.

Jede staatliche Ebene soll für Ausgaben und Einnahmen selbst verantwortlich sein.“ Das bekommen wir im Zuge des Finanzausgleichs von vielen Seiten zu hören. Im selben Atemzug werden dabei oft die Schlagwörter „Abgabenautonomie“ und „Steuerautonomie“ genannt. Während die einen durch die Verwendung des Begriffs erreichen wollen, eigene Steuern einnehmen zu dürfen, wollen die anderen eine Aufgabenreform.

Was bedeutet aber echte Abgabenautonomie? Die Möglichkeit, den Zweck und die Höhe der Abgabe zu bestimmen, UND die Einnahmen aus der Abgabe in einer Hand zu haben. Im Grunde haben das die Gemeinden bereits.

Die kommunale Einnahmenseite zeigt ein klares Bild: Von den 18 Milliarden Euro Einnahmen (abzüglich Schuldenaufnahme) stammen nur rund sechs Milliarden Euro aus Bundesmitteln des Finanzausgleichs, den Rest nehmen die Kommunen über eigene Steuern (3,2 Milliarden), aus Gebühren (1,9 Milliarden) sowie aus Leistungsentgelten ein. Damit ist der Anteil eigener Einnahmen deutlich höher als jener der vom Bund zugeteilten Mittel. Keiner kann behaupten, dass die Gemeinden sorgsamer mit Abgaben umgehen, als mit Ertragsanteilen.

Die Industriellenvereinigung (IV) kommt mit der Forderung nach Aufgabenreform und Abgabenautonomie zwar immer wieder in die Schlagzeilen. Interessant ist dabei, dass sie zwar die Zentralisierung der bestehenden föderalen Leistungen, wie die der Schulen oder der Bauordnungen, fordert, gleichzeitig aber den Ländern und Gemeinden mehr Steuerautonomie und Aufgaben geben will.

Hier steckt ganz klar die Hoffnung dahinter, dass die Industrie durch den entstehenden Steuerwettbewerb unter den Bundesländern

„Jede staatliche Ebene soll für Ausgaben und Einnahmen selbst verantwortlich sein. Diesen Satz bekommen wir im Zuge des Finanzausgleichs von vielen Seiten zu hören.“

beispielsweise bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer profitieren soll. Schaut man aber auf die internationale Entwicklung, so zeigt sich, dass steuerlicher Wettbewerb unter den Ländern nur einem etwas bringt: großen Konzernen, die genügend Juristen beschäftigen können, um sich überall nur Vorteile sichern zu können. Lokalen und regionalen Unternehmen bringt der Steuerwettbewerb in den wenigsten Fällen etwas, denn sie sind an den Ort gebunden.

Weder der Bund, noch die IV denken daran, den Ländern ein Abgabenfindungsrecht ohne Einschränkung einzuräumen. Die gesamtstaatliche Steuerquote soll/darf ja nicht erhöht werden. Deswegen bleibt für neue Steuern kein Spielraum. Aus diesem Grund denkt die IV ja auch nur an Zuschlagsabgaben (z. B. bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer). Das stellt jedoch keine Abgabenautonomie dar, da die Länder nicht den Steuergegenstand bestimmen können und die Einhebung nach wie vor durch den Bund erfolgen soll. Keiner denkt wohl daran, eigene Steuerbehörden in den Ländern aufzubauen.

Die internationalen Erfahrungen haben gezeigt, dass das von der IV angedachte System einen entscheidenden Nachteil hätte: Reiche Regionen werden immer reicher, arme immer ärmer. Man würde, wie in der Schweiz, einen Ausgleichsmechanismus brauchen, der das System wieder ad absurdum führen würde, da der Wettbewerb auf Ungleichheit aufbaut. Der Aufbau einer echten Steuerautonomie erzeugt nur neue Bürokratie und wäre daher für den Wirtschaftsstandort schädlich. ●

HR DR. WALTER LEISS
ist Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes
✉ walter.leiss@gemeindebund.gv.at

KOMMUNAL VOR 25 JAHREN

AUS UNSEREM ARCHIV



Franz Romeder als Präsident wiedergewählt

Alle paar Jahre bestellt der Gemeindebund sein Haus neu, 1991 war so ein Jahr. Ausführlich berichtete das Kommunal-Journal in seiner März-Ausgabe, dass die Delegiertenversammlung den Waldviertler Franz Romeder erneut als Präsident gewählt hatte. Romeder wurde 1987 erstmals als Präsident gewählt, er folgte damals dem langjährigen Gemeindebund-Chef Ferdinand Reiter.

Im Präsidium gab es nach dem Ausscheiden der Vizepräsidenten Rudolf Ostermann, Alois Seidl und Rudolf Staudinger Neuerungen. Einstimmig wurden Günther Pumberger, Hermann Arnolf und Hermann Kröll zu neuen Vizepräsidenten gewählt.



Das neugewählte Präsidium des Gemeindebundes: (sitzend v.l.) Alfred Haufek (NÖ), Franz Romeder, Günther Pumberger (OÖ); (stehend v.l.) Hermann Arnolf (T), Rudolf Kores (K) und Hermann Kröll (Stmk.).



Raum zum Wohlfühlen!



Ihre Vorteile:

- Flexible Raumlösungen für Kindergärten/ Schulen/Sportvereine/Jugendzentren
- Wärmedämmung mit modernsten Materialien
- Attraktives Preis-Leistungsverhältnis
- Beratung vor Ort

Anwendungsbeispiele:

- Gruppenräume
- Aufenthalts- und Sozialräume
- Umkleide und Garderoben



Kontaktieren Sie uns

Telefon: +43 2236 601-0 • E-Mail: ctx@containex.com
www.containex.com



KOMMENTAR

GUTEN MORGEN IN UNSEREN GEMEINDEN!



Es ist das größte Programmprojekt seit vielen Jahren, an das sich der ORF mit der Einführung des Frühfernsehens heranwagt.

Bei uns haben's die privaten Sender vorgemacht, seit Jahren läuft auf Puls 4 ein erfolgreiches Früh-Format. Nun zieht der ORF mit all seinen Möglichkeiten nach. Mehr als 600 Stunden zusätzliches Programm pro Jahr. Eigenproduziert und mit einer unverwechselbaren Stärke versehen: Niemand anders hat die Struktur, das Personal und die regionale Verwurzelung über die Landesstudios. Regionales Fernsehen hat den ORF stark gemacht und ihm viel Rückhalt und Sympathie bei der Bevölkerung gebracht. Nicht umsonst zählen die „Bundesland heute“-Sendungen zu den beliebtesten Formaten überhaupt.

Für die Gemeinden ist es eine riesige Chance: Jeden Tag kommt das Frühfernsehen aus einer anderen heimischen Gemeinde. Nach und nach werden alle 2100 Kommunen besucht. In jeder Gemeinde wird ein kleiner Film über die Attraktionen und Schönheiten der jeweiligen Region gedreht, das mobile Sendestudio wechselt jeden Werktag seinen Standort. Eine bessere Möglichkeit, die eigene Gemeinde einem großen Publikum zu präsentieren, gibt es gar nicht.

Für die Bürgermeister/innen heißt das aber auch: Man muss sich drum kümmern! Überlegen, welcher Standort für die dreistündige Live-Sendung richtig ist. Nachdenken, wo die schönsten Platzerln der eigenen Gemeinde sind. Und sicherlich auch: Argumentieren, warum die eigene Lebenswelt ein attraktiver Platz

„Die Kritik am neuen ‚Gemeindefernsehen‘ zeigt: **Der Neid ist ein Hund** und gute Projekte haben von Anfang an viele Neider.“

zum Leben ist, wodurch man sich von anderen Gemeinden unterscheidet. Das bringt einen kleinen, aber gesunden medialen Wettbewerb unter den Kommunen in Gang. Das ist gut, denn Wettbewerb sorgt immer für mehr Qualität, für Ansporn und für Ermutigung.

Für den ORF ist das Risiko des neuen Formats überschaubar. Regional ist der Staatssender unangefochten gut aufgestellt. Niemand hat das Ohr (und die Kamera) so nah an den Gemeinden und Regionen wie die Landesstudios. Insofern kann „Guten Morgen Österreich“ nur ein Erfolg werden. Die da oder dort geäußerte Kritik am neuen „Gemeindefernsehen“ zeigt: Der Neid ist ein Hund und gute Projekte haben von Anfang an viele Neider.

Die österreichischen Gemeinden genießen – das zeigen uns alle Rankings – das mit Abstand höchste Vertrauen bei den Bürgerinnen und Bürgern. Authentische Auftritte in den Medien, der Hausverstand der Kommunalpolitiker/innen und die tiefe Verwurzelung in der eigenen Gemeinde sind einige von vielen Gründen dafür. In „Guten Morgen Österreich“ können die heimischen Kommunalpolitiker/innen einmal mehr zeigen, was sie drauf haben. ●

DANIEL KOSAK IST ABT.-LEITER KOMMUNIKATION & MEDIEN UND PRESSESPRECHER
DES ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUNDES
✉ daniel.kosak@gemeindebund.gv.at

SOMMERGESPRÄCHE 2016

GEMEINSAM STATT EINSAM

„Kooperation“ ist das Wort der Stunde, „Kooperationsformen auf breiterer Basis“ der Zugang, den die Gemeinden Österreichs diskutieren. Wo? In Bad Aussee von 20. bis 22. Juli bei den Sommergesprächen 2016.

Kooperationen stärken die Selbstständigkeit und Identität der Gemeinden. Kooperationen wirken Abwanderung und leeren Kassen entgegen. Kooperationen ermöglichen, Chancen zu nutzen und Potenziale zu erschließen. Die Gemeinden sind nicht nur ein wirtschaftlicher Faktor, sie erfüllen wichtige soziale Aufgaben: von der Kinderbetreuung über die Schulausbildung bis zur Pflege älterer Mitmenschen. Gemeinden bieten Menschen Schutz, Identität und Heimat. Kooperationsmodelle bringen Gemeinden Stabilität, Sicherheit und finanzielle Vorteile. Kurzum: Sie sind ein wichtiger Standortfaktor und Schlüssel, um den Lebensraum der Gemeinden zu erhalten. Bei den Kommunalen Sommergesprächen 2016 gilt es, neue Bereiche und Arten der Kooperationen als hautnahes Take-away aufzuzeigen, wie Alois Steinbichler, Vorstandsvorsitzender der Kommunakredit Austria, im Gespräch präzisiert: „In den zehn Jahren ihres Bestehens haben sich die Kommunalen Sommergespräche stetig weiterentwickelt. Von Anfang an stand dabei die Idee im Fokus, freies Denken, offene Diskussionen und gemeinsame Lösungsansätze zu fördern. Und jedes Jahr, jede weitere Veranstaltung werden weitere kommunale Herausforderungen aufgegriffen und angesprochen. Ich freue mich schon auf das heurige, elfte Jahr dieses kommunalen Think Tanks. Es geht um den Zusammenhalt in und zwischen den Gemeinden, um Kooperationsformen auf eine noch breitere Basis zu stellen.“



„Es geht um den Zusammenhalt in und zwischen den Gemeinden, um **Kooperationsformen auf eine noch breitere Basis zu stellen.**“

Alois Steinbichler,
Vorstandsvorsitzender der
Kommunalkredit Austria

Das Programm im Zeitraffer*:

Nach der Begrüßung am **Mittwoch, 20. 7.**, wird Franz Fischler, Präsident des Ökosozialen Forums, das Impulsreferat halten. Anschließend findet eine Podiumsdiskussion statt.

Am **Donnerstag, 21. 7.**, finden nach Impuls zum Thema „Finanzmärkte und ihre Auswirkungen auf Regionen und Gemeinden“ von Alois Steinbichler ein Expertentalk mit Podiumsdiskussion statt. Am Nachmittag werden die Themen in fünf Foren vertieft.

Der **Freitag, 22. 7.**, beginnt mit der Zusammenfassung der Foren, einem Impulsreferat von Polit- und Kommunikationsforscher Peter Filzmaier und endet mit der traditionellen politischen Schlussdiskussion zum Thema „Gemeinsam statt einsam“.

Mehr Infos zu den Sommergesprächen auf
<http://gemeindebund.at/sommergespraeche>

* Stand: 7. März 2016



ANMELDUNG ONLINE

AB 4.4. 2016 auf

www.gemeindetag.at

HALLE 2 NORD

 6. 10. - 7. 10. 2016
 Kommunalmesse
 6. 10. 2016
 Fest der Regionen

AUSSENBEREICH

 6. - 7. 10. 2016
 Kommunalmesse

HALLE 5

 6. 10. 2016
 Galaabend Gemeindetag
 7. 10. 2016
 Haupttagung Gemeindetag

HALLE 2 SÜD

 6. 10. 2016
 Fachtagung FLGÖ
 Eröffnung Gemeindetag
 Fachtagung Gemeindetag

HALLE 1

 6. - 7. 10. 2016
 Kommunalmesse

GEMEINDETAG & KOMMUNALMESSE KLAGENFURT 2016

„VIELFALT ERHALTEN – GEMEINSAM GESTALTEN“

Der 63. Österreichische Gemeindetag am 6. und 7. Oktober 2016 im Klagenfurter Messezentrum steht ganz im Zeichen des Finanzausgleichs. Das Motto lautet „Gemeinden – das Rückgrat Österreichs, Vielfalt erhalten – gemeinsam gestalten.“

Der 63. Österreichische Gemeindetag findet am 6. und 7. Oktober 2016 im Klagenfurter Messezentrum unter dem Motto: „Die Gemeinden – das Rückgrat Österreichs, Vielfalt erhalten – gemeinsam gestalten“ statt. Dies betrifft sowohl das Leistungsangebot der Gemeinden als auch den Fortbestand der Gemeinden im ländlichen Raum selbst. Die Gemeinden als Lebensraum, Serviceeinrichtung und als Behörde sind das Rückgrat Österreichs. Umso wichtiger ist es, dass die Gemeinden mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausgestattet sind, um den steigenden Anforderungen gerecht zu werden, wie der Kärntner Gemeindebund-Chef Peter Stauber im KOMMUNAL-Gespräch bestätigt:

„Wir sehen den Gemeindetag 2016 als ganz wichtige Veranstaltung, um Kärnten wieder von der positiven Seite präsentieren zu können. Und wir haben uns das Motto ‚Gemeinden – das Rückgrat Österreichs, Vielfalt erhalten – gemeinsam gestalten‘ wohl überlegt. Das Ganze findet ja vor dem Hintergrund der Verhandlungen zum Finanzausgleich statt, wo wir verstärkt auf die Benachteiligungen der Gemeinden im

LINKS ZUM
GEMEINDETAG

www.gemeindetag.at
 &
www.diekommunalmesse.at
 &
www.flgö.at

Die Anmeldung zum 63. Österr. Gemeindetag startet Anfang April 2016 unter www.gemeindetag.at!

ländlichen Raum hinweisen wollen. Daher fordern wir als Gemeindebund, dass sich die Länder und der Bund nicht nur durch mündliche Botschaften zum ländlichen Raum bekennen, sondern auch mit Taten. Zentrale Bedeutung hat in finanziell schwierigen Zeiten vor allem effiziente und gemeinsame Leistungserbringung und das Nutzen jener Potenziale, welche nur mehrere Gemeinden gemeinsam heben können. Deshalb haben wir dieses Motto gewählt, die Gemeinden sind nun einmal das Rückgrat des Staates, und wenn man die Vielfalt weiter haben will, wenn man die Vielfalt erhalten will, müssen Kooperationen von Gemeinden und Regionen noch mehr als bisher gezielt unterstützt und gefördert werden“, so Peter Stauber.

Die **Kommunalmesse 2016**, veranstaltet vom **Österreichischen Kommunal-Verlag**, beginnt **zeitgleich mit dem Gemeindetag ebenfalls im Messezentrum**. Am **6. Oktober** ist die **Eröffnung um 11.00 Uhr** in der Halle 2 der Klagenfurter Messe. Hier geht von **14.00 bis 16.00 Uhr** auch die **Fachtagung** über die Bühne. Die Hauptver-



» Die Kommunalmesse als Plattform zwischen Wirtschaft und Gemeinden **ist eine überaus positive Ergänzung zum Gemeindetag.**“

Peter Stauber,
Bürgermeister von St. Andrä und
Präsident des Kärntner Gemeindebundes

anstellung 63. Österreichischer Gemeindetag beginnt am 7. Oktober ab 9.30 Uhr mit dem Empfang der Ehrengäste und dem Einmarsch in die Halle 5. Die Spitzen der Republik sowie Top-Vertreter des Landes werden an der Tagung teilnehmen. Peter Stauber über die Bedeutung der Messe: „Die Verbindung der Kommunalmesse mit dem Gemeindetag ist uns auch sehr wichtig, weil die Messe ein interessantes Schaufenster für die Gemeinden ist, was es auf dem Kommunalsektor der Wirtschaft Neues gibt. Die Kommunalmesse als Plattform zwischen Wirtschaft und Gemeinden ist eine überaus positive Ergänzung zum Gemeindetag.“

Der **Fachverband der Leitenden Gemeindebediensteten** wird seine **Fachtagung 2016 am Donnerstag, 6. Oktober im Rahmen von Gemeindetag und Messe abhalten.** Die Bedeutung der leitenden Gemeindebediensteten kann nicht genug betont werden: Das Rathaus, das Gemeindeamt kristallisiert sich immer mehr als Anlaufstelle für so gut wie alle Lebenslagen der Menschen heraus. Diese Tatsache und auch die immer mehr werdenden gesetzlichen Regelungen und neuen Aufgaben aller Art stellen die Gemeindeverwaltungen nicht nur vor immer größer werdenden finanziellen Belastungen. Um die hohe Qualität der Leistungen der Gemeinden beizubehalten, sind Einsparungen durch die behördenübergreifende Organisation von Aufgaben notwendig. Das größte Potenzial dabei ist vermehrte Zusammenarbeit bei Technik, Kommunikation und natürlich bei Verwaltungsaufgaben. Das werden die größten Herausforderungen der nächsten Zeit sein, das Potenzial für Einsparungen bei gleichzeitiger Qualitätssteigerung ist jedenfalls enorm. Der FLGÖ wird auf der Bundesfachtagung Beispiele nennen. ●

KOMMUNALMESSE 2016

www.diekommunalmesse.at

6.-7. Oktober 2016, Messe Klagenfurt
Im Rahmen des 63. Österreichischen Gemeindetages

Jetzt informieren!
www.diekommunalmesse.at

GEMEINSAM
HEIMAT
GESTALTEN

Österreichs größte Fachmesse
für Gemeinden

Innovative Ideen und Lösungen
auf 10.000 m² Ausstellungsfläche

ÖSTERREICHISCHER
KOMMUNALVERLAG

RESOLUTION

Forderungen für einen
Finanzausgleich NEU
Seite 22

BP-WAHL 2016

Das sagen die
Kandidat/inn/en
Seite 24

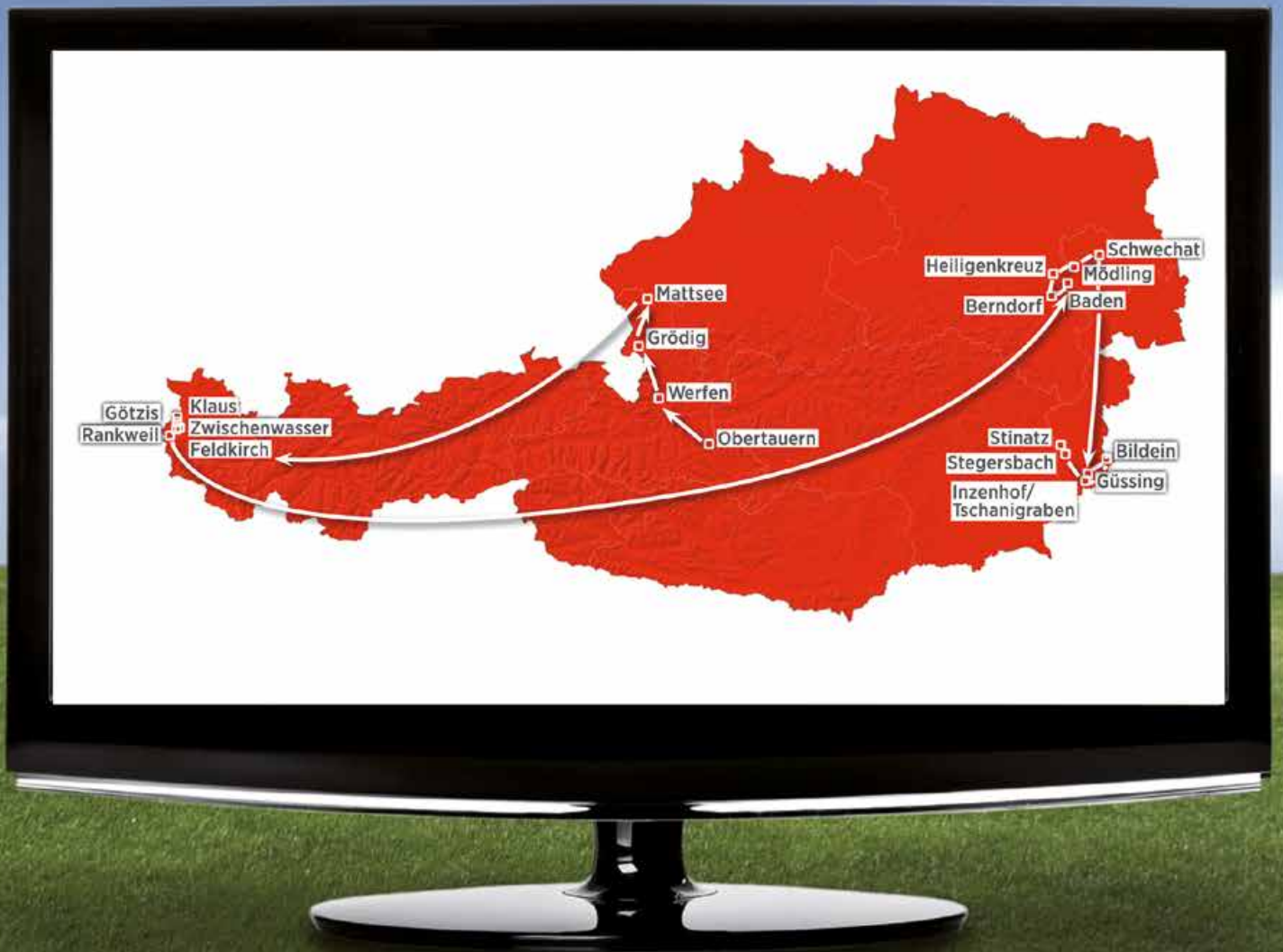
BAUSCHUTT

Häuser abreißen wird
teurer
Seite 30

Ende März hat der ORF sein „Frühfernsehen“ gestartet. Mit „Guten Morgen Österreich“ versucht der öffentlich-rechtliche Sender Marktanteile zurückzugewinnen und sendet jeden Tag aus einer anderen Gemeinde Österreichs.

GUTEN MORGEN ÖSTERREICH

FERNSEHEN, „WO WIR DAHEIM SIND“



TEXT/Daniel Kosak

Das neue Sendeformat war lange erwartet worden, nun ist es Realität: Statt des Wetterpanoramas startet der ORF seit wenigen Tagen mit seinem „Frühfernsehen“ in den neuen Tag. Für den öffentlich-rechtlichen Sender eine der größten Programm-Innovationen der letzten Jahre. Schließlich geht es um rund 600 Stunden zusätzliches Programm pro Jahr. Größtenteils selbst produziert. Dementsprechend groß sind Aufwand und Erwartungshaltung am Wiener Küniglberg, dem Zentrum des ORF. Rund sieben Millionen Euro soll das neue Format kosten, das – zumindest personell – gänzlich aus eigenen Personalressourcen bestritten werden soll. Die Moderatoren stammen aus den jeweiligen Landesstudios und werden abwechselnd von Eva Pölzl und Lukas Schweighofer begleitet.

Lange hatte sich der ORF um diese Früh-schiene gedrückt. In den USA gibt es nationales Frühstückfernsehen seit den 50er-Jahren, in Deutschland starteten die Privatsender Ende der 80er-Jahre damit, auch die Morgenformate der öffentlich-rechtlichen Kollegen von ARD und ZDF sind schon 20 Jahre „on air“. Zuletzt war der Druck für den ORF immer größer geworden, spätestens seit das Morgenprogramm des kleinen, aber durchaus originellen Privatsenders Puls 4 an Reichweite zulegt. Seit elf Jahren bespielt die Puls 4-Mannschaft nicht nur den eigenen Sender jeden Morgen, sondern auch die Österreich-Fenster der ProSieben-Gruppe. Nicht ohne Erfolg, wie es scheint.

Mit „Guten Morgen Österreich“ fährt der ORF nun mit voller Kraft in den Tag. Von 6 bis 9 Uhr werden Unterhaltung, Service, Information und Wissenswertes aus der jeweiligen Region geboten. „Wir sind bei allen Problemen ein tolles Land“, sagte ORF-Generaldirektor Alexander Wrabetz bei der Präsentation. „Es lohnt sich, jeden Tag aufzustehen, und das wollen wir in unserem Frühfernsehen zeigen.“

TV-Chefredakteur Fritz Dittlbacher erläutert die Nachrichtenschiene, die wichtiger Teil des Frühfernsehens ist: „Drei Stunden früher mit Nachrichtensendungen zu beginnen, ist ein entscheidendes Plus an Aktualität, sechs Sendungen mehr ein Plus an Ausführlichkeit und Vielfalt, über das wir uns sehr freuen. Wir haben dafür ein kompetentes Team aufgestellt,



Von Montag bis Freitag präsentieren Eva Pölzl und Lukas Schweighofer abwechselnd die Show. Verstärkung bekommen sie von den Moderatoren, die in den Bundesländern die „Bundesland heute“-Sendungen moderieren. Das sind Sabine Amhof (Tirol), David Breznik (Vorarlberg), Patrick Budgen (Wien), Martin Ganster (Burgenland), Nina Kraft (Salzburg), Nadja Mader (Niederösterreich), Marco Ventre (Kärnten) und Oliver Zeisberger (Steiermark).

die beiden neuen ‚ZiB‘-Präsentatorinnen Rosa Lyon und Gaby Konrad werden gekonnt durch die Frühhinrichten führen.“

Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer durfte die Vorstellung des Formats gemeinsam mit Wrabetz übernehmen. „Für uns und die Gemeinden ist das ein Tag der Freude“, so Mödlhammer unübersehbar euphorisch. „Wir sprechen von drei Stunden täglichem Programm aus Österreichs Gemeinden, das ist sensationell. Viele Gemeinden wissen schon davon und rennen uns die Türen ein, weil sie wissen wollen, wann sie drankommen.“

Abgewickelt wird jede Sendung aus einer Gemeinde mit Hilfe des mobilen „Guten Morgen Österreich“-Studios. In nur zwei Stunden Aufbauzeit ist das Wunderwerk sendefertig: Rund zehn Meter Länge, fünf Meter Breite, vier Meter Höhe, ca. 18 Tonnen Gesamtgewicht – das sind die technischen Daten des mobilen „Guten Morgen Österreich“-Studios, das genau genommen aus zwei Trailern besteht, die am jeweiligen Standort miteinander zu einem großen



LINKS ZUM THEMA

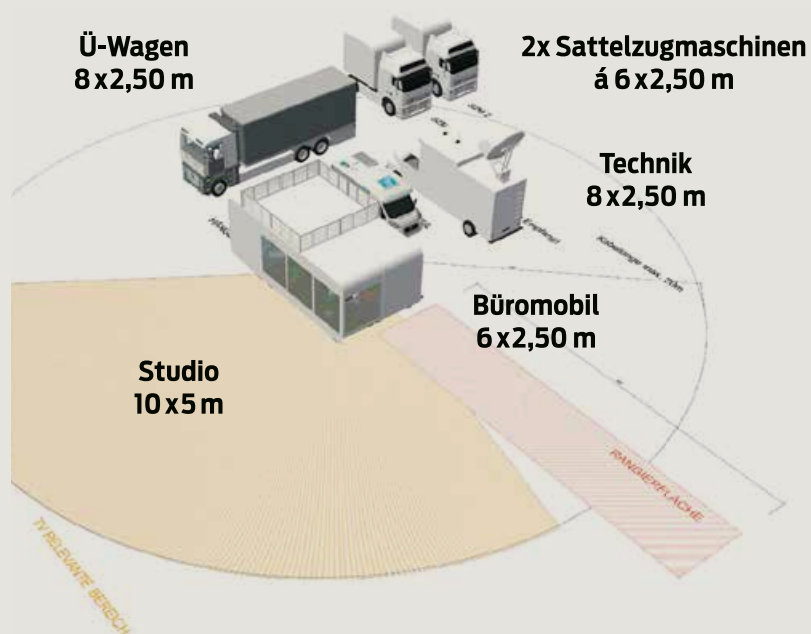
<http://tv.orf.at/gutenmorgen/>



SO HOLEN SIE „GUTEN MORGEN ÖSTERREICH“ IN IHRE GEMEINDE

Mit dem ORF-Frühfernsehen erwartet Ihre Gemeinde eine 3-stündige LIVE TV-Sendung von 06:00 – 09:00 Uhr. Der Aufbau des Studios findet bereits am Vortag, im Laufe des Nachmittages, an den bereitgestellten Flächen, statt.

STELLPLAN FÜR PRODUKTION



FOTOS / ORF

ANFORDERUNGSPROFIL FÜR GEMEINDEN:

200 m²

Studio-Stellfläche (eben, befestigt)

250 m²

Nebenflächen (Fuhrpark, Rangierflächen)

4 m

Zufahrt- & Aufbauhöhe mindestens

10

Kfz-Stellflächen in unmittelbarer Nähe

Aufenthaltsraum

für ca. 20 Mitarbeiter in unmittelbarer Nähe
(Café, Kulturhaus, Büroraum, Garage)

Mithilfe

bei der Organisation von ca. 25 Zimmern
(inkl. Frühstück um ca. 04:00 Uhr)

KONTAKTADRESSEN FÜR GEMEINDEN

- **Salzburg**
gutenmorgen.salzburg@orf.at
- **Wien**
gutenmorgen.wien@orf.at
- **Kärnten**
gutenmorgen.ktn@orf.at
- **Niederösterreich**
gutenmorgen.niederoesterreich@orf.at
- **Tirol**
gutenmorgen.tirol@orf.at
- **Oberösterreich**
gutenmorgen.oberoesterreich@orf.at
- **Vorarlberg**
gutenmorgen.vorarlberg@orf.at
- **Steiermark**
gutenmorgen.steiermark@orf.at
- **Burgenland**
gutenmorgen.burgenland@orf.at



» Für uns und die Gemeinden ist das ein **Tag der Freude.**“

Helmut Mödlhammer, hier mit Alexander Wrabetz (links), bei der Präsentation des neuen ORF-Formats



Studio verbunden werden. Der „Guten Morgen Österreich“-Crew steht dann ein 35 Quadratmeter großes Studio, ein rund sieben Quadratmeter großer Maskenraum und ein ebenfalls rund sieben Quadratmeter großer Technikraum zur Verfügung. Für Monate mit warmen Außentemperaturen lässt sich zusätzlich ein knapp fünf Quadratmeter großer „Balkon“ ausklappen, das Studiodach ist auf einer Fläche von 4,5 x 4,5 Metern voll begehbar. Die jeweilige Gemeinde hat – in Absprache mit dem Landesstudio und der Produktionscrew – nur die nötigen Flächen zur Verfügung zu stellen und die Crew so gut es geht zu unterstützen (siehe Infokasten).

„Ein besonderes Zuckerl ist sicherlich auch, dass aus jeder Gemeinde ein dreiminütiger Film über eben diese Gemeinde gedreht wird“, so Mödlhammer. Dieser Film kann nachher erworben und für eigene Zwecke eingesetzt werden, wenn die Gemeinde das will. Kaufzwang besteht natürlich keiner.

„Wenn der ORF seine Zuseherinnen und Zuseher noch umfassender als bisher informiert und die Menschen dabei dort ‚abholt‘, wo sie leben, dann ist das ebenso begrüßens- wie unterstützenswert. Das Ziel, irgendwann einmal alle Gemeinden des Landes besucht zu haben, ist ein hoch gestecktes, aber wenn die ORF-Landesstudios mit der ORF-Zentrale gemeinsame Sache

Abgewickelt wird jede Sendung aus einer Gemeinde mit Hilfe des mobilen „Guten Morgen Österreich“-Studios. In nur zwei Stunden Aufbauzeit ist das Wunderwerk sendefertig.

machen, dann kann so ein Vorhaben tatsächlich gelingen. Ich wünsche mir, dass ‚Guten Morgen Österreich‘ jenen Zuspruch bekommt, den dieses ambitionierte Projekt in jedem Fall verdient. Der ORF macht jetzt nicht nur für die Menschen, sondern mit den Menschen Programm und zeigt damit eindrucksvoll, dass der Slogan ‚Wo ich daheim bin‘ auch umgesetzt wird.“

Für die Landesstudios ist das neue Format auch eine inhaltliche Aufwertung. Die „Bundesland Heute“-Sendungen zählen schon jetzt zum beliebtesten Content des Senders. „Die Stärke des ORF ist sicherlich die regionale Verwurzelung. Wenn dieser Teil ausgebaut wird, dann ist das für alle gut.“



DANIEL KOSAK IST ABT.-LEITER KOMMUNIKATION & MEDIEN UND PRESSESPRECHER DES ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUNDES

✉ daniel.kosak@gemeinebund.gv.at

GEMEINDEREFERENTEN-KONFERENZ

BELASTUNGSSTOPP GEFORDERT

Beim halbjährlichen Treffen zwischen Gemeinde- und Städtebund und den Gemeinderessort-Verantwortlichen aus den Bundesländern standen Gespräche über die laufenden Verhandlungen zum Finanzausgleich (FAG) auf der Tagesordnung.



Die Gemeindebund-Spitzen mit den Gemeinderessort-Verantwortlichen der Länder. Rupert Dworak, Helmut Mödlhammer, Karin Renner (NÖ), Alfred Riedl, Wilfried Haslauer (Salzbg.), Johannes Tratter (Tirol), Astrid Eisenkopf (Bgl.), Günther Mitterer (Salzburger Gemeindeverband), Max Hiegelsberger (OÖ) und Christian Stöckl (Salzbg.)

Gemeinsame Klammer aller Anliegen ist die Forderung nach einem Belastungsstopp für Länder und Gemeinden sowie die Sicherung der FAG-Anteile von Ländern und Gemeinden. „Es kann nicht sein, dass der Bund Aufgabe für Aufgabe auf unserem Rücken ablädt, ohne sich darum zu kümmern, wie wir das finanzieren sollen“, so Gemeindebund-Chef Helmut Mödlhammer. Schon jetzt verlieren die Gemeinden über den „grauen Finanzausgleich“ jährlich rund 700 Millionen Euro.

Integration ist gemeinsame Aufgabe. Kinderbetreuung und Schulen: Mehrere tausend Kinder und Jugendliche finden derzeit Aufnahme in den Bildungseinrichtungen der Gemeinden, die Erhalter von Kindergärten und Schulen sind. 4400 Kinder sind zusätzlich in Kindergärten zu betreuen. Das verursacht einen Mehraufwand von mindestens 18,8 Millionen Euro (ohne Wien). Rund 10.000 Kinder sind neu im Schulsystem. Das kostet die Gemeinden (ohne Wien) rund 15,9 Millionen Euro zusätzlich. Gesamt sind das rund 35 Millionen Euro, die die Kommunen zusätzlich aufbringen müssen.

Bedarfsorientierte Mindestsicherung: Die Sozialkosten der Länder und Gemeinden zählen zu den am stärksten wachsenden Kostenstellen in den Budgets. Die Aufwände für die Mindestsicherung sind ein wichtiger Bestandteil dieser Kostensteigerungen. Der steigende Aufwand

resultiert nicht ausschließlich aus der steigenden Zahl anerkannter Flüchtlinge, die Mindestsicherung beziehen, dieser Umstand trägt aber wesentlich zu den Kostensteigerungen bei. Offensichtlich ist nicht allgemein bekannt, dass diese Kosten mehrheitlich von Ländern und Gemeinden getragen werden. Für die Gebietskörperschaften bedeutet das einen sehr ernsthaften steigenden Finanzierungsdruck.

Finanzausgleich, Abgabenaufonomie und Bürokratie. Neben Integration und Mindestsicherung waren bekannte „Dauerbrenner“ Inhalt der Gespräche. Der abgeflachte **Bevölkerungsschlüssel** benachteiligt immer noch die kleinen und mittleren Gemeinden. Er ist aus Sicht des Gemeindebundes ein Anachronismus. Die Gemeinden stehen einer **Abgabenaufonomie** für Länder neutral gegenüber. Die Kommunen heben jetzt schon den überwiegenden Teil ihrer Einnahmen selber ein. Grundsteuer, Kommunalsteuer, Gebührenhaushalte, Dienstleistungen und sonstige Abgaben machen weit mehr als die Hälfte der kommunalen Einnahmen aus. Für die Gemeinden besteht hier kein Änderungsbedarf. Die Grundsteuer sollte weiterhin eine abschließliche Gemeindeeinnahme bleiben.

Und was die Bürokratie betrifft: Die Kommunen sind mit immer neuen und kostenintensiven Vorschriften konfrontiert. Hier wird ein Stopp der Belastungen gefordert. ●

Einen ausführlichen Bericht finden Sie auf www.kommunal.at/artikel/belastungsstopp-gefordert/



BUNDESVORSTANDSSITZUNG

RESOLUTION FÜR EINEN FINANZAUSGLEICH NEU

Mit der Resolution des Bundesvorstands fordert Ende März der Österreichische Gemeindebund stabile Regeln zum Finanzausgleich NEU. KOMMUNAL bringt den Wortlaut.

Seit Frühjahr 2015 laufen die Verhandlungen über den kommenden Finanzausgleich (2017-2020), sie sollen im Sommer 2016 abgeschlossen sein. Bund, Länder und Gemeinden sind derzeit mit großen finanziellen Herausforderungen konfrontiert. In vielen Bereichen hat es in den letzten Jahren enorme Kostensteigerungen gegeben, etwa im Gesundheits- und Sozialwesen ebenso wie in der Kinderbetreuung und bei den Schulen. Häufig waren diese Mehrbelastungen durch stetig steigende Standards und mangelndes Kostenbewusstsein der Gesetzgeber verursacht (Referenzen sind die Eisenbahnkreuzungsverordnung oder die beabsichtigte Akademisierung des gesamten gehobenen Pflegedienstes). Diese Steigerungen werden durch die aktuelle Flüchtlingskrise noch deutlich verstärkt werden.

In dieser Situation sind ein klares Ziel zur Eindämmung der Kosten und stabile Regeln für die Zuteilung der Mittel im Sinne einer solidarischen Finanzierung nötig. Es ist nicht die Zeit für Experimente mit radikal veränderten Verteilungsparametern, die zu massiven Verwerfungen zwischen den Gebietskörperschaften führen könnten.

Der Gemeindebund fordert daher:

- 1) Die Anteile der Gemeinden an den Ertragsanteilen mit 11,883 Prozent dürfen nicht gekürzt werden.
- 2) Eine Abgeltung der aufgrund der laufenden Aufgabenübertragung entstehenden Kosten der Gemeinden ist vorzusehen (Grauer Finanzausgleich).
- 3) Die Rechtsfähigkeit der bundesverfassungs-

» Der **Strukturfonds** für Abwanderungsgemeinden und strukturschwache Regionen muss **aus Bundesmitteln dotiert werden**, wobei die Verteilung auf Landesebene erfolgen soll.“

Resolution, Punkt 6

- gesetzlich berufenen Vertreter der Gemeinden für den Abschluss von Verträgen gemäß Art 15a B-VG.
- 4) Eine Abschaffung und zumindest eine Abflachung des abgestuften Bevölkerungsschlüssels ist vorzusehen. Es sind Lösungen anzustreben, damit die Schere zwischen den Gemeinden verkleinert, aber jedenfalls nicht vergrößert beziehungsweise schrittweise geschlossen wird.
 - 5) Angriffe des Bundes auf die Gemeindefinanzen und auf deren eigenständige Politik sind abzulehnen. Gemeindeeigene Steuern müssen jedenfalls erhalten bleiben, die Grundsteuer gehört wie mehrfach gefordert adaptiert. Eine Reform der ausschließlich den Gemeinden zukommenden Grundsteuer ist überfällig. Der Bund muss hier endlich seiner gesetzlichen Verpflichtung nachkommen und unverzüglich für eine Reform der Grundsteuer sorgen. Ein reformtaugliches Modell des Gemeindebundes liegt bereits seit Monaten auf dem Tisch.
 - 6) Der Strukturfonds für Abwanderungsgemeinden und strukturschwache Regionen muss aus Bundesmitteln dotiert werden, wobei die Verteilung auf Landesebene erfolgen soll.
 - 7) Dem politischen Bekenntnis zum ländlichen Raum haben konkrete Maßnahmen zu folgen, wie zum Beispiel die erforderliche und auch





Das Präsidium des Bundesvorstandes: Vizepräsident Alfred Riedl, Präsident Helmut Mödlhammer, Vizepräsident Rupert Dworak und Generalsekretär Walter Leiss.

gesetzlich verankerte Dotierung für die Siedlungswasserwirtschaft und der rasche Breitbandausbau vor allem im ländlichen Raum mit unbürokratischen Abwicklungsvorgaben.

- 8) Ebenso ist es aufgrund der demografischen Entwicklung unerlässlich für Länder und Gemeinden, dass der Pflegefonds verlängert und gestärkt wird.

Asyl- und Flüchtlingskrise: Die Gemeinden haben in den vergangenen Monaten bewiesen, dass Hilfsbereitschaft dort gelebt wird, wo die örtliche Bevölkerung in die wesentlichen Entscheidungsprozesse eingebunden wurde. Nur durch das große Engagement der vielen Freiwilligen konnte diese Aufgabe bewältigt werden, wofür den zahlreichen Vereinen und Freiwilligenorganisationen Dank gebührt.

Die Gemeinden stehen angesichts der unverändert großen Flüchtlingszahl weiterhin vor vielfältigen und schweren Herausforderungen. Die Unterbringung, Versorgung und Betreuung von Flüchtlingen bedeuten enorme administrative und finanzielle Belastungen für die Gemeinden. Die auf den jährlichen Durchschnittskosten basierenden Mehraufwendungen in Kindergärten und Pflichtschulen allein liegen bei mindestens 30 Millionen Euro pro Jahr, dazu kommen Kosten für adaptierte Infrastruktur und höheren Personalbedarf zur Integration. Besonders

„Eine **Ab-schaffung** und zumindest eine **Abflachung des abgestuften Bevölkerungsschlüssels ist vorzusehen.**“

Resolution, Auszug aus dem Punkt 4

schwer wiegen die Kosten der Mindestsicherung, die bis zu 50 Prozent von den Gemeinden mitzufinanzieren sind.

- 1) Weiterhin muss betont werden, dass die Flüchtlingskrise nachhaltig nur auf gesamt-europäischer Ebene gelöst werden kann.
- 2) Im Sinne einer Gesamtverantwortung für die Krise muss sich der Bund auch an den Kosten der Integrationsmaßnahmen sowie an den Kosten der Mindestsicherung finanziell beteiligen.
- 3) Die nach wie vor bestehenden bürokratischen Hürden im Bereich der Unterbringung und bei der Heranziehung von gemeinnützigen Tätigkeiten, sowie bei der Vorbereitung für den Arbeitsmarkt müssen zügig beseitigt werden.
- 4) Für eine effektive Integration sind Deutschkurse unerlässlich, sie müssen bereits für jene Flüchtlinge angeboten werden, die gute Chancen auf einen längerfristigen Aufenthaltstitel haben. Hierfür sind die Mittel aufzustocken und rasch flüssig zu machen.

Stärkung für Ehrenamt und Vereine: Die zahlreichen Freiwilligen und ehrenamtlich tätigen Menschen in unserem Land sind zu einem großen Teil in Vereinen organisiert. Sie bilden ein Sozialkapital, das gesellschaftliche und wirtschaftliche Wirkungen entfaltet und bisher vor allem die Attraktivität des ländlichen Raumes zu erhalten imstande war. Viele positive Entwicklungen und wünschenswerte Strukturen wären ohne das ehrenamtliche Engagement in den Vereinen undenkbar.

Das Vereinsleben in unserem Land darf nicht durch bürokratische und steuerrechtliche Hürden verunmöglicht werden. Bei der Registrierkassenpflicht und Belegerteilungspflicht wurden gesellige und kulturelle Vereinsveranstaltungen nicht zur Gänze ausgenommen.

Der Österreichische Gemeindebund fordert im Hinblick auf die Registrierkassen- und Belegerteilungspflicht für Vereine höhere Schwellenwerte sowie klare und einfache Regelungen, die auch für Vereinsobleute ohne Beiziehung steuerrechtlicher Beratung vollzogen werden können. ●

BUNDESPRÄSIDENTENWAHL 2016

DAS SAGEN DIE KANDIDATEN

In alter Tradition stellt KOMMUNAL die Kandidaten und Kandidatinnen für die Bundespräsidentenwahl vor.

Der Präsident der Bundesrepublik Österreich ist – man muss es ehrlich sagen – für die Gemeinden vordergründig nicht der allerwichtigste Politiker. Aber er – oder sie – ist „neben den Bundesministern, den Staatssekretären und den Mitgliedern der Landesregierungen – ein oberstes Organ der Vollziehung nach Art. 19 Abs 1 B-VG. Zu den Kernkompetenzen des Bundespräsidenten gehören die Ernennung des Bundeskanzlers und, auf dessen Vorschlag, der weiteren Mitglieder der Bundesregierung sowie die Möglichkeit auf Ansuchen der Regierung den Nationalrat aufzulösen.“ Soweit ein Auszug aus der Definition des Amtes.

KOMMUNAL hat den Kandidat/in/en ein paar gemeinderelevante Fragen gestellt. Neben-an finden Sie die Antworten. Die Reihung der Kandidat/in/en erfolgte alphabetisch. Da zu Druckunterlagenschluss dieser Ausgabe erst die nebenstehenden fünf Kandidat/in/en die nötigen Formalitäten erfüllt hatten, konnten auch nur sie berücksichtigt werden.

HINWEIS

Leider mussten aufgrund der meist sehr umfassenden Antworten die hier gedruckten Versionen redaktionell gekürzt werden. Sie finden die Antworten aller Kandidat/in/en aber auf www.kommunal.at/das_sagen_die_kandidaten im Volltext oder Sie folgen dem QR-Code rechts und lesen alles auf Ihrem Handy oder Ihrem Tablet.



IRMGARD GRISS

WELCHEN BEZUG HABEN SIE ZUR ÖSTERREICHISCHEN KOMMUNALPOLITIK ODER HABEN SIE SELBST ERFAHRUNG IN DER KOMMUNALPOLITIK?

Mein Vater war Gemeinderat, und ich habe mich daher schon immer für Kommunalpolitik interessiert.



NORBERT HOFER

Ich komme aus der Kommunalpolitik, ich war jahrelang Gemeinderat in Eisenstadt ... Prägend waren für mich vor allem die Nähe zu den Bürgern, der rege Austausch und vergleichsweise schnelle Umsetzungsmöglichkeiten.



RUDOLF HUNDSTORFER

Ich war 36 Jahre lang für die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten tätig, vom Jugendreferenten bis zum Vorsitzenden. Zudem war ich 17 Jahre lang Abgeordneter zum Wiener Landtag und Mitglied des Wiener Gemeinderates ...



ANDREAS KHOL

Ich war selbst nie Kommunalpolitiker. Aus meiner langen politischen Erfahrung weiß ich allerdings: Niemand ist so direkt und nahe an den alltäglichen Anliegen der Bürgerinnen und Bürger wie unsere Kommunalpolitiker ...



ALEXANDER VAN DER BELLEN

Ich war die letzten Jahre im Wiener Gemeinderat als Abgeordneter ... tätig. Kommunalpolitik ist im Vergleich zur Bundespolitik konkret und anschaulich und insofern auch besonders lohnend.

<p>SIND SIE DER ANSICHT, DASS DIE ANLIEGEN DER GEMEINDEN ETWA BEIM FINANZAUSGLEICH IM ZUSAMMENSPIEL DER GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN AUSREICHEND BERÜCKSICHTIGT WERDEN?</p>	<p>DIE WAHLEN DER LETZTEN JAHRE HABEN GEZEIGT, DASS DIE WAHLBETEILIGUNG IMMER MEHR ZURÜCKGEHT. WAS WÜRDEN SIE GEGEN DIESEN DEMOKRATIEPOLITISCH BEDENKLICHEN TREND UNTERNEHMEN?</p>	<p>VIELE STIMMEN BEHAUPTEN, DASS DAS AMT DES BÜRGERMEISTERS/DER BÜRGERMEISTERIN EINERSEITS ZU WENIG ATTRAKTIV IST, ANDERERSEITS SIND DIE ANFORDERUNG AN DIE PERSON „BÜRGERMEISTER“ ZU HOCH. WIE IST IHRE EINSTELLUNG ZU DIESER FRAGE?</p>	<p>WIE STEHEN SIE ZU DEM ZITAT: „DIE GRUNDFESTE DES FREIEN STAATES IST DIE FREIE GEMEINDE“? KÖNNEN SIE SAGEN, WOHER DIESER SATZ STAMMT? UND KÖNNEN SIE IHM ZUSTIMMEN?</p>	<p>BUNDESPRÄSIDENT HEINZ FISCHER HAT WÄHREND SEINER AMTSZEIT JEDEN EINZELNEN GEMEINDETAG BESUCHT. SO ES IHRE ZEIT ZULÄSST: WERDEN WIR SIE AUF DEM GEMEINDETAG 2016 (7. OKTOBER 2016 IN KLAGENFURT) BEGRÜSSEN KÖNNEN?</p>
<p>Nein, denn die Gemeinden erfüllen viele Aufgaben, die für die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar von Bedeutung sind. Sie brauchen daher auch die notwendigen Mittel, um diese Aufgaben gut erfüllen zu können.</p>	<p>Ich würde immer wieder darauf hinweisen, wie sehr die Politik das Leben der Menschen bestimmt und dass sie zur Wahl gehen müssen, um mitbestimmen zu können. Denn: Wer nicht wählt, für den wird gewählt.</p>	<p>Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sind durch ihre starke Verankerung auf lokaler Ebene eine wichtige Schnittstelle zwischen Bürgerinteressen und politischen Entscheidungen. Darauf muss immer wieder hingewiesen werden.</p>	<p>Der Satz stammt aus Artikel 1 des provisorischen Gemeindegesetzes aus dem Jahr 1849. Er ist nach wie vor richtig. Das Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden ist eine wichtige Errungenschaft in der Geschichte der Kommunalpolitik.</p>	<p>Ja, diese Tradition würde ich als Bundespräsidentin gerne weiterführen.</p>
<p>Beim Finanzausgleich gibt es massive Unterschiede, was die Gewichtung der Gemeinden betrifft. ... Ich glaube, hier braucht es einen neuen Berechnungsspiegel, denn der FAG stellt die finanzielle ... Basis der österreichischen Gemeinden dar.</p>	<p>Viele Bürger sehen die Sinnhaftigkeit nicht mehr, nur alle fünf Jahre ein Kreuzerl abzugeben. Um Menschen wieder für Politik zu begeistern, bin ich für ein Modell der direkten Demokratie nach Schweizer Vorbild in Österreich.</p>	<p>Es ist heute leider so, dass Politiker pauschal ein sehr schlechtes Standing haben. Einen wesentlichen Teil dazu tragen wohl auch die Medien bei ... Ich glaube daher, es muss auch den Kommunalpolitikern angemessener Respekt gezollt werden.</p>	<p>So lautete Artikel 1 des Provisorischen Gemeindegesetzes vom 17. März 1849 ... Die Vorteile des Föderalismus sind nur dann für jedermann spürbar, wenn dieser mit freien, festen und unabhängigen Gemeinden gepaart wird.</p>	<p>Selbstverständlich würde ich den Gemeindegang besuchen. Es ist mir aber ein Anliegen, den Kontakt zu den Gemeinden das ganze Jahr über intensiv zu pflegen, um über die Bedürfnisse, Sorgen und Probleme der Kommunen informiert zu sein.</p>
<p>Ich bin für einen aufgabenorientierten Finanzausgleich. Kommunen gehören jedenfalls finanziell gestärkt. Die Geldmittel sollten sich nicht nur an der Einwohnerzahl orientieren, sondern auch daran, welche Aufgaben die Gemeinde übernimmt.</p>	<p>Man muss schon in der Schule mit der politischen Bildung anfangen, damit Jugendliche die Chance haben, sich mit Politik auseinanderzusetzen. Ein weiterer Punkt ist die Teilhabe. Mein Ziel ist eine offene Hofburg als Ort des respektvollen Dialogs ...</p>	<p>Als Bürgermeister/Bürgermeisterin hat man vielfältige Gestaltungsmöglichkeiten, natürlich muss man aber auch viel Verantwortung übernehmen. Der Bürgermeister/die Bürgermeisterin hat meiner Meinung nach einen hohen Stellenwert ...</p>	<p>Ich messe den Gemeinden eine hohe Bedeutung zu, schließlich können sich die Bürgerinnen und Bürger in hohem Maße mit der Gemeindepolitik identifizieren. Im Gegensatz zu Europa- oder Bundespolitik ist die Kommunalpolitik „greifbar“.</p>	<p>Ich würde mich sehr über die Einladung freuen und komme natürlich gerne, sofern es meine Zeit zulässt.</p>
<p>Der Finanzausgleich steht noch nicht, das Ergebnis kann daher kaum vorweg beurteilt werden. ... Der neue Finanzausgleich sollte aus meiner Sicht einige Dinge grundlegend neu erfassen. ... Weniger Geld für Strukturen, mehr für die Menschen!</p>	<p>Das ist insgesamt ein breites Themenfeld, das mit Sicherheit auch von Wahl zu Wahl neu zu betrachten ist. ... Daher gilt für mich: Zuhören. Dialog anbieten. Die Sorgen der Menschen ernst nehmen und in die Regierungsarbeit einbringen.</p>	<p>Ich schliesse mich diesen vielen Stimmen an.</p>	<p>Kaiserliches Patent, provisorisches Gemeindegesetz 1849. Ja, das in der Gemeindeverfassungsnovelle 1962 festgelegte Prinzip der Subsidiarität und der Grundsatz der freien Gemeinde sind mir sehr wichtig. ...</p>	<p>Darauf freue ich mich jetzt schon! Auch in der Zeit der Wahlbewegung halte ich jeden Bürgermeistertag ein, den ich in meinem vollen Kalender nur irgendwie unterbringen kann. Ohne Bürgermeister/innen ist kein Staat zu machen!</p>
<p>Ich habe schon den Eindruck, dass die Gemeinden vom Städte- und Gemeindebund gut vertreten werden, trotzdem ist es ... immer wichtig, darauf zu achten, dass die Interessen der Gemeinden ... ausreichend Berücksichtigung finden.</p>	<p>... Durch eine Zusammenarbeit, bei der die Bürgerinnen und Bürger das Gefühl haben, dass die Politik ihre Probleme ernst nimmt und löst, könnte das Ansehen der Politik erhöht und damit vermutlich auch die Wahlbeteiligung wieder gehoben werden.</p>	<p>Ich kann gut nachvollziehen, dass Bürgermeister/in in einer Gemeinde zu sein, eine sehr herausfordernde Aufgabe ist, da er oder sie quasi immer öffentlich ist ... Das Positive sehe ich darin, dass er oder sie für konkrete Anliegen der BürgerInnen konkrete Lösungen erwirken kann.</p>	<p>Das Zitat stammt aus dem provisorischen Gemeindegesetz von 1849. Grundsätzlich kann ich dem zustimmen, wenn damit auch gemeint ist, dass den Staat das Zusammenwirken von Bund, Länder und Gemeinden ausmacht.</p>	<p>Wenn es terminlich möglich ist: Gerne.</p>

DIGITALISIERTES ÖSTERREICH

ES SCHEITERT AN DER UMSETZUNG

Österreich scheitert an der Vielzahl an Strategien und der geringen Menge an umgesetzten Projekten. Geht es um die Finanzierung der Zukunftsprojekte, versucht man die Gemeinden hinterrücks wieder als Zahler zu verpflichten.

TEXT / Walter Leiss

Österreich unter die Top fünf Nationen im Bereich der Digitalisierung zu bringen war das erklärte Ziel des ersten IKT-Konvents, der im Mai 2012 stattfand. Seit damals gab es mit den gleichen Schwerpunktsetzungen (Bildung, Wirtschaft, Infrastruktur, Politik und Verwaltung) zahlreiche Konvente, es wurden Arbeitsgruppen gebildet und Strategien ausgearbeitet.

Die vierjährige Geschichte der Konvente hat kleinere Erfolge gebracht. Ein Projekt der beiden ersten Prioritätenkataloge zur Informations- und Kommunikationstechnologie, die die Arbeitsanleitung für die Regierung im Bereich Digitalisierung darstellen, war beispielsweise die Einführung der Handysignatur. 620.000 aktive Handysignaturen gibt es, rund 300.000 nutzen diese zumindest einmal pro Monat. Ein weiteres Projekt war das Personenstandsregister, das mittlerweile trotz zahlreicher Schwierigkeiten und Verschiebungen, doch umgesetzt wurde und die Personenstandsbücher ersetzt hat. Auch die elektronischen Rechnungen an den Bund wurden eingeführt. Andere abgeschlossene Projekte aus diesen ersten beiden Berichten, wie etwa die Schaffung einer Modell-Region für generationsübergreifendes Zusammenleben sind eher unbekannt.

Österreich in EU nur auf Platz 13. Das Ziel, Österreich unter die Top fünf Nationen im Bereich der Digitalisierung zu bringen, ist aber

„Eine digitale Kluft darf nicht entstehen, weil sich etwa nicht alle technische Geräte leisten können.“

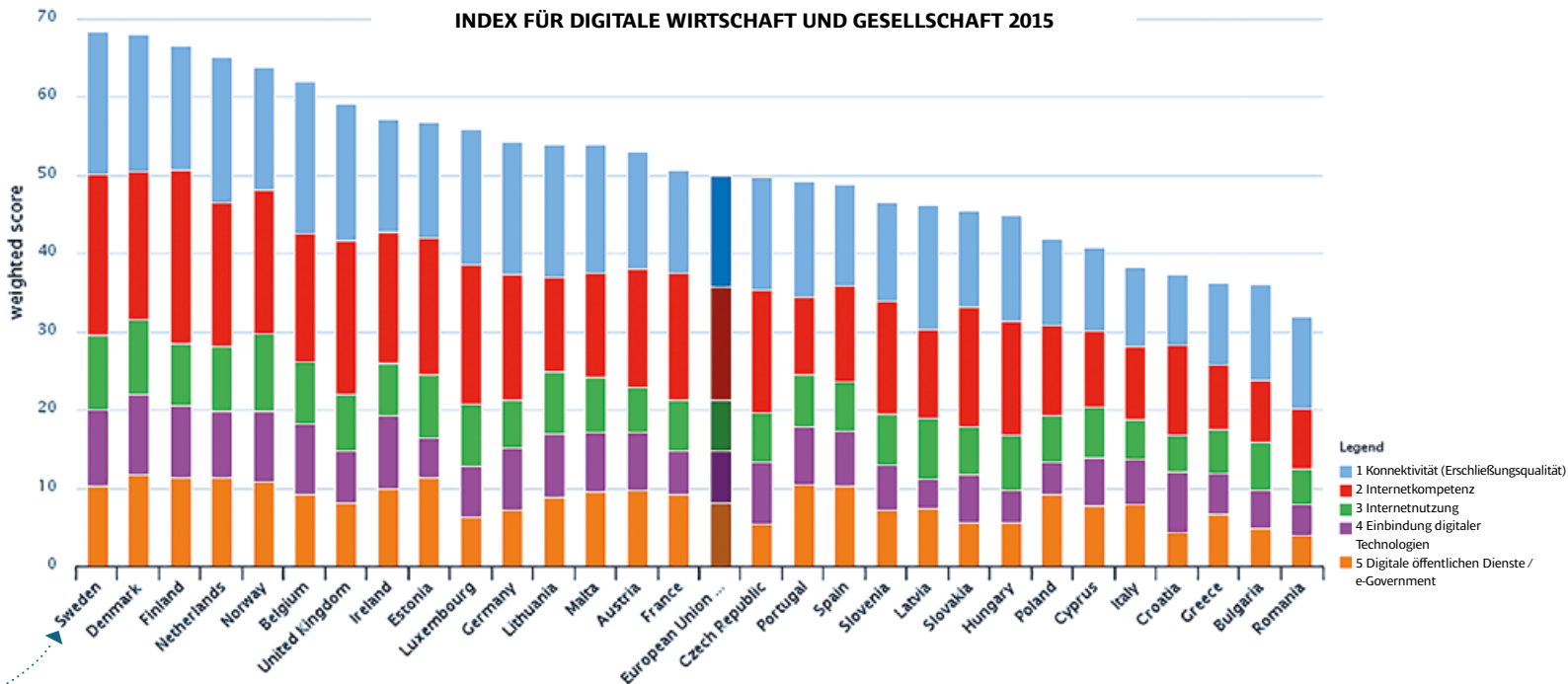
Gabriele Heinisch-Hosek, Bildungsministerin, verlangt Förderungen bei der Ausstattung an den Pflichtschulen



Die halbe Regierung war beim IKT-Konvent Österreichs 2016 anwesend, ging es doch um die digitale Zukunft des Landes.

bisher nicht erreicht worden. Der [Index für digitale Wirtschaft und Gesellschaft 2015](#) der Europäischen Kommission stellt Österreich kein gutes Zeugnis aus. In dem Bericht, bei dem die Verfügbarkeit schneller und erschwinglicher Breitbandverbindungen (Konnektivität), die Internetkompetenz, die Nutzung von Onlineangeboten (Nachrichten bis Einkäufe), der Entwicklungsstand der Digitaltechnik (Elektr. Rechnungsstellung, Cloud Dienste ...) und digitale öffentliche Dienste mit anderen europäischen Ländern verglichen wurden, liegt Österreich nur auf Platz 13. Während Österreich im Bereich der digitalen öffentlichen Dienste mit dem Erstplatzierten Schweden durchaus mithalten kann, hinken wir bei der Internetkompetenz, bei der Nutzung von Online-Angeboten und der Konnektivität stark hinterher.

Mittlerweile haben wir den dritten Prioritätenkatalog zur Informations- und Kommunikationstechnologie erstellt. Dass wir rasch den Anschluss schaffen, scheint jedoch nicht absehbar. Mit der Breitband-Milliarde hätten wir genug Geld, um einen schnellen Anschluss aller Regionen Österreichs auf den Weg zu bringen. Der erste Call, bei dem die Breitbandförderung zum ersten Mal auch für die Gemeinden geöffnet wurde, brachte aber überschaubaren Erfolg. Die Kriterien für die Förderungen waren zu kompliziert, sodass kaum Gemeinden die hochgeschraubten Anforderungen erfüllen konnten. Es gibt aber Hoffnung: Die Förderabwickler



versprechen beim nächsten Ausschreibungszeitraum eine einfachere Einreichung.

Die Geschwindigkeit braucht es aber auch bei der Entwicklung der Pläne, um nicht nur die Infrastruktur, sondern auch die Österreicherinnen und Österreicher fit für das digitale Zeitalter zu machen.

Großbaustelle Bildung. Die Zukunft (hoffnungen) liegt hier in unseren Kindern. Seit dem ersten IKT-Konvent im Mai 2012 steht der Aufbau von eSkills und digitalen Kompetenzen für die Jüngsten im Mittelpunkt der Strategien. Beim heurigen Konvent wurde präsentiert, dass bis Sommer 2016 ein Leitfaden für eine zeitgemäße IKT-Infrastruktur an Schulen geschaffen wird. Damit sollen auch digitale Unterrichtsmittel und die Digitalisierung von Lerninhalten forciert werden. Nicht nur die Schüler sollen am Ende der 8. Schulstufe die notwendigen Kompetenzen für eine sichere und reflektierte Nutzung mit elektronischen Medien aufweisen, sondern auch die Pädagogen/innen müssen diese Kompetenz und eSkills erwerben, um sie auch vermitteln zu können. Man fragt sich aber, warum man sich der praktischen Umsetzung erst jetzt beim vierten IKT-Konvent widmet.

Auch im Bildungsreformpaket (noch in Verhandlung) ist der Ausbau digitaler Kompetenzen vorgesehen. Dieses Paket steht allerdings unter Finanzierungsvorbehalt. Sprich: Wenn kein Geld da ist, kann es auch nicht umgesetzt werden.

Nur Platz 13: Während Österreich im Bereich der digitalen öffentlichen Dienste mit dem Erstplatzierten Schweden durchaus mithalten kann, hinken wir bei der Internetkompetenz, bei der Nutzung von Online-Angeboten und der Konnektivität stark hinterher.



HOFRAT
DR. WALTER LEISS IST
 GENERALSEKRETÄR DES
 ÖSTERREICHISCHEN
 GEMEINDEBUNDES
 ✉ [walter.leiss@
 gemeinebund.gv.at](mailto:walter.leiss@gemeinebund.gv.at)

Die finanzielle Verwirklichung ist angesichts des schon jetzt klaffenden Lochs von 550 Millionen Euro im Schulbudget mehr als fraglich.

Die Ausstattung an den Pflichtschulen trifft zwar die Gemeinden. Aber auch hier fehlt das Geld. „Eine digitale Kluft darf nicht entstehen, weil sich etwa nicht alle technische Geräte leisten können. Hier muss es Förderungen geben“, forderte die Bildungsministerin Heinisch-Hosek beim vierten IKT-Konvent und verwies auf Projekte wie das im vergangenen Jahr im Technologie- und Bildungsministerium initiierte Projekt, bei dem um eine Million Euro 2000 Tablets für Schulen gespendet wurden. Mit Spenden wird diese Aufgabe aber nicht zu bewältigen sein. Darüber hinaus wurde erst vor kurzem durch einen Erlass klargestellt, dass Werbung – „Sponsoring“ – eigentlich verboten ist. Im Endeffekt müssen wohl die Gemeinden wieder dafür aufkommen.

Damit es kein böses Erwachen bei der Finanzierung gibt, hat der Gemeindebund angeregt, zuerst einmal den Ist-Stand zu erheben, um daraus die Soll-Erfordernisse auch finanziell abschätzen zu können. Aber wie sinnvoll ist es, über die Ausstattung zu diskutieren, wenn viele Gemeinden noch nicht über einen entsprechenden Breitbandanschluss verfügen? Wir müssten endlich von den Strategien in die Umsetzung gelangen. Aber vor allem sind auch die finanziellen Mittel bereitzustellen, damit die Gemeinden diese Aufgabe auch bewältigen können. 📍

EINMELDE-VERORDNUNG

AUSSER SPESEN NICHTS GEWESEN?

Im Mai 2014 wurde die EU-Richtlinie über Maßnahmen zur Reduzierung der Kosten des Ausbaus von Hochgeschwindigkeitsnetzen für die elektronische Kommunikation (RL 214/61/EU) verabschiedet.

TEXT / Nicolaus Drimmel

Die Richtlinie klang vielversprechend, aber schon im Titel steckt nur die halbe Wahrheit. Schon in der vorgeschalteten Konsultation dazu auf europäischer Ebene hat der Gemeindebund massive Bedenken angemeldet. Die Richtlinie zitierte zwar ehrgeizige Ziele der „Digitalen Agenda“, nach der alle Europäer bis 2013 eine grundlegende Breitbandanbindung erhalten sollen und darüber hinaus sicherzustellen ist, dass bis 2020 generell Zugang zu sehr viel höheren Internet-Geschwindigkeiten ermöglicht wird usw. Außerdem wurde darauf hingewiesen, dass Maßnahmen zur Senkung der Kosten der Breitbandeinführung im gesamten Gebiet der Union erfolgen müssen. Dazu gehören Planung und Koordinierung sowie die Verringerung der Verwaltungslasten. In diesem Zusammenhang, so die Agenda weiter, müssten die Mitgliedstaaten erhebliche Vorabinvestitionen tätigen, um die gemeinsame Nutzung der physischen Infrastrukturen zu ermöglichen.

Die darauf beruhende Richtlinie beklagt, dass die hohen Kosten vor allem durch wenig vorausschauende Planung beim Infrastrukturausbau im Zusammenhang mit der Nutzung bestehender passiver Infrastrukturen verursacht werden. Unter diese Infrastruktur fallen etwa Leitungsrohre, Leerrohre, Einstiegsschächte, Verteilerkästen, Masten, Antennenanlagen etc. Außerdem gebe es eine mangelnde Koordinierung der Bauarbeiten und Engpässe beim Netzausbau vor allem in ländlichen Gebieten. Die Richtlinie verlangt daher Maßnahmen zur effizienteren Nutzung

„Die Gemeinden sind, wenn es nach diesem Entwurf geht, in einem sehr breiten Ausmaß betroffen.“



HOFRAT MAG. NICOLAUS DRIMMEL IST LEITER DER ABTEILUNG RECHT & INTERNATIONALES IM ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUND

✉ nicolaus.drimmel@gemeindebund.gv.at



Meldepflichtig sollen grundsätzlich alle Anlagen, Leitungen oder sonstigen Einrichtungen, die für Kommunikationslinien nutzbar sein können, auch eine Untergrenze hinsichtlich der Ausdehnung der meldepflichtigen Infrastrukturen besteht nicht.

bestehender Infrastrukturen und zur Verringerung von Kosten. Dies klang aber schon damals eher nach einer Verschiebung der Kosten auf die staatliche Ebene, und weniger nach einer tatsächlichen Kostenreduzierung. Unter der Förderung des Wettbewerbes versteht man eher ein Trittbrettfahrertum auf bestehenden Infrastrukturinvestitionen. Die bis Anfang 2016 verlangte nationale Umsetzung mit dem Telekommunikationsgesetz (TKG) brachte leider keine Entwarnung: Auch dort wollte man sich dem hehren Ziel einer verbesserten Koordination bei der Herstellung und Nutzung von passiver Infrastruktur widmen und richtete dafür eine „Zentrale Informationsstelle für Infrastrukturdaten“ ein. Nach dem neuen §13a. des TKG soll diese Zentralstelle bis längstens 1. Jänner 2017 von der Regulierungsbehörde (Rundfunk- und Telekom-Regulierungs GmbH, RTR) errichtet werden. Der Hammer kommt aber mit dem Absatz Zwei dieses Paragraphen, nach dem die Gemeinden mit umfangreichen, aber noch nicht näher definierten Meldepflichten eingedeckt wurden.

Schon im Zuge der Begutachtung hat der Gemeindebund vor ausufernden Kosten und unnötigem bürokratischen Aufwand gewarnt, damit es zu keinen zusätzlichen Erhebungen durch die Gemeinden (im Vergleich zum beste-



§ 13A (2) TKG

Alle Organe des Bundes, der Länder, der Gemeinden und der Gemeindeverbände sowie der sonstigen Selbstverwaltungskörper, die im Rahmen ihres gesetzmäßigen Wirkungsbereiches über Informationen in elektronischer Form betreffend für Kommunikationslinien nutzbare Anlagen, Leitungen oder sonstige Einrichtungen wie beispielsweise Gebäudezugänge, Verkabelungen in Gebäuden, Masten, Antennen, Türme und andere Trägerstrukturen, Rohre, Leitungsrohre, Leerrohre, Kabelschächte, Einstiegsschächte und Verteilerkästen einschließlich physischer Infrastruktur gemäß § 3 Z 29, verfügen, haben diese Informationen ehestmöglich, längstens bis zum 31. Juli 2016, der Regulierungsbehörde im Wege der Amtshilfe (Art. 22 B-VG) zugänglich zu machen. Diese Informationen haben den Standort und die Leitungswege, die Art und gegenwärtige Nutzung der Infrastrukturen sowie einen Ansprechpartner (Mindestinformationen) zu umfassen, sofern diese Daten elektronisch verfügbar sind.

henden Infrastrukturverzeichnis) und insbesondere nicht zu einer Duplizierung von Meldungen kommt.

Schon einige Wochen nach Inkrafttreten des TKG erhielten die Gemeinden schon Informationen über ihre noch gar nicht näher definierten Meldepflichten. Der Gemeindebund wurde von der RTR ganz ein passant darüber aufmerksam gemacht, dass es im Internet eine laufende Konsultation über eine von der RTR zu erlassende Einmeldeverordnung geben soll.

Diese Vorgangsweise ist leider höchst dilettantisch, das Ausschreiben an alle Gemeinden über eine Verordnung, die noch gar nicht existiert, führt zu erheblicher Verunsicherung. Die Gemeinden sind, wenn es nach diesem Entwurf geht, außerdem in weiten Gebieten betroffen, einerseits als Betreiber eigener Infrastruktur, andererseits aber auch hinsichtlich der bei ihnen elektronisch verfügbaren Daten, die ihnen z. B. in Bauverfahren als Baubehörde bekannt geworden sind. Meldepflichtig sollen grundsätzlich alle Anlagen, Leitungen oder sonstigen Einrichtungen sein, die für Kommunikationslinien nutzbar sein können, aber eine Untergrenze hinsichtlich der Ausdehnung der meldepflichtigen Infrastrukturen besteht nicht.

Was bereits in der Kritik des Gemeindebundes am TKG angeklungen ist, wurde mit dem Entwurf manifest, dass er ist nicht in der Lage ist, kostspielige Doppelgleisigkeiten zu verhindern und keine Lösung für den Umgang mit so genannten „Meldungskonkurrenzen“ anbietet. Es ist bekannt, dass aus den Datenlayern der Geografischen Informationssysteme in den Bundesländern bereits entsprechende Informationen

vorhanden sind. Es muss daher aus verwaltungsökonomischer Sicht unbedingt geprüft werden, ob mit den bereits verfügbaren Daten nicht das Auslangen gefunden werden kann. Eine darüber hinausgehende Einmeldeverpflichtung muss im Hinblick auf deren Verhältnis von Kosten (Verwaltungsaufwand, IT-Einsatz etc.) und Nutzen geprüft werden. Der mit der Umsetzung der gegenständlichen Verordnung verbundene Aufwand für die Gemeinden ist nach diesen ersten Entwürfen als außergewöhnlich hoch zu bezeichnen.

Überdies stellt sich die Frage, warum bestehende Infrastrukturen eingemeldet werden sollen, wenn sie gar nicht für eine Mitverwendung durch Breitband geeignet sind. Nur zur Draufgabe kann die Verpflichtung der Gemeinden verstanden werden, auch Leermeldungen abzugeben.

Ein ganz anderes Thema ist die Frage der sensiblen Einrichtungen. Nach dem schon seit einigen Jahren bestehenden Programm zum Schutz kritischer Infrastruktur handelt es sich um jene Systeme, Anlagen, Prozesse oder Netzwerke, die eine wesentliche Bedeutung für die Aufrechterhaltung wichtiger gesellschaftlicher Funktionen haben und deren Störung oder Zerstörung schwerwiegende Auswirkungen auf die Gesundheit, Sicherheit oder das wirtschaftliche und soziale Wohl großer Teile der Bevölkerung oder das effektive Funktionieren von staatlichen Einrichtungen haben.

Da auch Daten solcher sensiblen Netze, etwa für Wasserversorgung, betroffen sind, für die nach sicherheitspolitischen Erwägungen auch ein gewisser Anspruch an Vertraulichkeit nötig ist, stellt sich die Frage, warum hier mit dem TKG und der Einmeldeverordnung sicherheitspolitische Positionierungen Österreichs konterkariert werden sollen.

Aus kommunaler Sicht ist der Entwurf der Einmeldeverordnung viel zu weit formuliert. Gemeinden wird durch Doppelgleisigkeiten, unnötige Leermeldungen oder Meldungen ohne spezifische Aussagekraft ein unverhältnismäßiger und ungerechtfertigter Verwaltungsaufwand aufgebürdet. Das verursacht nicht nur Frustration, sondern jedenfalls hohe Kosten, womit eigentlich gerade jener Zweck ausgestochen wird, der eigentlich verfolgt wird, nämlich Kosten durch die Verringerung von Verwaltungslasten zu senken.

So kann durch Überregulierung ein sinnvoller Zweck verunmöglicht werden. Es wird dann heißen: Außer Spesen nichts gewesen! ❁



BAUSCHUTT-ENTSORGUNG

HÄUSER ABREISSEN WIRD TEURER

Die Recycling-Baustoffverordnung soll dafür sorgen, dass die Entsorgung von Bauschutt umweltfreundlich erfolgt. Für Gemeinden bedeutet das aber zusätzliche Kosten und mehr Verwaltungsaufwand.

Seit 1. 1. 2016 ist die Recycling-Baustoffverordnung des Umweltministeriums in Kraft. Ziel der Verordnung ist es, dass mehr Abfälle, die bei Bau- und Abbrucharbeiten anfallen, wiederverwertet werden. Recyclingbaustoffe sollen attraktiver werden und genauso wie andere Recyclingprodukte am Markt reüssieren. Dazu ist es nötig, dass Recyclingbaustoffe die gleiche Qualität wie nicht-rezyklierte Baustoffe haben.

Mit der neuen Regelung ist man aber in vielen Gemeinden nicht zufrieden. Die Verordnung setzt schon lange vor dem Recyceln ein. Bereits vor Beginn der Abbrucharbeiten muss eine externe befugte Person oder – bei größeren Gebäuden – sogar ein externer Ziviltechniker das Gebäude untersuchen, die Schadstoffe feststellen und ein Konzept für deren Entfrachtung erstellen. Erst wenn ein Freigabeprotokoll erstellt wurde, kann mit den Abbrucharbeiten begonnen werden.

Mengenschwelle von 100 Tonnen ist zu gering. Kritisiert wird, dass diese verbindliche Schad- und Störstofferkundung bereits ab einer Menge von 100 Tonnen zu erwartenden Abbruchmaterialien vorgeschrieben ist. Diese Schwelle wird als zu niedrig angesehen, da eine derartige Menge bereits beim Abbruch jedes Einfamilienhauses anfällt. So hat beispielsweise der Bürgermeister der niederösterreichischen Gemeinde Unterstinkenbrunn, Matthias Hartmann, errechnet, dass beim Abbruch eines alten Hauses mit



„Es wird teurer und komplizierter.“

Ludwig Bretterebner
Abfallwirtschaftsverband
Liezen

335

Tonnen Baureststoffe fallen beim Abbruch eines Einfamilienhauses an.

45

Euro kostet jetzt die Entsorgung einer Tonne Baureststoffe.

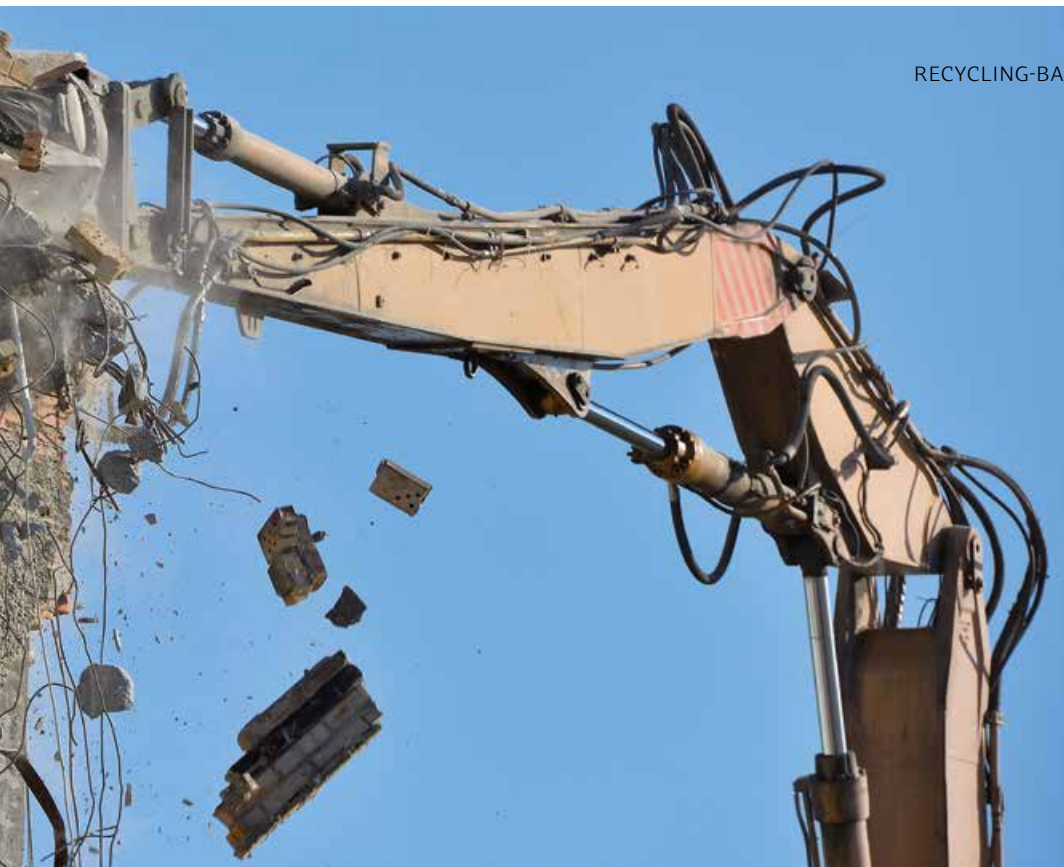
150 m² Wohnnutzfläche 335 Tonnen an Baureststoffen anfallen.

Im Umweltministerium weist man allerdings darauf hin, dass derartige Mengen nur bei Komplettabrissen vorkommen. Bei Umbau- und Sanierungsarbeiten falle im Regelfall weniger Schutt an. „Abbruchmaterialien aus derartigen kleinen Bauvorhaben können von Privathaushalten wie bisher auf den Recyclinghöfen der Gemeinden (meist kostenfrei) abgegeben werden“, heißt es in einer Information zur Recycling-Baustoffverordnung.

Bis 100 Tonnen muss man keine externe Schadstofferkundung machen. Der Bauherr muss aber bestätigen, dass der Rückbau gemäß Önorm B3151 gemacht wurde. Die Vorgaben dieser Norm sind sehr komplex. Experten meinen, dass der zusätzliche Verwaltungsaufwand in keinem Verhältnis zu den möglichen Vorteilen für die Umwelt steht.

Bürgermeister Hartmann hatte bereits Gelegenheit, seine Vorbehalte wegen der 100-Tonnen-Schwelle bei Umweltminister André Rupprechter vorzubringen. „Ich hoffe, dass die Grenze auf 1000 Tonnen erhöht wird“, sagt Hartmann.

Mehrkosten bringen mehr Deponieablagerungen. Verschärft wurden die Grenzwerte für das zu recycelnde Material, und es sind auch mehr Grenzwerte zu untersuchen. Die Fachleute befürchten, dass die Mehrkosten und der zusätzliche administrative Aufwand dem eigentlichen Ziel zuwider laufen könnten und



Erst wenn ein Freigabeprotokoll erstellt wurde, kann mit den Abbrucharbeiten begonnen werden.

dass sogar mehr Bau- und Abbruchabfälle deponiert werden.

„Wenn das so weitergeht, wird das Recyceln fast unmöglich gemacht“, meint Ludwig Bretterebner vom Abfallwirtschaftsverband Liezen. „Es wird teurer und komplizierter – sowohl beim Abbruch als auch beim Recyceln.“

Auch Bürgermeister Hartmann kritisiert, dass Bauschutt jetzt als Reststoff tituliert und behandelt werden muss. „Das bringt eine Verteuerung von 35 Euro pro Tonne auf 45 Euro.“ Für eine Gemeinde könne das zu Schwierigkeiten führen. „Wir suchen händeringend Menschen, die bei uns im Ortskern Neubauten errichten wollen. Da ist eine derartige Erhöhung der Abrisskosten enorm kontraproduktiv.“

Novellierung ist notwendig. Martin Car vom Österreichischen Baustoff-Recycling Verband ist überzeugt, dass man in der Politik erkannt hat, dass eine Novellierung der Verordnung nötig ist. „Eine Novelle ist unbedingt notwendig, weil die Anforderungen überzogen sind“, sag Car. „Es sind dreimal so viele Parameter zu beachten wie noch im Dezember, es muss doppelt so viel geprüft werden wie im vergangenen Jahr und wir haben einen irrsinnigen Wulst an Dokumentationen, die zu erstellen sind.“

Die wichtigsten Reformpunkte wären aus seiner Sicht:



» Ich hoffe, dass die Grenze auf **1000 Tonnen** erhöht wird.“

Matthias Hartmann
Bürgermeister von Unterstinkenbrunn

- Verwaltungsvereinfachung,
- weniger teure Analysen und
- die Einsatzbereiche wieder so zu machen, dass Recycling wieder möglich wird, „denn mit der derzeit gültigen Verordnung ist in vielen Gebieten Österreichs Recycling nicht mehr machbar“, so Car. ●

UM WELCHE SCHADSTOFFE HANDELT ES SICH?

- z. B. Asbest in verschiedenen Anwendungsformen, (H)FKW-haltige Kohlenwasserstoffe in Bauschäumen, Teer, PCB-haltige Dichtungsmassen. Diese Stoffe beeinträchtigen die Umwelt und haben in einem Recycling-Baustoff nichts verloren.

UM WELCHE STÖRSTOFFE HANDELT ES SICH?

- z. B. Gipskartonplatten, Holzwoolldämmbauplatten, Brandschutzplatten, Kunstmarmor. Diese Stoffe beeinträchtigen u. a. die bautechnische Eignung von Recyclingbaustoffen.

PERSONENSTANDSWESEN

ADELSNAMEN UND JUDIKATUR

Nach der jüngsten Judikatur fallen für österreichische Staatsangehörige Adelsbezeichnungen in Namen weg, auch jene, die durch eine Eheschließung mit einem ausländischen Staatsangehörigen erworben wurden.

TEXT / Heinrich Bittermann

Immer wieder werden die Personenstandsbehörden bei der Feststellung der Namensführung von österreichischen Staatsbürgern mit den Bestimmungen des Adelsaufhebungsgesetzes und der Vollzugsanweisung über die Aufhebung des Adels und gewisser Titel und Würden konfrontiert. Im Zentralen Personenstandsregister (ZPR) sind etwa 2500 Personen mit Adelstiteln bzw. Adelsprädikaten gespeichert. Zu Problemen kommt es vor allem dann, wenn österreichische Staatsbürger deutsche oder Schweizer Staatsangehörige ehelichen und deren nunmehr bürgerlicher Name eine Adelsbezeichnung enthält. Sowohl in Deutschland als auch in der Schweiz gelten die ehemaligen Adelstitel als bürgerliche Namen.

Adelsaufhebungsgesetz. Nach langen Diskussionen und mehreren Entwürfen beschloss die „Konstituierende Nationalversammlung“ mit dem Gesetz über die Aufhebung des Adels, der weltlichen Ritter- und Damenorden und gewisser Titel und Würden vom 3. April 1919 die Aufhebung des Adels. Mit dem Ende der NS-Diktatur lebte das Adelsaufhebungsgesetz am 27. April 1945 als österreichisches Gesetz wieder auf und steht gemäß Art. 149 B-VG im Verfassungsrang. Demnach sind österreichische Staatsbürger nicht berechtigt, Adelstitel und Adelsprädikate

„Generell haben alle österreichischen Behörden bei ihren gesetzlich zugewiesenen Aufgaben jedenfalls **das Adelsaufhebungsgesetz zu beachten.**“



REGIERUNGSRAT HEINRICH BITTERMANN IST REFERENT IM REFERAT III/4/B, PERSONENSTANDSWESEN IM BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES

✉ Heinrich.Bittermann@bmi.gv.at



Der Adelsstand konnte auf vielfache Weise erworben werden – durch Abstammung, Eheschließung, Legitimation, Adoption und Verleihung mittels „Allerhöchster Entschliessung“. Aber auch kraft eines Amtes oder durch Erfüllung bestimmter Voraussetzungen konnte ein Adelstitel an Zivil- und Militärpersonen gehen.

ausländischen Ursprungs zu führen¹. Ferner hat der EuGH in der Rechtssache Sayn-Wittgenstein C-208/09 vom 22. 12. 2010 ausgeführt, dass es nicht unverhältnismäßig erscheint, wenn ein Mitgliedstaat das Ziel der Wahrung des Gleichheitssatzes dadurch erreichen will, dass er seinen Angehörigen den Erwerb, den Besitz oder den Gebrauch von Adelstiteln oder von Bezeichnungen verbietet, die glauben machen könnten, dass derjenige, der den Namen führt, einen solchen Rang innehat. Es ist daher davon auszugehen, dass das Adelsaufhebungsgesetz auch bei der Weitergabe eines Namens im Wege der Abstammung und im Zuge einer Eheschließung Vorrang genießt.

Auch dürfen eingebürgerte Staatsbürger keine Adelsprädikate tragen, auch dann nicht, wenn sie diese bei ihrer Einbürgerung vor Jahrzehnten noch als „Teil des Familiennamens“ behalten durften. In diesen Altfällen ist ein Änderungsverfahren aufgrund der Judikaturvorgabe einzuleiten. Ein Statutenwechsel nach IPRG (internationales Privatrechts-Gesetz) ist dem Adelsaufhebungsgesetz unterzuordnen. Weiters spricht das VfGH-Erkenntnis vom 26. 06. 2014, Zln. B 212/2014-17, B 213-215/2014-14, ausdrücklich aus, dass die ältere widersprechende Rechtsprechung des VwGH² durch die jüngere Rechtsprechung ersetzt wird.

¹ VfGH 27.11.2003, Zl. B 557/03-12. In einem weiteren Erkenntnis (VfGH 26.06.2014, B 212/2014-17, B 213-215/2014-14) wurde diese Auffassung bestätigt.

² VwSlg. 3476 A/1954, VwGH 11.2.1957, 2261/56; 18.11.1957, 1645/57; 12.1.1959, 960/58; JBl 1959, 642) und OGH (SZ 147/1952

Vorgangsweise bei Personen mit Adelsprädikaten. Die in jahrzehntelanger Verwaltungspraxis für deutsche Staatsangehörige übliche Vorgangsweise, Adelsnamen, die nach Weimarer Reichsverfassung zum bürgerlichen Familiennamen wurden, für österreichische Staatsbürger zuzulassen, ist aufgrund der neuesten Judikatur nicht mehr aufrecht zu halten.

Wird im Anlassfall ein Adelstitel oder Adelsprädikat evident, ist je nach Sachverhalt ein Änderungs- beziehungsweise ein Berichtigungsverfahren durch die befassende Personenstandsbehörde (Standesamt) einzuleiten. Wird die unzulässige Namensführung bei einer anderen Behörde bekannt, so hat diese die nächste Personenstandsbehörde zu verständigen. Die Personenstandsbehörde hat zu prüfen, ob und wenn ja wann eine Eintragung (Personenstandsbuch- oder ZPR-Eintragung) erfolgt ist.

In beiden Verfahren (Änderungs- wie auch Berichtigungsverfahren) ist die betroffene Person in Kenntnis zu setzen und das rechtliche Gehör (iSd. § 42 Abs. 3 PStG 2013) zu wahren. Ziel und Ergebnis der Verfahren soll die Entfernung des Adelstitels und Adelsprädikates bei der Namensführung in österreichischen Dokumenten und Urkunden sein (z. B. Maximilian Freiherr von Waldstätten – Maximilian Waldstätten).

Handhabung bei Adelstiteln und Adelsprädikaten aus dem Ausland. Generell haben alle österreichischen Behörden bei ihren gesetzlich zugewiesenen Aufgaben (z. B. Ausstellung von Urkunden oder Registerauszügen, Reisepass, Staatsbürgerschaftsnachweis u. a.) jedenfalls das Adelsaufhebungsgesetz zu beachten. Bei neuen Beurkundungen (z. B. Neugeborenes von Elternteilen mit Adelstitel) sind auch bei den österreichischen Eltern keine Adelstitel mehr einzutragen, selbst wenn deren Personenstandsbücher noch nicht berichtigt wurden oder keine Eintragung im Inland vorliegt.

Auch alle neuen Eintragungen bzw. Erfassungen von Auslandspersonenstandsfällen in das ZPR sind im Sinne der Vorgaben des Adelsaufhebungsgesetzes und der Vollzugsanweisung vorzunehmen. ●

Der Beitrag musste aus Platzgründen redaktionell gekürzt werden. Der Volltext findet sich auf

 kommunal.at/Adelsnamen_und_Judikatur

KOMMENTAR

NAMENSRECHT: SO SIEHT VERWALTUNGSVEREINFACHUNG NICHT AUS



Geht's nicht noch ein bisschen komplizierter?

Ehrlich gesagt, wer glaubt heute noch, dass ein Graf in unserem Land einen besonderen Rang einnimmt. In Großbritannien vielleicht, dort gibt es sogar für Bürgermeister Ehrentitel wie „Lord Mayor“. Wohlgermerkt haben die Briten zwar eine Monarchie, aber eine konstitutionelle, und niemand würde sie als eine undemokratische Gesellschaft bezeichnen.

Die Annahme, jemand könnte einen Rang von sich behaupten, den er gar nicht besitzt, wurde vom EuGH in einer Rechtssache zum Adelsaufhebungsgesetz als Entscheidungsgrund dafür angeführt, dass man sich trotz Freizügigkeit des Aufenthaltes in der Union nicht immer so nennen darf, wie man es eigentlich von seiner Herkunft her gewohnt ist. Diese und andere höchstgerichtliche Entscheidungen haben einen Rattenschwanz von Verfahren und Plackerei zur Folge.

Das Namensrecht in Österreich hat in den letzten Jahrzehnten große Fortschritte gemacht, es ist viel flexibler geworden und hat sich der modernen Gesellschaft sukzessive angepasst. Dazu gehören z. B. die weiblichen Namensendungen in den slawischen Namen. All das macht den Vollzug zwar nicht einfacher, aber dafür etwas freundlicher.

In Österreich leisten wir uns mit dem Adelsaufhebungsgesetz aber Blüten, die nur teuer und anachronistisch sind. Siebürden manchen Menschen etwas auf, was in unserer heutigen Welt eigentlich völlig unverständlich ist. Das internationale Namensrecht ist zwar nur ein bescheidener Teil des Personenstandswesens, aber es stellt sich die Frage, warum man sich über die ohnedies schon durch Sprache und Tradition bestehenden Unterschiede hinaus einen solchen Luxus wie den österreichischen Weg leisten will. Die renommierte Professorin für Rechtsvergleichung, Bea Verschraegen, hat einmal moniert, man müsse mit dem Namensrecht behutsam umgehen: „Es wäre an der Zeit, dass die EU-Staaten ihren nationalen Chauvinismus, den sie im internationalen und nationalen Namensrecht verpackt haben, über Bord werfen.“ Man sollte hinzufügen, dass gerade dieser Chauvinismus den Vollzug des Rechts in den Personenstandsbehörden nicht gerade vereinfacht, vielmehr verteuert. Letztlich ist es ein Bärendienst für die Menschen, deren Identität sich in ihren Namen spiegelt.

 nicolaus.drimmel@gemeindebund.gv.at

Hofrat Mag. Nicolaus Drimmel ist stellvertretender Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes

BUNDESPRÄSIDENTENWAHL 2016

LEITFADEN BIETET
HILFESTELLUNG

Öffentlichkeitsarbeit und Service des Bundesministeriums für Inneres – eine Kombination von Altbewährtem und Neuem.



Auf dem Gang zu den Zimmern der Abteilung für Wahlangelegenheiten im BMI kann man es in Schaukästen sehen: Niederschrift-Formulare aus den 1920er-Jahren. Bis heute gibt es große Ähnlichkeit zu den aktuell angebotenen Formularen und sie sind einer der wesentlichen Gründe, warum in Österreich Wahlen – von ganz seltenen Ausnahmen abgesehen – reibungslos über die Bühne gehen. Die Formulare sind Urkunde und Arbeitsbehelf in einem. Folgt eine Wahlleiterin oder ein Wahlleiter dem chronologisch aufgebauten Text, so sollte bei allen den Wahlablauf betreffenden Amtshandlungen keiner der notwendigen Formalitäten und Schritte übersehen werden.

Auch wenn sich die Formulare bestens bewährt haben, ist eine Weiterentwicklung von Wahl zu Wahl erforderlich. Bei den Verbesserungen wird Gesetzesänderungen und Anregungen aus den Gemeinden Rechnung getragen. Den Übergang in das Computerzeitalter schafften die Formulare vor fünfzehn Jahren –

zuerst als simple „ausfüllbare“ PDF-Dateien. Diese wurden zu ausfüllbaren, speicherbaren, immer wieder ergänzbaren und neuerlich speicherbaren Dokumenten weiterentwickelt. Im BMI kann man sich bei jeder Wahl neuerlich davon überzeugen, dass die Gemein-

Informationen

Der Leitfaden des BMI bietet Antwort auf die meisten Fragen. Und für das Beantworten „kniffliger“ Fragen steht im Hintergrund des Call Centers unter der Nummer **0800 202220** stets ein Team von Fachleuten aus der Abteilung für Wahlangelegenheiten **01/ 53126 2700** bereit.

den von den „Formularen 2.0“ in großem Ausmaß Gebrauch machen. Die Niederschrift-Formulare sind übrigens nur ein kleiner Teil eines umfangreichen Angebots des BMI an ausfüllbaren Formularen und Behelfen. Bereits bei den Gemeinden eingelangt ist der erste Teil des – bei Wahlen erstmals – in neuer, zeitgemäßer Ausgestaltung zur Verfügung gestellten „Leitfadens“;

mit dem das BMI allen mit der Administration der Wahl befassten Gemeindebediensteten Hilfestellung geben möchte.

Die Öffentlichkeitsarbeit des BMI bei Wahlen hat eine deutlich kürzere Tradition und ist eng mit dem Internetangebot des BMI verwoben. Kernpunkt sind Zeitungsinserate und elektronische Flächen sowie amtliche Formulare. Sie alle verweisen auf weiterführende Informationen auf der BMI-Homepage und eine speziell für die jeweilige Wahl eingerichtete Hotline. Mit der Hotline soll ein vielfächiger Synergieeffekt erzielt werden: die Anhebung der Wahlbeteiligung und die Entlastung der Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter in den Gemeinden, Ländern und im BMI. Menschen mit Behinderungen und Menschen, die von Österreich weit entfernt leben, soll so rasch und unbürokratisch wie möglich zur Wahrnehmung ihres Wahlrechts verholfen werden.

Schwerpunkt der Informationen bei der bevorstehenden Bundespräsidentenwahl 2016 sollen Informationen über die Eintragung von

Auslandsösterreicherinnen und Auslandsösterreichern in die Wählerevidenz sowie über die Stimmabgabe mittels Wahlkarte, insbesondere mittels Briefwahl, bilden. Neben den Internetinformationen besteht ein speziell eingerichtetes Call Center, in dem BMI-Bedienstete von Montag bis Freitag (7.30 bis 17.00 Uhr) telefonisch Auskunft erteilen. Für das Beantworten „kniffliger“ Fragen wird im Hintergrund stets ein Team von Fachleuten aus der Abteilung für Wahlangelegenheiten bereitstehen. Und außerhalb der genannten Zeiten gibt es einen Tonbanddienst, der für die Bundespräsidentenwahl sogar gesetzlich vorgeschrieben ist. Insbesondere Auslandsösterreicherinnen und Auslandsösterreichern muss, für den Fall, dass ein 2. Wahlgang notwendig wird, Auskunft erteilt werden, welche Bewerberinnen und/oder Bewerber „in die engere Wahl“ gekommen sind. Und es wird unermüdlich darauf hinzuweisen sein, dass mit einem „leeren amtlichen Stimmzettel“ rechtsgültig erst ab dem 3. Mai 2016 gewählt

GENERALVERSAMMLUNG

EUROPA ERKLÄREN IST NICHT EINFACH

„Gerade in so schwierigen politischen Zeiten ist es wichtig, dass Europa auf der Gemeindeebene starke Wurzeln bildet. Die EU-Gemeinderäte haben hier eine ganz wichtige Funktion.“ Die 4. Generalversammlung der EU-Gemeinderäte und EU-Gemeinderätinnen fand in Wien statt.

Der Marmorsaal im Außenministerium, in dem bislang immer die Veranstaltungen der EU-Gemeinderäte stattgefunden haben, wäre aus allen Nähten geplatzt. Schon deshalb musste die 4. Generalversammlung in den Prunksaal des Palais Niederösterreich „um die Ecke“ ausweichen. Dass die gemeinsame Initiative des Gemeindebundes, des Außenministeriums und der Vertretung der Europäischen Kommission in Wien im Jahr 2016 knapp 800 Aktive in den Gemeinden haben würde, hätten sich bei Start 2010 nicht mal die größten Optimisten gedacht. Gleichwohl war das vorrangige Ziel immer, einen Europagemeinderat, eine Europagemeinderätin in jeder Gemeinde zu haben.

„Die Gemeinderäte sind das stärkste Bindeglied zwischen der Bevölkerung und der Politik“, sagte Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer bei seiner Eröffnungsrede. Neben dem Gemeindebund-Chef und Außenminister Sebastian Kurz waren auch Rupert Dworak, Vizepräsident des Gemeindebundes und Vorsitzender des Europaausschusses des Gemeindebundes, sowie mehr als 300 Gemeinderäte aus Österreich und – ein freudig registriertes Novum – auch eine Gruppe EU-Gemeinderäte aus Südtirol anwesend.

„Vielen Menschen wird erst jetzt bewusst, in welcher komfortablen Lage wir bislang gelebt haben, bei offenen Grenzen, freiem Warenverkehr, freiem Geldverkehr, persönlicher Reisefreiheit usw. Ein erneutes Hochziehen nationaler Grenzen kann mit Sicherheit keine dauerhafte Lösung sein“, so Mödlhammer weiter.

Außenminister Sebastian Kurz präzisierte dann die „größere“ Sicht und sprach einige der viel diskutierten Themen an. Vor allem die Themen Kindergeld, Großbritanniens „Ext-


„ Ein erneutes Hochziehen nationaler Grenzen kann mit Sicherheit **keine dauerhafte Lösung sein.**“

Helmut Mödlhammer, Präsident des Österreichischen Gemeindebundes.



rawürscht“ und Asyl erregten die Gemüter. „Es muss uns klar sein, dass österreichisches Kindergeld für beispielsweise rumänische Verhältnisse einen durchschnittlichen Monatslohn bedeutet. Ein extremer Anreiz für die Menschen dort, bei uns arbeiten zu wollen. Und deswegen sollten wir Leistungen wie das Kindergeld an das jeweilige nationale Niveau anzupassen.“

Was das Thema Asyl betraf, wiederholte Kurz die Argumente, die zu den Grenzsicherungen geführt hatten. „Der griechische Zugang, nämlich Flüchtling für maximal 24 Stunden in Griechenland zu haben und dann Richtung Europa zu schicken, kann nicht funktionieren und muss uns das Recht geben, unsere Grenzen zu schließen.“ Das passiere derzeit überall in Europa, nicht nur auf der Balkanroute. Europas Hauptziel müsse es bleiben, in den Herkunftsländern der Flüchtlinge zu helfen.

Migration, die Eurokrise, TTIP und Lebensmittelsicherheit standen bei der anschließenden Diskussion im Mittelpunkt. Berndt Körner, FRONTEX, Antonia Ida Grafl, Bundesministerium für Finanzen, Gabriela Habermayer, Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft, und Herbert Dorfmann, Mitglied des Europäischen Parlaments stellten sich den Fragen der anwesenden rund 300 EU-Gemeinderäte. 

Einen ausführlicheren Bericht finden Sie auf www.kommunal.at. Eine große Auswahl an Fotos gibt es auf www.flickr.com/photos/minoritenplatz8/sets/72157665240892446

ABFALLWIRTSCHAFT

DEN KREISLAUF SCHLIESSEN. EIN ZWEITER ANLAUF

Die Europäische Kommission legt ein neues, ehrgeizigeres Kreislaufwirtschaftspaket vor, mit Chancen und Fallstricken für Abfallwirtschaft, Gemeinden und Konsumenten.

TEXT / Heidrun Maier-De Kruijff & David Kainrath

Im Dezember 2015 legte die EU-Kommission einen neuen, umfangreichen **Vorschlag zur Kreislaufwirtschaft** vor, nachdem sie ein Jahr zuvor den von der Vorgänger-Kommission veröffentlichten Vorschlag zur Kreislaufwirtschaft zurückgezogen hatte. Angesichts der Rohstoffarmut auf dem europäischen Kontinent ist es stark an der Zeit, die Ressourcenverschwendung durch mehr Abfallvermeidung, Wiederverwendung und Recycling zu bekämpfen. Der Verband der öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft Österreichs (VÖWG) begrüßt den Paradigmenwechsel in der Abfallwirtschaft, weist aber auf einzelne Schwachpunkte hin.

Im Kreislaufwirtschaftspaket sind neue Zielvorgaben für das Recyceln und Deponieren von Abfällen enthalten. Für Sekundärrohstoffe, die aus Recyclingprozessen hervorgehen, sollen einheitliche europäische Qualitätsstandards entwickelt werden. Im Rahmen der Abfallvermeidung sollen Haltbarkeit, Recyclingfähigkeit und Reparierbarkeit von Produkten gesteigert und geplante Obsoleszenz bekämpft werden. Auch die Lebensmittelverschwendung soll bekämpft werden.

Positive europäische Impulse. Hervorzuheben ist der von der Kommission gewählte ganzheitliche Ansatz, der Kreislaufwirtschaft als mehr als ein reines Abfallthema betrachtet: weg von der Linearwirtschaft, die endliche Ressourcen und nicht erneuerbare Energien verbraucht und als Endprodukt Abfall anhäuft, hin zur Kreislaufwirtschaft, in der Material- und Energie-

„ Am **schwerwiegendsten betroffen** wäre die österreichische Abfallwirtschaft **von der neuen Definition des Siedlungs- und Bioabfalls** in der Abfallrahmenrichtlinie.

ströme immer wieder verwertet und möglichst lange im Wirtschaftskreislauf gehalten werden. Ganzheitlich sind auch die Zielsetzungen, wobei das Kreislaufwirtschaftspaket als Scharnier zwischen mehreren strategischen europäischen Zielen zu sehen ist: Arbeitsplätze in den Regionen schaffen, Wirtschaftswachstum und Investitionen steigern, Umwelt- und Klimaziele erreichen, Versorgungssicherheit bei Energie und Rohstoffen sicherstellen.

Kommunale Abfallwirtschaft vor neuen Herausforderungen. Der österreichische Abfallwirtschaftssektor gehört zu den Musterschülern in der EU. So erzielt Österreich regelmäßig Bestplätze im europäischen Vergleich der Recyclingquoten und gehört zusammen mit Deutschland zu den Vorreitern in der EU. Die innovativen und effizienten Lösungen spiegeln sich in den neun Landesabfallwirtschaftsgesetzen wider, die an den regionalen Gegebenheiten angepasst sind. Es ergibt sich ein engmaschiges Netz an ausgewogenen Regelungen, die den größtmöglichen Umweltschutz zum kleinstmöglichen Preis für die Bürger ermöglicht. Dieses Gleichgewicht soll durch allzu radikale Änderungen der Rahmenbedingungen nicht gestört werden. So gibt es auch im Vorschlag der Europäischen Kommission zum neuen Kreislaufwirtschaftspaket eine Reihe von Regelungen, die für die österrei-



„Arbeitsplätze in den Regionen schaffen, Wirtschaftswachstum und Investitionen steigern, Umwelt- und Klimaziele erreichen, Versorgungssicherheit bei Energie und Rohstoffen sicherstellen.“ Das Kreislaufwirtschaftspaket dient mehreren europäischen strategischen Zielen.

chische Abfallwirtschaft potenziell große Probleme verursachen können: Am empfindlichsten würde die Gemeinden das von der Europäischen Kommission vorgeschlagene „Mengenkriterium“ bei Siedlungs- und Bioabfällen treffen.

Mengenkriterium bei Siedlungs- und Bioabfällen als Kostentreiber. Am schwerwiegendsten betroffen wäre die österreichische Abfallwirtschaft von der neuen Definition des Siedlungs- und Bioabfalls in der Abfallrahmenrichtlinie. Künftig sollen nur mehr „gemischte Abfälle und getrennt gesammelte Abfälle aus anderen Quellen, die in Bezug auf Beschaffenheit, Zusammensetzung und Menge mit Haushaltsabfällen vergleichbar sind“ von der Definition umfasst sein. Das neu hinzugekommene Mengenkriterium hätte negative Umweltauswirkungen.

Das Mengenkriterium würde sowohl für kommunale Abfallentsorger als auch für Konsumenten höhere Kosten bedeuten. Werden Unternehmen aufgrund des vorgeschlagenen Mengenkriteriums aus dem Sammelsystem für Siedlungsabfälle ausgenommen, bedeutet das, dass die geforderte Effizienz des Sammelsystems auf Grund der in einem Gebiet geringeren Sammelmenge nicht mehr gegeben ist. Wird diese Definition in der Abfallrahmenrichtlinie wirklich umgesetzt, haben in Österreich sieben von neun Landesgesetzgebern das Problem, dass sie



**DER LINK ZUM
DEZEMBER-
VORSCHLAG**

[http://europa.eu/
rapid/press-release_
IP-15-6203_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-6203_de.htm)



diese Begrenzung in das Landesgesetz umsetzen müssen und viele Betriebe sich aus der öffentlichen Müllabfuhr verabschieden.

Bei den Bioabfällen will die Kommission auch „andere Abfälle mit ähnlicher biologischer Abbaubarkeit, die eine ähnliche Beschaffenheit, Zusammensetzung und Menge aufweisen“ inkludieren. Die Vermutung liegt nahe, dass es möglicherweise um Papier und kompostierbare Kunststoffe geht. Solche stellen aber trotz ihrer „Kompostierbarkeit“ Verunreinigungen dar und sollten keinesfalls zur Herstellung von Qualitätskomposten genutzt werden, die später Anwendung in der Landwirtschaft zur Erzeugung von Lebensmitteln dienen.

Ein Großteil der Kosten des öffentlichen Abfallwirtschaftssystems sind Fixkosten, die auf die Abfallverursacher umgelegt werden. Wird durch das Hinausoptieren der Betriebe aus der Beteiligungsverpflichtung die Gesamtzahl der Zahler – also nur mehr die Haushalte – kleiner, steigt logischerweise die absolute Höhe der Müllgebühren für den einzelnen Haushalt. Die Salzburger Landesregierung hat in einer Studie abschätzen lassen, dass die Müllgebühr für einen Haushalt um ein Drittel steigen würde. Aus Sicht der Gemeinwirtschaft ist eine derartige Ungleichbehandlung von Haushalten und Betrieben abzulehnen.

Fazit. Die Impulse des Kreislaufwirtschaftspaketes für Innovationen, die regionale Wirtschaft und den Umweltschutz bewertet der VÖWG sehr positiv. Eine überhastete Umsetzung ins nationale Recht, versteckte Kostentreiber für die kommunalen Entsorgungsbetriebe sowie die Ungleichbehandlung von privaten Haushalten und Betrieben verlangen nach weiterführender Auseinandersetzung. ●



Die AUTOREN:

MMag.^a **HEIDRUN MAIER-DE KRUIJFF** ist Geschäftsführerin und **DAVID KAINRATH**, BSC, MSC, ist Referent für Umwelt und Verkehr im Verband der öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft Österreichs

LUFTVERBESSERUNG – SEKTORALES FAHRVERBOT

Die Tiroler Landesregierung hat sich Mitte März auf die Wiedereinführung des sektoralen Fahrverbots geeinigt

– eine Maßnahme, mit der bestimmte Güter wie Abfälle, Rundholz, Schrott, Eisenwaren, Fliesen etc. nicht mehr auf der Straße transportiert werden dürfen. Bereits zweimal ist diese Maßnahme von den europäischen Institutionen gestoppt worden. „Wir müssen alles tun, um die Luftqualität in Tirol zu verbessern – das sind wir der Tiroler Bevölkerung schuldig“, stellte LH Günther Platter klar. „Mit dem sektoralen Fahrverbot stellen wir die Weichen, um den Verkehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern.“ Aufgrund der Stellungnahme durch die Europäische Kommission zum sektoralen Fahrverbot soll das bisherige Maßnahmenpaket ergänzt werden. Dieses sieht jetzt unter anderem vor, dass Solo-Lkw der Klasse Euro II ab Sommer 2016 und alle Lkw (Solo, Lastzüge, Sattelkraftfahrzeuge) der Klasse Euro III mit Ende 2017 verboten werden.



SOLIDARITÄT GEFORDERT

Gemeinden brauchen **Unterstützung**

Vom 10. bis 11. Februar 2016 fand die 116. Plenartagung des Ausschusses der Regionen (AdR) in Brüssel statt.

Im Zentrum des Plenums stand einmal mehr das Flüchtlingsproblem der Europäischen Union. In einer Debatte mit EU-Ratspräsident Donald Tusk wurden Lösungen ausgelotet und besprochen. In seinen Ausführungen hob Tusk hervor, dass die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften an vorderster Front in der Migrationssituation sowie in der nachfolgenden Integration stehen und daher dringend Unterstützung brauchen.

Laut dem AdR liegt die Herausforderung in der gerechten Aufteilung der Verantwortung, insbesondere in Bezug auf die Umverteilung und Neuansiedlung der Flüchtlinge, in der wirksamen Bekämpfung einer Radikalisierung und in der Erhaltung der Sicherheit in der europäischen Gesellschaft bei gleichzeitiger Achtung der Menschenrechte. Der AdR fordert alle Mitgliedstaaten zu Solidarität und gemeinsamer Verantwortung auf.

 www.institut-ire.eu



Franz Schausberger, AdR-Präsident Markku Markkula und Donald Tusk im Gespräch.

EUROPA
IN ALLER KÜRZE**Kampagne um 30 Millionen**

Die Südtiroler Landesregierung hat Mitte März laut dem Internetportal „europaticker“ das Tätigkeitsprogramm des am 1. Jänner gestarteten Südtirol-Dienstleisters IDM genehmigt und der Gesellschaft dafür eine Finanzierung von mehr als 30 Millionen Euro zugesagt. Die IDM arbeitet darauf hin, dass die Europäer Südtirol als einer der begehrtesten Lebensräume Europas ansehen und die Unternehmen ihre Wettbewerbsfähigkeit weiter ausbauen können.

508.450.856
Einwohner hatte die EU
am 1. Januar insgesamt

ARBEITSLOSENQUOTE

9,4%

Arbeitslosenquote herrscht laut Eurostat
in Österreichs größeren Städten,

5,3%

in kleineren Städten und Vororten sowie

3,3%

in ländlichen Gebieten.

QUELLE: Eurostat (<http://ec.europa.eu/eurostat/web/degree-of-urbanisation/statistics-illustrated>)

Irland beteiligt sich an Europas Umverteilungsmechanismus

Die EU-Kommission hat Anfang März bestätigt, dass Irland in vollem Umfang am Umverteilungsmechanismus für Flüchtlinge teilnehmen kann. Als Nicht-Schengen-Mitglied, aber kooperierendes Land im Rahmen des Schengener Abkommens hatte Irland angeboten, Flüchtlinge aus Italien und Griechenland aufzunehmen. Möglich wird dies durch eine Opt-in-Klausel im EU-Vertrag. Der Mechanismus zur Umverteilung gilt für ein Kontingent von insgesamt 160.000 Flüchtlingen, die in Italien und Griechenland zwischen dem 15. August 2015 und dem 16. September 2017 aus unsicheren Herkunftsländern Schutz suchen. Sie dient der Entlastung beider Mittelmeerländer und wurde im September 2015 durch die EU-Mitgliedstaaten be-

schlossen. Bisher verläuft die Umverteilung aber nur schleppend. Die Kommission drängt daher seit Monaten darauf, die Beschlüsse in den Mitgliedstaaten umzusetzen. Zuletzt hat Jörg Wojahn, Vertreter der EU-Kommission in Österreich, darauf hingewiesen, dass die EU-Kommission in der Flüchtlingskrise zahlreiche Maßnahmen vorgeschlagen habe, an deren Umsetzung es auf Länderebene aber mangle. Zudem gehe sie gegen die Verletzung bestehender Asylregelungen der EU in über 60 Vertragsverletzungsverfahren gegen die Mitgliedstaaten vor.

http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-is-new/news/news/2016/20160210_1_en.htm



DER BRAND WAR IN HOLLAND, DAS WASSER KAM AUS DEUTSCHLAND.“

Jos Hessels, Bürgermeister aus dem niederländischen Echt-Susteren, kommentiert ein praktisches Beispiel grenzüberschreitender Zusammenarbeit zwischen deutschen und niederländischen Feuerwehren. Darum ging es beim dritten Symposium im deutschen Bocholt, das in der Westfälischen Hochschule vor rund 140 Teilnehmern stattfand.

„Plastik in der Donau“

Das österreichische Umweltbundesamt hat bei der Konferenz „Polytalk“ vom 16.-17. März in Brüssel die Pilotstudie „Plastik in der Donau“ vorgestellt.

Die Konferenz wird von Plastics Europe, dem Verband der Plastikhersteller organisiert und richtet sich an Entscheidungsträger aus der EU und den Mitgliedsländern, an Industrie, Wissenschaft und NGOs.

„Der Dialog zwischen den verschiedenen Stakeholdern spielt eine wichtige Rolle, um das Problem Plastik in der Umwelt in den Griff zu bekommen“, erklärt Karl Kienzl, stellvertretender Geschäftsführer.



EU & Transparenz

Die EU-Kommission hat eine öffentliche Konsultation gestartet, um ein verpflichtendes gemeinsames Transparenzregister für Lobbyisten bei den EU-Institutionen zu entwickeln.



Kommissions-Vizepräsident Frans Timmermans (Bild) erklärte dazu: „Die Kommission ist dabei, ihre Arbeitsweise zu ändern, indem sie Interessenträger häufiger konsultiert und offen damit umgeht, wen wir treffen und warum. Eine transparentere Europäische Union wird den Bürgerinnen und Bürgern mehr nutzen.“

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-462_de.htm



FOTO / © ORF/Lauber

BEST OF AUSTRIA

KREATIVSTE VIELFALTS-VOLKSSCHULE GESUCHT

Bereits zum vierten Mal sucht die Kampagne **vielfaltleben** den „Vielfalts-Gemeinde-Champion“ Österreichs und prämiert damit beispielhaftes Engagement für den Erhalt der Vielfalt an Pflanzen, Tieren und Lebensräumen in Österreich.

Die Volksschulkinder Ihrer Gemeinde sind richtige Naturexpertinnen und -experten? Unterricht findet nicht nur in der Klasse, sondern auch im Grünen statt und vermittelt die Wichtigkeit einer intakten Umwelt? Lehrerinnen und Lehrer sind höchst engagiert? Dann haben Sie große Chancen, dass Ihre Volksschule und Ihre Gemeinde als **vielfaltleben** Gemeinde Champion 2016 ausgezeichnet werden!

Die Kampagne **vielfaltleben** und die Suche nach

dem „Vielfalts-Gemeinde Champion“ Österreichs findet bereits zum vierten Mal statt. 2016 stehen Volksschulen im Mittelpunkt, die sich besonders aktiv für den Erhalt der Lebensvielfalt einsetzen. In den Volksschulen wird ein Grundstein für das Begreifen, Verstehen und Schützen der Natur gelegt.

Alle Gemeinden sind eingeladen, sich mit „ihrer“ Volksschule um den **vielfaltleben**-Champion 2016 zu bewerben! Die kreativsten und nachhaltigsten Aktivitäten werden mit attraktiven Preisen

im Gesamtwert von 7000 Euro ausgezeichnet.

Ab sofort können vielfältige Aktionen eingereicht werden: Vom Anlegen von Kräuterspiralen und Blumenwiesen im Schulgarten über Müllsammelaktionen und Theateraufführungen bis hin zu Naturschutzschwerpunkten im Unterricht: Der Vielfalt sind keine Grenzen gesetzt. Sowohl Berichte von bereits umgesetzten Projekten der letzten beiden Schuljahre als auch Konzepte, die sich gerade in Umsetzung befinden, können eingereicht werden.

Alle Informationen zur Kampagne, zum Wettbewerb, Teilnahmebedingungen und Einsendeschluss finden Sie auf vielfaltleben.at



KLIMASCHUTZPREIS JUNIOR 2016

Die Jüngsten haben oft die besten Ideen. Die Plattform, die diese Ideen präsentiert, ist der Klimaschutzpreis Junior. ORF und Umweltministerium rufen bereits zum fünften Mal Kinder und Jugendliche im Alter von 6 bis 14 Jahren auf, ihre Projekte ins Rennen um den Österreichischen Klimaschutzpreis Junior 2016 zu schicken. Gefragt sind Projekte, mit denen die Energie- und damit die CO₂-Bilanz an der Schule oder im Wohnumfeld verbessert werden.

**Einreichung: bis 25. 5. 2016
auf klimaschutzpreis.at/junior**

QUELLE / BMLFUW



NACHHALTIGKEIT

ZUM ANFASSEN, KENNENLERNEN UND NACHMACHEN

Gemeinden und Regionen spielen für die nachhaltige Entwicklung vielfältiger Lebensräume eine entscheidende Rolle. Die „Aktionstage Nachhaltigkeit“ machen dieses Engagement sichtbar und erlebbar. Themen und Maßnahmen reichen von Ressourcenschonung, sozialem Engagement und Biodiversität über verschiedene Wirtschaftsbelange

bis hin zu gesellschaftlicher Verantwortung.

Seit 2013 werden jedes Jahr vielseitige Aktivitäten im Zeichen der nachhaltigen Entwicklung gesetzt: Re-Use-Cafés, Zukunftsforen, Kleidertauschkreise, Bauernmärkte, Fotoausstellungen und Netzwerktreffen und vieles mehr.

Das Teilnehmerfeld umfasst den öffentlichen, privaten, unternehmerischen und zivil-

gesellschaftlichen Bereich. Gemeinden und Regionen, aber auch Schulen, Universitätsinstitute, Unternehmen, Vereine, Behörden und Privatpersonen können ihre Aktivitäten präsentieren.



nachhaltigesoesterreich.at
facebook.com/nachhaltigesOE



BEST OF AUSTRIA: DANIELA STILLT WELTWEITEN WISSENSDURST.

Daniela Fuchs-Hanusch leitet die Forschungsgruppe „Nachhaltige Optimierung von Wasserinfrastrukturen“ an der TU Graz. Mit ihrem Team entwickelt sie wissenschaftliche Methoden zur wirtschaftlichen und nachhaltigen Optimierung der Infrastruktur für Trink- und Abwassersysteme. Das dabei entstehende Know-how wird über Publikationen, Vorträge, Software und internationale Forschungsprojekte in die ganze Welt exportiert und fördert so Österreichs Ruf als führende Forschungsnation. Die Exportinitiative des BMLFUW macht unser Land in der zukunftsträchtigen Wasserwirtschafts-Branche international noch sichtbarer und sichert damit zahlreiche Arbeitsplätze. Damit leistet Österreich einen Beitrag zum weltweiten Schutz und zur nachhaltigen Nutzung unserer Lebensgrundlage Wasser.



GESTALTEN & ARBEITEN

ENERGIE-RECHNER

Klimaschutz in Zahlen
Seite 49

STUDIE

Die ÖsterreicherInnen
denken um
Seite 50

VERSICHERUNGEN

Ver(un)sicherte
Bürgermeister
Seite 66



ENERGIEPROJEKTE AUF KOMMUNALER EBENE

SÜDSTEIERMARK: EUROPAS ERSTE NATURGAS-ANLAGE

Die Möglichkeiten im Bereich der erneuerbaren Energien sind vielfältig, jedoch braucht es meist ein hohes Investitionsvolumen. Wenn sich mehrere Kommunen zusammenschließen und das Umwelt- und Gesellschaftsrecht klug nutzen, lässt sich das eher bewältigen, wie anhand einer europaweit einzigartigen Naturgas-Anlage in der Südsteiermark – einem Kooperationsprojekt von fünf Gemeinden – gezeigt wird.



Der Start der Biomethan-Produktion in der innovativen Naturgas-Anlage in Straß in der Südsteiermark steht unmittelbar bevor. Damit ist die Anlage die erste, die Biomethan in das öffentliche Gasnetz einspeist. Dafür wurde bereits ein 20 Jahre dauernder Liefervertrag mit der Energie Steiermark abgeschlossen. Gleichzeitig – und in dieser Kombination liegt auch die Einzigartigkeit der Anlage – ermöglicht sie eine energieautarke Verwertung des Klärschlammes. Bis zur Realisierung des 12,5-Millionen-Projekts, das von fünf Gemeinden (Straß-Spielfeld, Gamlitz, Ehrenhausen an der Weinstraße, Sankt Veit in der Südsteiermark und Gabersdorf) gemeinsam getragen wird, war es allerdings ein langer Weg.

Haftung für Gemeinden beschränken: Bereits vor acht Jahren (2007) entwickelte Edmund Kohl, Geschäftsführer des Abwasserverbands Leibnitzerfeld-Süd, erste Pläne für eine energieeffiziente und wirtschaftlich erfolgreiche Klärschlammverwertung. Wesentlich war dabei von Anfang an, die vorhandenen Kernkompetenzen in der Abwassertechnik zu nutzen und neben einer effizienteren und nachhaltigeren Verwertung auch langfristig einen wirtschaftlichen Erfolg zu erzielen.

„Es war uns sehr wichtig, das Ganze langfristig anzulegen. Mit dem für 20 Jahre abgeschlossenen Liefervertrag mit der Energie Steiermark ist uns das gelungen“, sagt Karl Wratschko, Bürgermeister von Gamlitz und Obmann des Abwasserverbandes Leibnitzerfeld-Süd.

„Die Herausforderung lag darin, das Projekt über den Abwasserverband abzuwickeln, dabei aber gleichzeitig das Risiko für die Gemeinden als Mitglieder des Abwasserverbands möglichst gering zu halten“, erläutert Edmund Kohl, der auch Geschäftsführer der NGS Naturgas GmbH ist. Diese Gesellschaft wurde eigens für das Projekt gegründet.

Kaum bekannt: Abwasserverband darf GmbH gründen. Dass Abwasserverbände als Körperschaften öffentlichen Rechts eine GmbH gründen, ist „allerdings nicht gebräuchlich, vor allem weil offenbar nicht allgemein bekannt ist, dass Wasserverbände – die nötigen Beschlüsse ihrer Gremien vorausgesetzt – überhaupt eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung gründen dürfen“, weiß der Umweltrechtsexperte Gerhard Braumüller von der Kanzlei Kaan Cronenberg & Partner Rechtsanwälte.



„Es war uns sehr wichtig, **das Ganze langfristig anzulegen.**“

Karl Wratschko, Bürgermeister von Gamlitz und Obmann des Abwasserverbandes Leibnitzerfeld-Süd



„Das Risiko des Verbandes, vor allem aber auch das der Verbandsmitglieder, kann durch die Gründung einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung drastisch reduziert werden.“

„Auch für Wasserverbände ist daher geeignet, was in der Privatwirtschaft seit langem gängig ist, nämlich für einzelne Projekte auch rechtliche Grenzen zu setzen, die wiederum das kaufmännische Risiko zu reduzieren helfen.“

Laut Rechtsanwalt Braumüller gibt es einen besonders wichtigen Unterschied zwischen einem Wasserverband und einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung (oder auch beispielsweise einer Aktiengesellschaft):

Die Mitglieder haben die Kosten des Verbandes – soweit sie nicht anderweitig gedeckt werden können – unbeschränkt nach einem in der Satzung festzulegenden Schlüssel zu tragen. „So gesehen ‚haften‘ die Mitglieder also unbeschränkt auch für unvorhergesehene und nicht kalkulierte ‚Verluste‘ des Verbandes“, weiß Braumüller.



Grundsätzlich unterscheidet man bei der Biogasproduktion zwischen jenen Anlagen, die das Biogas in Strom umwandeln und in das Netz einspeisen, und jenen Anlagen, die das Biogas in Biomethan umwandeln und in Gasform in das Gasnetz einspeisen.

FOTO / Jantscher

FACT-BOX

Naturgas-Anlage Straß

Die Naturgas-Anlage in Straß in der Südsteiermark, die derzeit für 12,5 Millionen Euro errichtet wird, ist ein Paradebeispiel für Kooperation auf kommunaler Ebene. Das Besondere an der Anlage ist, dass Biogas in Erdgasqualität produziert und gleichzeitig Klärschlamm energieautark verwertet wird – in dieser Kombination ist das eine Pionierleistung. Außerdem ist es die erste Biomethan-Anlage in der Steiermark, die in das Gasnetz der Energie Steiermark einspeist, wofür bereits ein Liefervertrag für 20 Jahre fixiert wurde. Im Februar 2016 wurde der Anschluss an das Gasnetz vorgenommen, der Vollbetriebs der Naturgas-Anlage ist für Herbst 2016 vorgesehen.

Umgesetzt wird das Projekt von der eigens gegründeten NGS Naturgas GmbH, deren Geschäftsführer Edmund Kohl ist. Die Gesellschaft befindet sich in hundertprozentigem Eigentum des Abwasserverbands Leibnitzerfeld-Süd, der von fünf Gemeinden im Raum Leibnitz (Straß-Spielfeld, Gamlitz, Ehrenhausen an der Weinstraße, Sankt Veit in der Südsteiermark und Gabersdorf) getragen wird.

1 Vgl. <https://www.zukunftsinstitut.de/artikel/auf-dem-weg-ins-postfossile-zeitalter/>

2 Vgl. <http://www.ewr-energie.com/energiezukunft/innovationsprojekte/kraftwerk-stanzertal/>

3 Vgl. http://www.bioenergie-pongau.at/Bioenergie-Pongau_startseite-15072.jsp

Trendthema erneuerbare Energien – auch in Gemeinden. Auf rund 2,3 Billionen verdoppeln werden sich die weltweiten Umsätze im Bereich umweltfreundlicher Energien/ Energiespeicherung von 2012 bis 2025 (laut Roland Berger Strategy Consultants). Seit 2014 sind die globalen Neuinvestitionen in erneuerbare Energien jährlich um 21 Prozent gewachsen (vgl. Frankfurt School-UNEP Centre/BNEF 2014).¹

In Österreich gibt es im Bereich der erneuerbaren Energien laut Auskunft der Österreichischen Energieagentur bereits zahlreiche gemeindeübergreifende Kooperationsprojekte, unter anderem:

- So gibt es seit Oktober 2014 im Stanzertal in Tirol ein neues Wasserkraftwerk, mit dem 15.000 Haushalte zu 100 Prozent mit erneuerbarer Energie versorgt werden können. Das Investitionsvolumen liegt bei 52 Millionen Euro, fünf Gemeinden (Strengen, Flirsch, Pettnau, St. Anton und Imst) wickeln das Projekt gemeinsam mit den Elektrizitätswerken Reutte ab.²
- Die Gemeinden Bischofshofen, St. Johann im Pongau, St. Veit im Pongau und Schwarzach haben mehrere Millionen Euro in eine gemeinsame Fernwärmeversorgung für ihre Gemeinden investiert und produzieren Ökostrom aus Hackschnitzeln.³

Die Technik im Detail – Forschungsarbeit als Basis.

In den Jahren 2007 und 2008 hat sich Edmund Kohl, Geschäftsführer des Abwasserverbands Leibnitzerfeld-Süd, in seiner Diplomarbeit der energieeffizienten und wirtschaftlich erfolgreichen Verwertung von Klärschlamm gewidmet – in Kooperation mit dem österreichischen Kompetenzzentrum für Bioenergieforschung (bioenergie2020+) in der Grazer Inffeldgasse und durch Unterstützung von Landesrat Johann Seitingner. Die Erkenntnisse aus dieser Forschungsarbeit waren die Basis für das Projekt Naturgas, für das die Bauarbeiten derzeit auf Hochtouren laufen. Die nächsten Schritte sind der Anschluss an das Gasnetz, die Fertigstellung der Bauarbeiten und letztlich die Inbetriebnahme, die für Herbst 2016 geplant ist.

Grundsätzlich unterscheidet man bei der Biogasproduktion zwischen jenen Anlagen, die das Biogas in Strom umwandeln und in das Netz einspeisen (was auf den Großteil der von Landwirten betriebenen Anlagen zutrifft), und jenen Anlagen, die (meist mithilfe von Druck-

wechselsorption, d. h. PSA-Verfahren) das Biogas in Biomethan umwandeln und in Gasform in das Gasnetz einspeisen.

In Österreich gibt es derzeit rund 350 Biogasanlagen⁴, wovon nur rund 13 Biomethan produzieren⁵. In der Steiermark gibt es laut „arge kompost & biogas“ derzeit rund 40 Anlagen, die allerdings alle nur verstromen und damit auf zwei Drittel des Energiepotenzials verzichten.

Einzigartige Kombination. Die Naturgasanlage produziert erstens Biomethan (aufbereitetes Biogas in Erdgasqualität) aus Co-Fermenten und Klärschlämmen mittels PSA- bzw. Druckwechselsorptions-Anlage und zweitens verwertet sie den getrockneten Klärschlamm danach mithilfe der patentierten Neuentwicklung „KlärschlammReformer™“ energieautark.

In getrennter Form werden diese Verfahren bereits eingesetzt, in der für Straß geplanten Kombination ist allerdings kein vergleichbares Projekt bekannt. Am Ende verbleiben rund zwölf Prozent des Inputmaterials in Form von granuliertem Klärschlamm, der als Düngekohle verwendet werden kann.

Wirtschaftlicher Aspekt. Dass sich der Stoffflusskreislauf aus rein technischer Sicht schließen lässt, ist ein bekanntes Faktum. Wesentlich beim Projekt Naturgas ist es allerdings, dass neben der ökologischen auch die wirtschaftliche Effizienz gegeben ist, wofür neben der innovativen Technik der bereits für 20 Jahre abgeschlossene Liefervertrag mit der Energie Steiermark eine wichtige Basis ist. Teil des Vertrags ist auch ein Preiskorridor: Der Gaspreis ist auf den Energiemischpreis und den Gas-Verkaufspreis der Energie Steiermark indiziert. In der Steiermark gibt es bislang noch keinen einzigen Punkt, an dem Biomethan in das Erdgasnetz eingespeist wird (bei der Anlage in Leoben wird das Biogas für die eigene Stadt verwendet).

Eine zusätzliche Einnahmequelle ergibt sich durch die effiziente Verwertung des Klärschlammes. Dieser kann nun als wertvolle Düngekohle verwertet werden, gleichzeitig fallen die Kosten für die Entsorgung weg. Weiteres Einsparungspotenzial für die projektbeteiligten Gemeinden wird sich durch die Gastankstelle

4 Vgl. <http://initiative-gas.at/gas-ist-erneuerbar/biogas-im-detail/>

5 Vgl. http://www.kompost-biogas.info/index.php?option=com_content&task=view&id=775&Itemid=461

» Die Herausforderung lag auch darin, **das Risiko für die Gemeinden** als Mitglieder des Abwasserverbands **möglichst gering zu halten.**“

Edmund Kohl,
Geschäftsführer der NGS
Naturgas GmbH



ergeben, über die gemeindeeigene Gasfahrzeuge kostenlos betankt werden können.

Kapazität. Die Naturgas-Anlage ist auf eine Kapazität von rund 20.000 Tonnen Klärschlamm ausgerichtet (14.000 Tonnen Klärschlamm aus externen Quellen sowie rund 5000 bis 6000 Tonnen Klärschlamm aus Eigenproduktion).

Energieproduktion. Rund zwölf Millionen Kilowattstunden pro Jahr werden ins Netz eingespeist, was ungefähr dem Gasverbrauch von 2000 Haushalten entspricht. Anders formuliert: Mit Ausnahme des Winters kann theoretisch der Gasbedarf aller Haushalte in und um Leibnitz (mit Ausnahme der Tierkörperverwertung Landschaft) abgedeckt werden.

Mehrstufiges Filtersystem. Ein dreistufiges Reinigungs- und Filtersystem verhindert Geruchsbelästigungen (bei der Anlieferung in der geschlossenen Stahlhalle, in den Faultürmen und beim Trocknen). Gereinigt wird durch Säure-Basen-Luftwäsche und durch Biofilter. Anders als bei anderen Anlagen, bei denen Bioabfälle erst vor Ort zu Input-Material für die Biogasanlage verarbeitet werden müssen, werden die Co-Fermente für die Naturgas-Anlage bereits in aufbereiteter Form angeliefert – weshalb auch eine etwaige Geruchsbelästigung bei der Verarbeitung nicht möglich ist.


Moderne Sicherheitssysteme. Zu den Sicherheitsvorkehrungen der Biogas-Anlage zählt unter anderem eine Gasfackel, die sämtliches erzeugtes Biogas abfackeln kann. Ein Staubaustritt aus der Trocknungsanlage wird durch den Betrieb im Unterdruck ebenso vermieden.

Aufgrund der geschlossenen Linienführung kommt das Betriebspersonal in der Schlammbewirtschaftung nicht mit dem Material in Kontakt, bevor es im KlärschlammReformer™ hygienisiert wird.

Phosphor im Klärschlamm. Die Phosphorvorkommen werden immer geringer, weshalb die Phosphor-Rückgewinnung aus Klärschlamm stark an Bedeutung gewinnt. Die Verfahren dazu sind aber äußerst aufwändig. Wird der getrocknete Klärschlamm allerdings, wie es für das Naturgas-Projekt geplant ist, als Düngemittel verwendet, gelangt das Phosphor dadurch zurück in den Boden, ohne aufwändig aus dem Klärschlamm gefiltert werden zu müssen. Mit den in der Naturgas-Anlage eingesetzten KlärschlammReformern™ ist es außerdem möglich, Asche zu erzeugen, die zur Phosphorrückgewinnung verwendet werden kann. Bei Bedarf ist nämlich eine vollständige Vergasung des Restkohlenstoffs (bei entsprechend reduziertem Durchsatz) möglich (weniger als fünf Prozent Restkohlenstoff in der Asche).

Abgrenzung zu anderen Anlagen. Für die Gasaufbereitung gibt es neben der Druckwechselabsorption (PSA-Verfahren wie es in Straß zur Anwendung kommt) noch die Druckwasserwäsche (CO₂ wird in einer Waschflüssigkeit gelöst), das Membranverfahren (Begleitgase werden aufgrund unterschiedlicher Molekülgrößen vom Methan abgetrennt) und die Aminwäsche (CO₂ wird durch ein Waschmittel aus dem Biogas ausgewaschen).

Für die thermische Klärschlammverwertung gibt es grundsätzlich zwei Möglichkeiten: über eine komplexe Vergasungsanlage mit vollständiger energetischer Ausbeute (aufwändig und kostenintensiv) oder über Reformierung in ein geschlossenes System, in dem das Gas gleich in der nächsten Kammer entzündet wird (einfacher). In der Naturgas-Anlage kommt das letztgenannte System zum Einsatz.

„Kette der Nachhaltigkeit“ und Politik der kurzen Wege. Im Umweltkompetenzzentrum Leibnitzerfeld-Süd ist durch die Umsetzung des Projekts Naturgas nun eine „Kette der Nachhaltigkeit“ gegeben: Vom Abwasser über die Kläranlage bis hin zum Klärschlamm, der über die neue Naturgas-Anlage verwertet wird. Für die Klärschlamm-Reste ist geplant, diese als Düngekohle zu verwerten. 

PITTERS® KOMMUNALTREND

DR. HARALD PITTERS IST
TRENDEXPERTE UND
KOMMUNALFORSCHER



Ökonomische Dauerbrenner

Finanzen, Versicherungen und Energie“ lauten die Schlüsselbegriffe für die aktuelle Ausgabe von KOMMUNAL. Dies sind allesamt Themenbereiche, deren intensive und verantwortungsvolle Behandlung für politische Entscheidungsträger aller Ebenen eine große Herausforderung darstellt. Selbiges lässt sich auch für die heimischen Gemeinden feststellen, und nicht selten handelt es sich dabei um defizitäre Felder.

Es zeigen sich jeweils vergleichbare Herausforderungen, und es geht um wichtige Systeme, die einen schonenden und sparsamen Umgang mit den vorhandenen Ressourcen voraussetzen. Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer mahnte anlässlich der Präsentation des Gemeindefinanzberichts ökonomische Vernunft ein: „2016 bekommen die Gemeinden die Auswirkungen der Steuerreform voll zu spüren.“ Der aktuelle Pitters®KOMMUNALTrend zeigt zudem, dass konstant zwei Drittel der Gemeinden angeben, ihre derzeitige finanzielle Situation sei hinderlich für künftige Investitionen. Finanzielle Belange

besitzen laut den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern beinahe einhellig übergeordnete Bedeutung – es gilt, mit den begrenzten Mitteln sparsam und klug umzugehen.

Negativereignisse und Katastrophen passieren rascher als man denkt – dann kommt es darauf an, vorausschauend abgesichert zu sein, um die entstandenen Schäden rasch aufzuarbeiten. Finanzen, Versicherungen und Energie sind wie eben skizziert allesamt Bereiche, die für die Zukunft von unabdingbarer Bedeutung sind. Für viele ist es selbstverständlich, im Individualleben finanziell geplant, energieschonend und clever versichert zu handeln. Für die Gemeinden gilt es in Kommunikation mit der Bevölkerung sicherzustellen, dass im kommunalen Umfeld ebenso agiert wird und der öffentliche Raum als ein wertvolles und erhaltenswertes Gut anzusehen ist.

» Der öffentliche Raum ist als **wertvolles und erhaltenswertes Gut anzusehen.**“

 office@pitters.at
www.pitters.at

ERNEUERBARE ENERGIEN

BRÜCKENTECHNOLOGIE ERDGAS

Viele Milliarden Kubikmeter Erdgas fließen pro Jahr nahezu unbemerkt durch die österreichischen Netze. Erdgas leistet einen wichtigen Beitrag zur Energieversorgungssicherheit und ist gleichzeitig idealer Partner für erneuerbare Energien. Als sogenannte Primärenergie kann es direkt ohne Umwandlung genutzt werden. Bei der Verbrennung von Erdgas entsteht wesentlich weniger CO₂ als bei herkömmlichen Energieträgern wie Kohle oder Öl und praktisch kein Feinstaub. Zum idealen Partner für Erneuerbare wird Erdgas, weil es immer verfügbar und – im Gegensatz zu Sonne und Wind – auch in großen Mengen problemlos speicherbar ist.



Gas Connect Austria betreibt in Österreich ein modernes und leistungsstarkes Erdgas-Hochdrucknetz und sorgt mit seiner langjährigen Erfahrung für dessen sicheren Betrieb. Als zentrale Drehscheibe im europäischen Erdgas-Netzwerk werden neben Österreich auch weite Teile Europas wie

Deutschland, Frankreich, Slowenien, Kroatien und Ungarn versorgt.

Erdgastransport: umweltfreundlich und effizient

Das Pumpen von Erdgas durch Pipelines ist der effizienteste Weg, große Mengen an Energie zu transportieren. Der Erdgastransport durch das


unterirdische Leitungsnetz erfolgt besonders umweltschonend. Gas Connect Austria setzt beim Betrieb und Ausbau seiner Erdgasinfrastruktur auf eine faire und partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Grundeigentümern und Gemeinden. Damit kann auch in Zukunft die ausreichende Versorgung Österreichs und seiner Nachbarländer mit Erdgas sichergestellt werden.

KONTAKT

Gas Connect Austria GmbH
 Floridotower
 Floridsdorfer Hauptstraße 1
 1210 Wien
www.gasconnect.at

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

HIER SEHEN SIE WIE
 ÖSTERREICH UND EUROPA
 MIT ERDGAS VERSORGT WERDEN.

UND EINEN BAUM. 



Gas Connect Austria stellt ein modernes und leistungsfähiges Pipelinesystem bereit, über das schnell, sauber und umweltschonend Erdgas innerhalb Österreichs und nach Europa transportiert wird. Entsprechend den Marktanforderungen entwickeln wir ein umfassendes Angebot an Logistikdienstleistungen für Kunden aus dem In- und Ausland. www.gasconnect.at

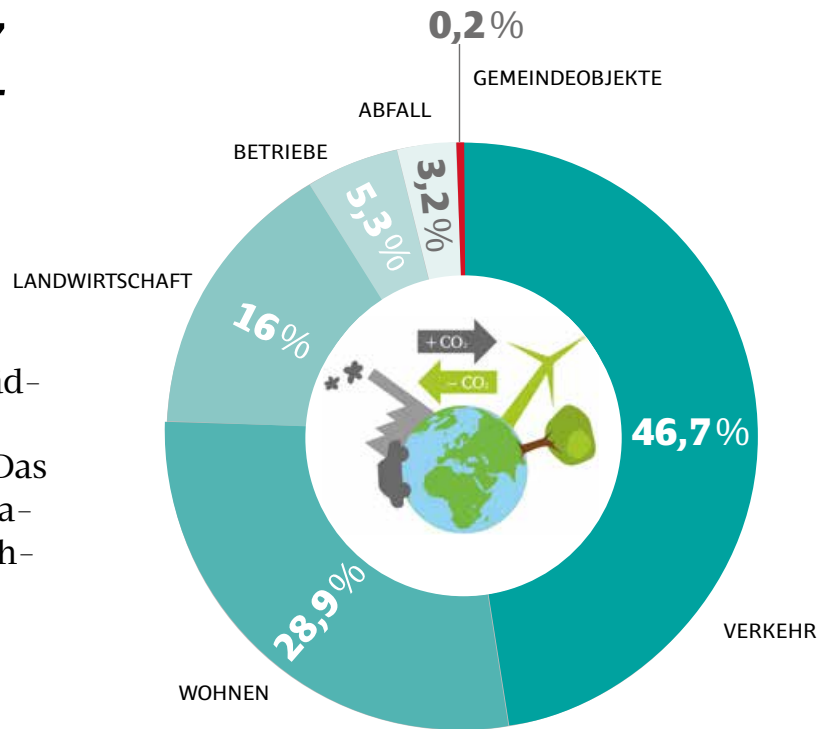


Energy, everywhere.

CO₂- & ENERGIE-RECHNER

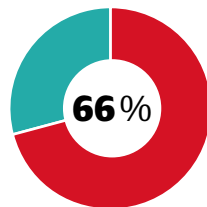
KLIMASCHUTZ IN ZAHLEN

Wie erfolgreich sind Gemeinden und Städte im Klimaschutz? Messbare Ziele und Maßnahmen werden immer wichtiger. Das Klimabündnis entwickelte mit der Klima-Bilanz einen neuen CO₂- & Energie-Rechner, der genau das liefert.



Bei der Klimakonferenz wurde der erste Weltklimavertrag unterzeichnet. Europa hat eigene Klimaziele, Österreich ein Klimaschutzgesetz und die Bundesländer Klimastrategien. Gemeinden und Städte werden immer stärker in die Pflicht genommen. Wege und Aktivitätsfelder, um diese Vorgaben zu erreichen, gibt es viele. Doch wo soll und kann am besten angesetzt werden? „Gemeinden sind in vielen Bereichen aktiv. Was ihnen bisher fehlte, ist ein Überblick über die Sektoren und eine Einordnung, welche Maßnahmen am sinnvollsten sind. Mit unserem neuen Tool, der **KlimaBilanz**, bieten wir genau das“, so Thomas Kautnek vom Klimabündnis Österreich.

Fragen & Antworten. Wie hoch ist der Energieverbrauch unserer Gemeinde? Welche Sektoren sind die energieintensivsten? Wie viele Treibhausgase emittieren wir? Wo befinden wir uns im österreichischen Vergleich? Und die Kernfrage: Welche Maßnahmen sollen wir ergreifen? Die vom Klimabündnis Österreich entwickelte KlimaBilanz liefert Gemeinden Antworten auf genau diese Fragen. Acht österreichische Gemeinden nahmen im Vorjahr die KlimaBilanz in Anspruch und erhielten eine nach Sektoren

**BEISPIEL TROFAIACH
CO₂-EMISSIONEN NACH
SEKTOREN**

In Trofaiach (Grafik) kommt der Löwenanteil der Emissionen vom Verkehr.

**DER LINK ZUM TOOL**

[klimabuendnis.at/
klimabilanz](http://klimabuendnis.at/klimabilanz)

gegliederte, gemeindeumspannende CO₂- und Energie-Bilanzierung. Für den Bürgermeister von Trofaiach in der Steiermark, Mario Abl, eine notwendige Auswertung: „Dank der nun vorliegenden KlimaBilanz können wir mit konkreten Zahlen arbeiten. Wir wissen nun die österreichischen Vergleichswerte und können uns auf die zentralen Verursachersektoren fokussieren. Innerhalb der Stadtgemeinde wird mithilfe der jetzt vorhandenen Ergebnisse bereits an einer kommunalen Energiestrategie gearbeitet.“

Das Online-Berechnungs-Tool wurde an die besonderen Anforderungen österreichischer Gemeinden angepasst. „Der große Vorteil ist einerseits der geringe Datenbeschaffungsaufwand und zum anderen die Möglichkeit, Basisdaten statistischer Quellen mit detaillierten gemeindeeigenen Daten zu kombinieren. Die KlimaBilanz nimmt zudem auf gemeindetypische Merkmale Rücksicht und liefert in einem eigenen Klimaschutz-Technologie-Katalog passende Maßnahmevorschläge. Zudem ist die KlimaBilanz eine ideale Ausgangsbasis für erfolgreichen kommunalen Klimaschutz“, umreißt Kautnek die Vorzüge des mit Unterstützung des BMLFUW entwickelten Tools. ☘

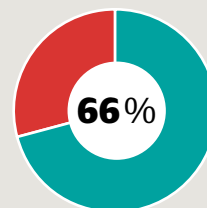


STUDIE „ERNEUERBARE ENERGIEN“

DIE ÖSTERREICHER DENKEN UM

Erneuerbare Energien sind nicht nur für Politik und Wirtschaft ein brisantes Thema, auch für die österreichische Bevölkerung sind sie zu einem wichtigen Anliegen geworden.

DAS SAGEN DIE ÖSTERREICHER/INNEN



Österreicher*innen wären **66 Prozent der Hauseigentümer bereit**, ihre Dachfläche für eine Photovoltaikanlage zur Verfügung zu stellen.

Die Studie „Erneuerbare Energien in Österreich“ analysiert die aktuelle Stimmungslage der Österreicher/innen und zeigt, dass schon jetzt viele österreichische Haushalte erneuerbaren Energietechnologien sehr positiv gegenüberstehen. Für die Österreicher/innen muss Energie vor allem preiswert, zuverlässig und klimafreundlich sein. Somit ist neben dem Kostenfaktor sowie der Versorgungssicherheit vor allem der Umweltaspekt für die Bevölkerung wichtig. „Die Österreicherinnen und Österreicher vertrauen erneuerbaren Energien in hohem Maße und schreiben ihnen sogar wesentliches Potenzial für ein zukünftiges CO₂-neutrales Wirtschaftswachstum zu“, erklärt Studienautorin Nina Hampl vom WU-Institut für Strategisches Management.

Photovoltaik im Fokus. Die Österreicher/innen assoziieren heute mit dem Begriff Erneuerbare Energien insbesondere Solarenergie. Zwei Drittel der befragten Hauseigentümer in Österreich geben an, ihre Dachfläche entgeltlich für die Installation einer Photovoltaikanlage zur Verfügung stellen zu wollen. Die Energieversorger zählen dabei zu den wichtigsten Anlaufstellen bei einer geplanten Installation von erneuerbaren Energietechnologien.

Für einen inkludierten Stromspeicher sind Photovoltaikbesitzer/innen auch bereit, im



» Der **Ausbau der Solarenergie** ist aus Sicht der Bevölkerung sehr wünschenswert und sollte entsprechend **gefördert** werden.“

Studienautorin Nina Hampl vom WU-Institut für Strategisches Management



LINK ZUR STUDIE

www.kommunal.at

Durchschnitt bis zu zehn Prozent Aufpreis in Kauf zu nehmen. „Insbesondere der Ausbau der Solarenergie ist aus Sicht der österreichischen Bevölkerung sehr wünschenswert und sollte von privater sowie öffentlicher Seite entsprechend gefördert werden“, so Hampl.

Hohe Investitionsbereitschaft. Rund die Hälfte der Befragten kann sich vorstellen, in ein Bürger/innenbeteiligungsprojekt zu investieren. Rund 46 Prozent würden sich bis zu einer Investitionssumme von 1000 Euro an einem derartigen Projekt beteiligen. „Es gibt großes Potenzial für neue Geschäftsmodelle im Strommarkt“, führte Thomas Irschik, Vorsitzender der Geschäftsführung bei Wien Energie und einer der Initiatoren der Studie, aus.

Positive Einstellung zu E-Mobilität. Die österreichische Bevölkerung steht auch der Elektromobilität sehr positiv gegenüber. So hat ein Drittel der Befragten bereits über den Kauf eines Elektroautos nachgedacht. „Ein Ausbau der Elektromobilität bedingt eine stärkere Vernetzung der wesentlichen Akteure im privaten und öffentlichen Sektor, um die nötige Infrastruktur zur Verfügung zu stellen und die hohen Anschaffungskosten zu senken“, erklärt Gerhard Marterbauer, Partner bei Deloitte Österreich und einer der Initiatoren der Studie. 📍

In meiner
Gemeinde
kann ich noch
einiges bewegen.



Rund-um-Service für Gemeinden.

Neue Herausforderungen erfordern
neue Lösungen – wir beraten Sie gerne.

Den Spagat zwischen Leistungserbringung und Leistungsfinanzierung zu schaffen, wird für Gemeinden immer herausfordernder. Die Bank Austria steht Ihnen mit einem eigenen Beratungsteam zur Seite, das sich auf die Anforderungen des öffentlichen Sektors spezialisiert hat. Deshalb kennen wir die aktuellen Aufgabenstellungen genau und bieten Ihnen bedürfnisorientierte Lösungen.

publicsector.bankaustria.at

Das Leben ist voller Höhen
und Tiefen. Wir sind für Sie da.

Willkommen bei der
Bank Austria
Member of **UniCredit**

NEUE CHANCEN FÜR DEN LÄNDLICHEN RAUM

DIE LANDKARTE DER MÖGLICHKEITEN

Die Bevölkerung Österreichs wächst – viele Gemeinden im ländlichen Raum haben mit Abwanderung zu kämpfen. In der „Planungsgemeinschaft Ost“ arbeiten Länder und Gemeinde an Strategien zur Abhilfe.

TEXT / Hannes Schaffer, Stefan Plha & Ernst Tringl

Es wird für die Gemeinden immer schwieriger, ihren BürgerInnen eine „Grundversorgung“ mit Serviceleistungen, die für das tägliche Leben notwendig sind, sicherzustellen. Seit 2013 betreibt mecca consulting im Auftrag der Planungsgemeinschaft Ost eine „Best Practice Datenbank“, um Beispiele für erfolgreiche regionale Impulse im ländlichen Raum möglichst vielen AkteurInnen zugänglich zu machen. Die Datenbank richtet sich an EntscheidungsträgerInnen vor Ort: Gemeinden und Regionen. Sie zeigt, wie Probleme anderswo angepackt werden und illustriert dies anhand von erprobten Beispielen: Es werden nachhaltig erfolgreiche Projekte gezeigt, aber auch die Schwierigkeiten nicht ausgeklammert. Die Datenbank wird laufend gewartet und ständig weiterentwickelt. Derzeit sind mehr als 330 Projekte nach einer einheitlichen Struktur aufbereitet und vergleichbar dargestellt. Man kann die Projekte direkt anklicken oder in einer Auswahlliste nach mehreren Kriterien wie etwa Daseinsvorsorge, Mobilität, Standort, Bildung oder Jugend filtern. Zwei Drittel der Projekte sind aus Österreich, der Rest aus Deutschland und der Schweiz. Pro Jahr kommen ca. 30 Projekte dazu. Die „Landkarte der Möglichkeiten“ ist das zentrale Element der Datenbank. Sie ermöglicht eine interaktive Suche nach Handlungsfeldern, Zielgruppen oder Regionen. 🔴

AUTOREN

DI Dr. Hannes Schaffer & Mag. Stefan Plha von mecca consulting und DI Ernst Tringl, Planungsgemeinschaft Ost

Die Datenbank ist auf der Homepage der PGO www.planungsgemeinschaft-ost.at verfügbar.

SRO Peripher „Landkarte der Möglichkeiten“



Die Projektdatenbank besteht aus einem Content Management System (CMS), in dem eine interaktive Frontend-Engine eingebaut ist. Diese basiert auf zwei „open source“ Inputs: Eine SQL Datenbank /Datenbank Server) verwaltet die Projektinhalte, die über eine Eingabemaske (Projektdatenbank) laufend bearbeitet werden können. Der Openstreetmap-Kartenlayer verortet die Projekte und ermöglicht eine interaktive Suche.



SCHULBAU

Drahtglas im Bestand muss ausgetauscht werden

In Schulen und Sportanlagen sind nach wie vor viele Quadratmeter Drahtglas zu finden. „Das ist unverständlich“, so Stefan Horak, Geschäftsführer von Vetrotech Saint-Gobain Central & Eastern Europe. „Die AUVA warnte davor bereits 2004!“ Das Glas bricht in scharfkantige Stücke, die Drahteinlage reißt und an der Bruchstelle entstehen gefährliche Splitter. Horak: „Moderne Gläser kombinieren Brandschutz und Sicherheitseigenschaften und lassen keine spitzen Scherben stehen.“ Er empfiehlt PYROSWISS®, ein thermisch hochvorgespanntes, monolithisches Brandschutzglas ab einer Elementstärke von 6 mm.

www.vetrotech.com

SO
geht
sauber




3, 2, 1 ... GO!
Innovativ & nachhaltig: unser
neues Maschinensortiment!



www.direktbau.at

hollu Systemhygiene GmbH | Tel. +43 5238 52800 | www.hollu.com





www.hyponoe.at

WER VERSTEHT UNSERE KOMMUNALEN PROJEKTE? UND NICHT NUR BAHNHOF. **EINE BANK.**

Feuerwehrrhäuser. Amtshäuser. Festspielhäuser. Als Bank des Landes Niederösterreich sind wir der Spezialist für Finanzierungen der öffentlichen Hand. Weil wir wissen, was hinter Ihren Projekten steckt, sind Lösungen nach Maß für uns selbstverständlich. Unsere ganzheitliche Begleitung reicht von der Bedarfsanalyse bis zur professionellen Abwicklung und Umsetzung Ihres Projektes.

Über effektive Finanzierungskonzepte aus einer Hand informiert Sie gerne der **Leiter Public Finance, Wolfgang Viehauser, +43(0)5 90 910-1551, wolfgang.viehauser@hyponoe.at.** Ihre HYPO NOE. Daheim, wo Sie es sind.



Lebenszyklus braucht **Prozessinnovation**

Die IG Lebenszyklus Bau bietet ab April 2016 einen frei zugänglichen, offenen Online-Kurs für alle Interessierten im Themenfeld Planungs-, Bau- oder Immobilienbereich an. Damit soll mit Hilfe einer innovativen Lehrmethode die Möglichkeit der freien Weiterbildung unterstützt werden. Der Kurs behandelt die Prozessschritte und Rahmenbedingungen für lebenszyklusorientierte Gebäude und hat die praxisorientierte Vermittlung der Grundlagen für die Planung, Errichtung, Finanzierung und Bewirtschaftung lebenszyklusorientierter Gebäude zum Ziel. Angesprochen werden Bauherren sowie Branchenvertreter, die nach Absolvierung des Kurses in der Lage sind, die Anforderungen von Bauherren zu erfüllen.

Mehr Information unter:
www.ig-lebenszyklus.at/qualitaetsoffensive2016
 Trailer zur E-Learning Plattform unter
<https://youtu.be/YrKQyozRFPc>

Change the business - Österreichs größte Qualitätsinitiative für lebenszyklusorientiertes Planen, Bauen und Betreiben von Gebäuden.  IG LEBENSZYKLUS BAU

E-LEARNING-PLATTFORM

"Der Weg zum lebenszyklusorientierten Hochbau"

Erster freier Online-Kurs für lebenszyklusorientiertes Planen, Bauen und Betreiben von Gebäuden

Anmeldung und weitere Informationen:
www.ig-lebenszyklus.at/qualitaetsoffensive2016

- ganztägliche, freie Weiterbildung mit Hilfe einer innovativen Lehrmethode
- frei zugänglich, kostenfrei, flexibel
- Berücksichtigung aller Phasen im Gebäudelebenszyklus
- für alle Interessierten im Themenfeld
- nur 30 Minuten Arbeitsaufwand pro Woche
- Kursdauer: 7 Wochen

In Kooperation mit: 



FACTS ZUM THEMA BAU IN ÖSTERREICH

3983

Treffer erhält man auf die Internetsuche nach „Baufirmen“ in Österreich,

32.174

sind es nach den Unterlagen der Statistik Austria.

285.320

Beschäftigte hat „der Bau“ in Österreich. Diese erwirtschaften

149.226

Euro Umsatz pro Beschäftigtem.

*Quelle: Statistik Austria, 2015

Gute Planung liegt bei uns in der Natur.

Mit über 200 Projekten, sorgen wir mit langjähriger Planungserfahrung für Erneuerbare Energie. Wir begleiten Sie gerne langfristig als kompetenter Partner — über die Errichtung Ihrer Nahwärme-, Biomasseverstromungs-, Solarthermie- oder Photovoltaikanlage hinaus — in allen Belangen der Optimierung Ihres bestehenden Energiesystems, Ihres Nahwärmenetzes und der jeweilig vorhandenen Gebäudeausstattung. Sprechen auch Sie mit uns über Erneuerbare Energie — das Natürlichste der Welt.

BÜRO FÜR ERNEUERBARE ENERGIE
ING. LEO RIEBENBAUER



www.riebenbauer.at . office@riebenbauer.at . T 03339 25 113

BIOMASSE

„GRÜNE ENERGIE“ FÜR KURORT BAD TATZMANNSDORF

Seit 2015 setzt der bekannte burgenländische Kurort Bad Tatzmannsdorf, auf umweltfreundliche, erneuerbare Energie aus der Region.



Die Biomasse-Nahwärmanlage „Ökoenergiezentrum-Mürz“ (links) leistet einen wesentlichen Beitrag für den Einsatz erneuerbarer Energie in Mürzzuschlag. Der Biomassekessel (rechts) ermöglicht den ganzjährigen wartungsfreien Betrieb.

Der guten Zusammenarbeit zwischen der Gemeinde – unter Führung von Bgm. Ernst Karner, dem Betreiber Energie Burgenland, dem Planer Ing. Leo Riebenbauer und den ausführenden Firmen – ist es zu verdanken, dass in der Rekordzeit von nur sieben Monaten ein modernes, dem höchsten Stand der Technik entsprechendes Biomasseheizwerk mit einer Leistung von drei Megawatt (MW) errichtet werden konnte.

Für die Standortwahl war der Wunsch zweier Großabnehmer, PVA und Kurbad AG, nach erneuerbarer Energie für die Deckung ihres hohen Wärmebedarfs ausschlaggebend. Waldhackgut, als Brennstoff aus der Region, erspart lange Anfahrtswege, bietet Versorgungssicherheit und ermöglicht regionale Wertschöpfung. Mit den Ausführungsarbeiten

für das Biomasseheizwerk beauftragte der Betreiber überwiegend burgenländische Firmen.

Der Biomassekessel – ein Treppenrostkessel mit stehender Brennkammer – ermöglicht einen ganzjährigen, wartungsfreien Dauerbetrieb. Ein stehender Wärmetauscher mit automatischer Leistungsanpassung gewährleistet reibungslosen Voll- und Teillastmodus. Der Einsatz modernster österreichischer Heizwerktechnologie in Kombination mit einer Rauchgasreinigung, die den höchsten, umwelttechnischen Anforderungen entspricht, garantiert Komfort im Betrieb und nachhaltig-umweltfreundliche Wärme aus Holz. Gemeinsam mit dem Betreiber, der Energie Burgenland, freut sich Bgm.

Ernst Karner über dieses zukunftsweisende Projekt in seiner Gemeinde.

e5-Gemeinde Mürzzuschlag ist Vorreiter beim Klimaschutz. Mürzzuschlag ist e5-Gemeinde und setzt seit Jahren verstärkt auf den Einsatz erneuerbarer Energieträger. Einen wesentlichen Beitrag hierfür leistet die vom Ingenieurbüro Leo Riebenbauer geplante Biomasse-Nahwärmanlage: die „ÖKOENERGIEZENTRALE-MÜRZ“.

Das Biomasseheizwerk verfügt über eine thermische Leistung von zwei MW und liefert 10.000 MWh Wärme, das sind ca. 40 Prozent des Gesamtwärmebedarfs der Gemeinde. Der Biomassekessel der Anlage wird mit heimischem Waldhackgut, das über-

wiegend aus dem Stadtforst stammt, befeuert. So können lange Transportwege vermieden und anfallende Schwach- und Schadholzmengen einer sinnvollen Nutzung zugeführt werden. Die Rauchgasreinigung erfolgt mit modernster Technik, wodurch die gesetzlichen Grenzwerte bei weitem unterschritten werden.

Auf der südwestlich ausgerichteten Fassade der Ökoenergiezentrale befindet sich eine Photovoltaikanlage, die mit einer Leistung von acht kWp, Ökostrom aus Sonnenenergie erzeugt. 2015 wurde die e5-Gemeinde Mürzzuschlag für eine Vielzahl an umgesetzten nachhaltigen Maßnahmen im Zeichen von Energieeffizienz und Klimaschutz mit dem „European Energy Award“ ausgezeichnet.

VERGABERECHTLICHE ZULÄSSIGKEIT

AUSSCHLUSS VON SCHLACKEN IM STRASSENBAU

Die Frage, ob bzw. unter welchen Rahmenbedingungen ein öffentlicher Auftraggeber den Einsatz von Schlacken im Straßenbau „ausschließen“ kann, beantwortet ein Rechtsgutachten von Univ.-Prof. Dr. Michael Holoubek und Ass.-Prof. Dr. Claudia Fuchs, Institut für Österreichisches und Europäisches Öffentliches Recht, WU Wien.



Dem Annehmer von Abfällen (z. B. Gemeindebauhof) ist zu empfehlen, sich vom Abfallübergeber bestätigen zu lassen, dass die übergebenen Abfälle auch tatsächlich aus Bau- und Abbruchvorhaben mit weniger als 100 Tonnen stammen.

Dabei kommen die Gutachter zu dem Ergebnis, dass dem öffentlichen Auftraggeber in seinem Entscheidungsspielraum grundsätzlich die Möglichkeit zukommt, vom Einsatz von Schlacken im Straßenbau – im Wege der Bestimmung des Auftragsgegenstands und der Festlegung entsprechender technischer Spezifikationen (z. B. Vorschreibung bestimmter Grenzwerte oder Anforderung, dass keine Schlacke enthalten sein darf) – von vornherein abzusehen. Der öffentliche Auftraggeber trifft damit eine grundsätzlich zulässige qualitätsbezogene Leistungsanforderung, wenn er sich aufgrund seiner Beschaffungsgrundlage zu Gunsten eines anerkanntermaßen höheren Umweltschutzniveaus entscheidet. Der Umstand, dass die Recycling-Baustoffverordnung (RCB-VO)

einen (beschränkten) Einsatz von LD-Schlacken im Straßenbau zulässt, steht dem nicht entgegen. Schon die Verordnung ordnet LD-Schlacke der „niedrigsten“ Qualitätsklasse zu, sodass der öffentliche Auftraggeber zwischen Gesteinskörnungen mit und ohne Stahlwerksschlacke unterscheiden und auch nur letztere nachfragen kann. Gleiches gilt für den „Ausschluss“ des Einsatzes von Hochofenstück- und Elektroofenschlacke. Der öffentliche Auftraggeber kann sich hier wiederum im Rahmen seines Entscheidungsspielraums auf maßgebliche Umweltaspekte (geringere Schadstoffbelastung, geringere Transporthäufigkeit, bessere Wiederverwertbarkeit) und ev. auch auf das mit einem Schlackeneinsatz verbundene Genehmigungsrisiko stützen.

Alternativ zu einem generellen Absehen vom Einsatz schlackenhaltiger Materialien

können Umweltbelange auch als Zuschlagskriterium festgelegt und mit einer signifikanten Gewichtung versehen werden. Als Zuschlagskriterien kommen insbesondere die Einhaltung von über die RCB-VO hinausgehenden (also strengeren) Grenzwerten, das Ausmaß des Transportbedarfs (wegen der damit verbundenen höheren Luftschadstoffemissionen) und die Höhe von Recyclingkosten in Betracht.

Mangels klarstellender Regelung in der RCB-VO tritt auch immer wieder die Frage der Zulässigkeit der Verwertung (Recyclierung) von Baurestmassen aus mehreren Abbruchobjekten mit je unter 100 Tonnen auf. Dazu stellt eine Rechtsexpertise eindeutig fest, dass die Verwertung von Restmassen aus (auch mehreren) Projekten je < 100 to gemäß RCB-VO zulässig ist. Ein Nachweis, dass die Baurestmassen aus solchen

Vorhaben kommen, wird zwar in der RCB-VO nicht explizit gefordert, ist aber jedenfalls zu empfehlen. Die Form der Dokumentation steht dabei frei. Dem Annehmer von Abfällen (z. B. Gemeindebauhof) ist daher zu empfehlen, sich vom Abfallübergeber (meist eine Baufirma) bei Anlieferung nachweislich bestätigen zu lassen, dass die übergebenen Abfälle auch tatsächlich aus Bau- und Abbruchvorhaben je < 100 to stammen.

MEHR INFOS

FORUM mineralische ROHSTOFFE
Mag.iur. Robert Wasserbacher,
Geschäftsführer
Wiedner Hauptstraße 63
1045 Wien
Tel.: 0590 900 3534
● info@ForumRohstoffe.at
www.ForumRohstoffe.at

IS Inkasso Service füllt Ihre Gemeindekasse

Nicht bezahlte Rechnungen für gemietete Gemeindesäle, Kinderbetreuungseinrichtungen, Musikschulen, Sportanlagen, Müllgebühren oder Feuerwehreinsätze – sind nur einige Beispiele möglicher Forderungen von Gemeinden. Diese Außenstände verursachen einen erheblichen Mehraufwand an Zeit und belasten teilweise in erschreckendem Ausmaß die Liquidität der österreichischen Kommunen.

Um auf diese spezifischen Bedürfnisse individuell eingehen zu können, entwickelte der österreichische Marktführer ein speziell auf Gemeinden abgestimmtes Einbringungsmodell.

Bonität steigern

Die Bonität der Gemeinde kann durch eine Auslagerung sprunghaft ansteigen. Besonders effektiv ist es, die offenen Forderungen den Forderungsspezialisten von IS Inkasso Service zur Einbringung zu übergeben. Ist ein Dritter involviert, merken die Schuldner, dass ihre Rechnung nicht vergessen wurde und ihr Verhalten Folgen hat. Das spornt viele an, doch noch ihre Schulden zu begleichen und Gemeindebedienstete müssen ihre Bürgerinnen und Bürger nicht selbst ansprechen.

Fingerspitzengefühl

Oberste Priorität dabei hat die besonders Schuldner schonende Vorgangsweise, denn Schuldner ist nicht gleich Schuldner. Beispielsweise werden im Bereich der Mahnspesen, den Gemeindebürgern keine oder wesentlich günstigere Inkassokosten verrechnet, als es das Gesetz vorsieht und eine individuelle Behandlung der Schuldner ist seit mehr als 40 Jahren bei IS Inkasso Service gelebte Praxis. In Zeiten des allgemeinen wirtschaftlichen Rückganges sind auch immer mehr Menschen von Zahlungsschwierigkeiten betroffen, die bisher pünktlich bezahlt haben. Gerade da ist eine maßgeschneiderte Ansprache der Einwohner einer Gemeinde mit viel Fingerspitzengefühl gefragt.

Hohe Einbringungsquote

Im Durchschnitt kann IS Inkasso Service zwischen 40 und 60 Prozent der übergebenen Forderungen einbringen. In manchen Branchen liegt die Quote sogar bei 80 Prozent. Dieser Aspekt sollte nicht unterschätzt werden, die dadurch in der Gemeinde geschaffenen Personal- bzw. Geldressourcen können anderwärtig eingesetzt werden und demzufolge kann sich der Auftraggeber voll und ganz auf sein Kerngeschäft konzentrieren.

Werfen Sie Ihr Geld nicht weg !



IS Inkasso Service

IS Inkasso Service GmbH

Südtirolerstraße 9 | 4020 Linz

Telefon: +43 (0)732 60 06 31-0

office@inkasso.at | www.inkasso.at

Wir holen Ihr Geld heim.



**FORDERUNGSMANAGEMENT
INSOLVENZVERTRETUNG
WIRTSCHAFTSAUSKÜNFT
TREUHAND
BERATUNG**



HANS MUSSER, AKV-DIREKTOR, IM KOMMUNAL-GESPRÄCH

**ES GEHT NICHT UMS MAHNEN,
SONDERN UM DIE ZAHLUNG**

Der Slogan „Auf Kompetenz vertrauen“ ist einer, der für den traditionsreichen Gläubigerschutzverband Alpenländischer Kreditorenverband (AKV) mehr als „nur“ ein Versprechen ist.

KOMMUNAL: Was ist denn ein „bevorrechteter Gläubigerschutzverband“?

HANS MUSSER: Unser Verband ist kein Inkassobüro im üblichen Sinn, sondern ein nach § 266 Insolvenzordnung (IO) gesetzlich staatlich bevorrechteter Gläubigerschutzverband und hat in diesem Zusammenhang die Berechtigung zur Akteneinsicht in nicht allgemein zugängliche Insolvenzakte bei Gericht bzw. wir können Gläubiger in einem Insolvenzverfahren vor Gericht vertreten und alle damit verbundenen Rechte wahrnehmen. Unser Verband genießt daher vom Gesetzgeber her ein besonderes Vorrecht und hat eine entsprechende Vertrauensstellung. Als unabhängiger und überparteilicher Verband stellen sich unsere Spezialisten täglich der Herausforderung, unsere Mitglieder und Mandanten vor Forderungsausfällen jeglicher Art zu bewahren. Dies beginnt bei Wirtschaftsauskünften über Firmen, aber auch über natürliche Personen, geht über außergerichtliche und gerichtliche Forderungsbetreibung bis zur bereits erwähnten Vertretung in der Insolvenz.

» Bleiben die Interventionsmaßnahmen erfolglos, **entstehen der Gemeinde keinerlei zusätzliche Kosten.**“

Der „AKV Europa“ wird seit vielen Jahren als bewährter und zuverlässiger Partner bei der Betreuung von Außenständen (Wasser, Mieten, Kindergartengebühren etc.) auch durch Gemeinden und Gemeindeunternehmen beauftragt.

Warum übergeben Ihnen Gemeinden Betreibungen?

Ich glaube, es ist kein Geheimnis, zu sagen, dass es für Gemeinden aus politischen Gründen oft sehr schwierig ist, die nötige Strenge in der Betreuung der Forderungen einzuhalten. Die Erfahrung zeigt, dass diese Forderungen mit einer gewissen Sensibilität bearbeitet werden müssen. Jeder kennt jeden und es ist auch die politische Situation nie außer Acht zu lassen. Dazu kommt, dass wir, da wir mit unseren über viele Jahre aufgebauten Datenbanken auch Wirtschafts- und Bonitätsauskünfte anbieten, Schuldner schon im Vorfeld sehr genau einschätzen und für die Gemeinden sehr präzise Empfehlungen abgeben können. Wir sind daher für die Gemeinden der ideale Partner im sich ständig verändernden Wirtschaftsleben.



DIE ERFAHRUNG ZEIGT, DASS FORDERUNGEN VON GEMEINDEN AN IHRE BÜRGER MIT EINER GEWISSEN SENSIBILITÄT BEARBEITET WERDEN MÜSSEN.“

Warum sollten Gemeinden die Dienste des AKV Europa in Anspruch nehmen?

Es geht nicht darum, Mahnungen durch den AKV Europa vorzunehmen, sondern durch viele außergerichtliche Interventionen (schriftlich, telefonisch und persönlich) Zahlung zu erreichen. Die Erfolgsquote des AKV Europa ist entsprechend hoch.

Wir können den Gemeinden effektiv helfen Geld und (zusätzliches) Personal zu sparen, ihre Liquidität zu stärken und gleichzeitig ihr Gemeindebudget zu verbessern. Durch verschiedenste außergerichtliche Interventionen erreichen wir die Bezahlung der offenen Forderungen, was für Gemeinden aus sozialpolitischen Gründen oft nur sehr schwer oder überhaupt nicht möglich ist. Gemeinden gewinnen durch professionelles Einziehen ihrer Forderungen neue Spielräume (zum Beispiel für dringende benötigte Investitionen).

Ein unabhängiger Dritter, wie dies der Alpenländische Kreditorenverband ist, gelangt häufig zu einem schnelleren Ergebnis und es kann dadurch oft auch ein langes Gerichtsverfahren vermieden werden.

Die Tätigkeit des AKV Europa ist darüber hinaus für Gemeinden vorteilhaft, da diese eine Zwischenstufe zwischen den eigenen Mahnungen der Gemeinden und der Exekutionsführung darstellt. Es ist allgemein bekannt, dass zum Beispiel Exekutionen sehr oft (etwa bei kleineren Gewerbetreibenden) erfolglos verlaufen, da die vorhandenen Gegenstände zum Betreiben des Unternehmens erforderlich und sonstige pfändbare Gegenstände nicht vorhanden sind. Die Exekutionsführung brächte daher den Gemeinden kaum Vorteile.

Derartige Maßnahmen sind daher für die Gemeinde wesentlich effizienter als jede andere, da im gegenteiligen Falle die Gemeinde selbst mehr eigenes Personal einsetzen müsste, was mit höheren Kosten verbunden wäre.



„Wir können den Gemeinden effektiv helfen, Geld und Personal zu sparen, ihre Liquidität zu stärken und gleichzeitig ihr Gemeindebudget zu verbessern.“ **Hans Musser über die Gründe, warum sich Gemeinden an den AKV Europa wenden sollten.**

ZUR PERSON Mag. Hans Musser

ist seit 2011 der geschäftsführende Direktor des Gläubigerschutzverbandes AKV Europa – Alpenländischer Kreditorenverband, der in allen Bundesländern mit eigenen Geschäftsstellen vertreten ist

Dürfen Gemeinden überhaupt Betreibungen extern vergeben?

Im Gesetz ist die Einschaltung einer Inkassoinsitution beziehungsweise eines Gläubigerschutzverbandes, aber auch die eines Rechtsanwaltes zur Betreibung von Gemeindeforderungen zwar expressis verbis nicht vorgesehen, aber auch nicht ausgeschlossen.

Bei privatrechtlichen Forderungen ist die Einschaltung des AKV Europa für die Betreibung von Gemeindeforderungen durchaus zulässig und es bleibt daher die Entscheidung der betreffenden Gemeinde überlassen, welche zweckmäßigen Maßnahmen im Zusammenhang mit der Betreibung der Außenstände aus der Sicht des unmittelbaren Gemeindeinteresses getroffen werden.

Welche Kosten müssen die Gemeinde für ihre Dienste veranschlagen? Oder richtet sich das nach der Höhe der Forderungen?

Kurz gesagt, das Gemeindebudget wird nicht belastet. Durch unseren Erfolg kommt zusätzliche Liquidität in die Gemeindekasse. In erster Linie werden die entstehenden Kosten beim Verursacher des Schadens, also beim Schuldner eingefordert. Im Bereich der Abgaben kann mit der Gemeinde ein Erfolgshonorar vereinbart werden, entsprechend der Abgabenordnung. Die Höhe der Forderung ist natürlich nicht unwesentlich.

Bleiben die Interventionsmaßnahmen jedoch erfolglos, entstehen der Gemeinde keinerlei zusätzliche Kosten.

Eine abschließende Frage noch: Was passiert mit Schuldnern, bei denen absolut nichts zu holen ist?

Die umfassende Bonitätsprüfung im Zuge der Inkassobearbeitung ermöglicht meist eine realistische Einschätzung, ob eine Exekution erfolgreich sein kann. Dadurch erspart sich aber auch die Gemeinde unnötige Kosten der Gerichtsgebühren, wenn bereits absehbar ist, dass exekutive Schritte negativ bleiben. Es macht wirtschaftlich gesehen keinen Sinn, der uneinbringlichen Forderung noch „gutes“ Geld nachzuschmeißen. Gleichzeitig besteht jedoch auch die Möglichkeit, eine aktuell uneinbringliche Forderung im Zuge eines Überwachungsinkassos über viele Jahre in Beobachtung zu halten. Die Situation eines Schuldners kann sich ja im Laufe der Jahre zum Besseren ändern. Auch diese Dienstleistung stellt der AKV Europa Gemeinden zur Verfügung. ●

GEBRAUCHTE SOFTWARE

GARANTIIERT VERSCHLEISSFREI & SPART GELD

Im Gegensatz zu anderen Produkten nutzt sich Software nicht ab. Eine gebrauchte Lizenz hat für den Käufer den gleichen Wert wie eine neue. Mit dem Unterschied, dass Kommunen und Behörden beim Einkauf 30 Prozent sparen – und manchmal sogar noch mehr.

Die IT-Kosten der öffentlichen Hand in Österreich lagen aktuellen Berechnungen zufolge im Jahr 2015 bei 771 Mio. Euro. Rund ein Viertel dieser Summe – etwa 190 Millionen Euro – wurde schätzungsweise für Software ausgegeben. Da wundert es nicht, dass immer mehr österreichische Kommunen und Behörden nach Möglichkeiten suchen, diese Kosten zu senken. Während sich Einsparungen bei Hardware angesichts wachsender Anforderungen als schwierig erweisen, sind bei Software erhebliche Kostenreduktionen möglich: Beim Einkauf von „gebrauchter“ Standard-Software sparen Behörden 30 Prozent und mehr im Vergleich zum Neupreis.

„Immer mehr Behörden prüfen die Preise auf dem Gebrauchtmärkte, ehe sie eine Kaufentscheidung treffen“, stellt auch Peter Schneider fest, Geschäftsführer des österreichischen Gebrauchtssoftware-Marktführers usedSoft.

Das Unternehmen hat seinen Umsatz in Österreich im Jahr 2015 auf rund 2,5 Mio. Euro nahezu verdoppelt. Rund die Hälfte davon fiel auf das Geschäft mit Städten, Gemeinden und anderen öffentlichen Einrichtungen. Zudem zählen der Flughafen Klagenfurt oder die Erzdiözese Salzburg zum Kundenkreis von usedSoft. Ohnehin ist die öffentliche Hand nach dem EU-Vergaberecht verpflichtet, sich bei Ausschreibungen für den günstigsten Anbieter zu entscheiden. Und da hat Gebrauchtssoftware stets die Nase vorn.

Auch neueste Versionen im Angebot. Sparen können die Behörden aber nicht nur beim Einkauf von Gebrauchtssoftware: usedSoft kauft Kommunen und Behörden nicht mehr benötigte Lizenzen auch wieder ab. So lassen sich die Kosten beim Kauf „neuer gebrauchter“ Lizenzen weiter deutlich senken.

Auf dem Gebrauchtmärkte stehen dabei sowohl aktuellste Versionen als auch ältere Pro-

gramme zur Verfügung. Aber wie das aktuelle Beispiel Microsoft Office 2016 zeigt, muss neu nicht unbedingt besser sein. Denn häufig halten sich die Neuerungen in Grenzen; die Preise steigen trotzdem und die Nutzer müssen sich in einer veränderten Benutzeroberflächen zurechtfinden. „Die neue Version verlangt also Einarbeitungszeit und ist auch oft mit höheren Hardware-Anforderungen verbunden“, betont Peter Schneider. „Unter Umständen ist auch die übrige Software nicht kompatibel mit dem neuen Produkt. Eine ebenso bewährte wie vertraute Version ist dann eine echte Alternative.“ Da diese vom Hersteller meist nicht mehr angeboten wird, sind hier gebrauchte Lizenzen der einzige Weg. Und die Einsparungen werden noch größer, weil ältere Versionen auf dem Gebrauchtmärkte günstiger zu haben sind.

Ein Rechenbeispiel. Wie hoch die Einsparungen wirklich sind, lässt sich mit folgendem

Rechenbeispiel verdeutlichen:

Eine Kommune möchte 10 PCs mit Microsoft Office Professional 2013 ausstatten. Neu kostet jede Lizenz rund 500 Euro. Die Kommune zahlt dafür bei Microsoft also 5000 Euro. Auf dem Gebrauchtmärkte ist dieselbe Version allerdings bereits ab 200 Euro erhältlich – mit rund 2.000 Euro für zehn Arbeitsplätze also mehr als 50 Prozent günstiger als beim Neukauf. Wobei das Produkt absolut gleichwertig ist.

Entscheidet sich die Behörde stattdessen für ein Mietmodell (Office 365 Business Premium), zahlt sie monatlich 10,50 Euro pro Benutzer, also 1260 Euro pro Jahr. Bei einer Nutzungsdauer von fünf Jahren – das ist die Durchschnittsdauer, die gekaufte Software eingesetzt wird – betragen die Kosten 6300 Euro.



Ein Rechenbeispiel. Eine Kommune möchte 10 PCs mit Microsoft Office Professional 2013 ausstatten. Neu kostet jede Lizenz rund 500 Euro. Die Kommune zahlt dafür bei Microsoft also 5000 Euro. Auf dem Gebrauchtmarkt ist dieselbe Version allerdings bereits ab 200 Euro erhältlich – mit rund 2000 Euro für zehn Arbeitsplätze also mehr als 50 Prozent günstiger als beim Neukauf.



„Immer mehr Behörden prüfen die Preise auf dem Gebrauchtmarkt, ehe sie eine Kaufentscheidung treffen“, stellt Peter Schneider fest, Geschäftsführer des österreichischen Gebrauchtssoftware-Marktführers usedSoft.



KOSTEN FÜR 10 ARBEITSPLÄTZE

FÜR MICROSOFT OFFICE PROFESSIONAL 2013 BZW. OFFICE 365 BUSINESS PREMIUM

NEUKAUF	MIETEN	GEBRAUCHT-KAUF
10 x 500 € = 5000 € / unbegrenzte Zeit	10 x 126 € / Jahr = 6300 € / 5 Jahre	10 x 210 € = 2100 € / unbegrenzte Zeit

MEHR INFOS

Kunden, die gebrauchte Software kaufen, erhalten exakt dasselbe Produkt wie der Erstkäufer – nur zu deutlich günstigeren Konditionen. Warum also sollten Sie viel Geld für etwas ausgeben, das Sie bei usedSoft für einen wesentlich niedrigeren Preis bekommen?

usedSoft Österreich GmbH
Parkring 10
AT-1010 Wien
Tel.: +43 1 516 33 38 37
Fax.: +43 1 516 33 30 00
Mail: sales_usedsoft@usedSoft.com
Web: www.usedsoft.com

Bei der Nutzung von Mietsoftware, bei denen die Daten in der Cloud gespeichert werden, kommt zudem der Sicherheitsaspekt zum Tragen. Sorge bereitet beispielsweise das Urteil eines US-amerikanischen Bundesgerichts aus 2014: US-Unternehmen müssen den Sicherheitsbehörden auch dann Zugang zu E-Mails und gespeicherten Informationen geben, wenn diese nicht auf Servern in den USA, sondern im Ausland gespeichert

sind. Das bedeutet: Kunden von US-amerikanischen Cloud-Diensten – und das sind die meisten – müssen davon ausgehen, dass ihre Daten den US-Behörden zugänglich sind.

Klare Rechtslage. Auch aus rechtlicher Sicht ist der Kauf von Gebrauchtssoftware eine klare Sache. So urteilte der Europäische Gerichtshof (EuGH) im Jahr 2012: „Der Rechteinhaber (kann sich), selbst wenn der Lizenzvertrag eine

spätere Veräußerung untersagt, dem Weiterverkauf dieser Kopie nicht widersetzen.“ Die Software-Hersteller haben also keinen Einfluss darauf, was mit der Software geschieht, wenn sie einmal auf dem Markt ist. Der neue Eigentümer kann sie frei weiterverkaufen. Zudem, so der EuGH, hat der Käufer von Gebrauchtssoftware einen Anspruch auf kostenlose Updates und andere Aktualisierungen durch den jeweiligen Software-Hersteller.

DAHEIM – DIE SERVICE APP VON SAUBERMACHER

VERWALTEN SIE NOCH ODER KOMMUNIZIEREN SIE SCHON?

Menschen twittern, liken, posten – kurzum: sie kommunizieren heute anders als noch vor wenigen Jahren. Digitale Medien beherrschen unseren Alltag. Für eine zeitgemäße Kommunikation sind auch in der Gemeinde moderne Tools gefragt.

Für die Gemeinde: Die Daheim-App von Saubermacher bietet neben Müllabfuhrterminen inkl. praktischer Erinnerungsfunktion eine rasche Kommunikation vom Bürgermeister direkt auf das Smartphone oder Tablet der BürgerInnen. Mit dem

Umfrage-Tool können Sie Ihre BürgerInnen aktiv bei Entscheidungen beteiligen und so die Zufriedenheit der WählerInnen erhöhen.

Für Vereine, Schulen & Co: Gleichzeitig können auch Gewerbetreibende, Vereine oder öffentliche Institutionen, wie etwa Schulen oder Kindergärten, das moderne Kommunikationstool kostenlos nutzen. Zudem werden laufend nützliche Abfalltrenninfos, Energiespartipps & Co zur Verfügung gestellt. Die App ist über ein CMS jederzeit von der Gemeinde selbst wartbar. Die

Anwendung ist für Apple und Android verfügbar und zeichnet sich durch eine besonders einfache Menüführung aus. Zudem kann die App individuell vom Benutzer konfiguriert werden.

„Gleich bei Start des Projekts war uns klar, dass es doch schade ist, diese App nur als Müllabfuhrerinnerung zu nutzen. Mit Daheim bieten wir eine Serviceleistung, die es Gemeinden künftig ermöglicht, direkt und losgelöst von Druckterminen und langen Vorlaufzeiten schnell und unbürokratisch Informationen an ihre BürgerInnen direkt via

Push-Mitteilung zu senden“, erläutert Saubermacher Vorstand Ralf Mittermayr.



KONTAKT
 Saubermacher AG
 Bernadette Triebel
 Konzernkommunikation
b.triebl@saubermacher.at
www.saubermacher.at

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

Nie mehr Gemeinde- infos vergessen!





KOSTENLOS
downloaden.





IOS



Android

DUALE ZUSTELLUNG: DAS VERSANDMODUL DER POST

EFFIZIENTER DURCH HYBRID-LÖSUNG

Das Versandmodul der Post bringt viele Vorteile für Ihre Gemeinde und ist eine Komplettlösung für die vollautomatische, gesicherte Zustellung von Schriftstücken an alle Bürger.

Mit dem Versandmodul sind folgende Zustellarten möglich:

- einfache elektronische Zustellung

- nachweisliche elektronische Zustellung (RSa/RSb) an einen Zustelldienst
- physische Zustellung inkl. Druck und Kuvertierung

Diese Form der Zustellung ist insbesondere für die Zustellung hybrider Rückscheinbriefe und Vorschreibungen geeignet. Darüber hinaus hat die Gemeinde die Möglichkeit,

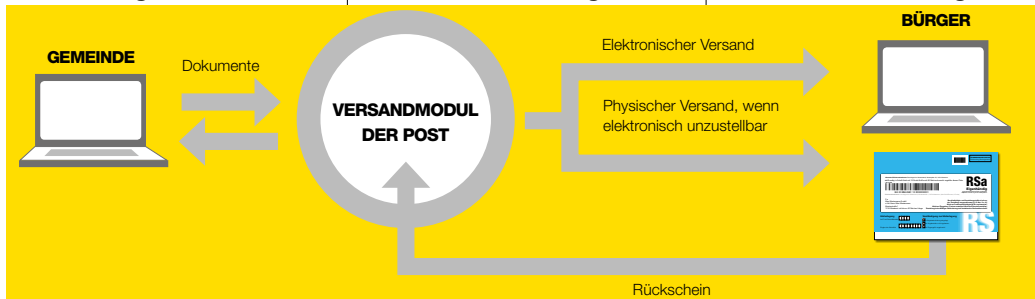
ihre Amtssignatur aufzubringen und die Empfängerplattform der Post zu nutzen.

Ihre Vorteile auf einen Blick

- physische und elektronische Zustellung auf Knopfdruck
- Kostenreduktion durch elektronische Ausgabekanäle
- einfache Anbindung an

bestehende IT-Infrastruktur

- Signatur von Dokumenten (Digitale Signatur/Amtssignatur)
- lückenlose Dokumentation des kompletten Sendungsablaufes für den Absender
- automatische, gesetzlich vorgeschriebene Abfrage des Zustellkopfes
- hohe Sicherheit durch Abwicklung in Bankrechenzentrum



KONTAKT
 Mehr Infos zum Versandmodul erhalten Sie bei der Business-Hotline der Post unter **0800 212 212** oder via **business@post.at**

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

2,1 Milliarden Euro

wurden 2014 in Österreich von den Top-250-Onlineshops mit physischen Waren im Internet umgesetzt.

1 Gewinnspiel

für WirtschaftsBlatt-Testleser und Abonnenten. Gewinnen Sie Erlesenes aus dem Die Presse EDITION -Shop.

3 Wochen gratis

können Sie viele weitere interessante Fakten täglich im WirtschaftsBlatt lesen.

1. PREIS:
Ludwig Reiter Navigator Bag aus feinstem Togo-Grain-Leder im Wert von 798 Euro

2. PREIS:
Maßhemd von Venturini als Gutschein im Wert von 200 Euro*

3. PREIS:
5 x je ein Gutschein für den Presse-Shop EDITION im Wert von 100 Euro*

Testen und gewinnen
 wirtschaftsblatt.at/gewinnspiel

*nicht in bar ablösbar

Nähere Informationen unter 01/514 14 DW 79 oder wirtschaftsblatt.at/gewinnspiel

Klare Fakten.
Klare Entscheidung.



Andreas Zwickle (links präsentiert er die Einrichtung) und Helmuth Schleinzer vor dem neuen mit Sortimo ausgestatteten Servicefahrzeug der Firma Kärcher Center Zwickle.

BEST PRACTISE IN ALLER KÜRZE

Gebäude in Lawinengefahrenzonen

374 Tiroler Gebäude befinden sich laut einem Bericht auf Tirol-ORF-Online in roten und 2964 in gelben Lawinengefahrenzonen. Das ist die Bilanz der jetzt abgeschlossenen Gefahrenzonenplanung für Tirol, die Anfang Februar der Öffentlichkeit präsentiert wurde. Als die Richtlinien nach dem tragischen Lawinenwinter 1999 drastisch verschärft wurden, rutschten viele Gebäude in Tirol in eine gelbe oder rote Zone.

<http://tirol.orf.at/news/stories/2755681/>

Verleihung: „Sortimo prämiert deine Alte“

Im Februar war es soweit und Andreas Zwickle, der Besitzer der ältesten Sortimo-Fahrzeugeinrichtung in Österreich, hat sich von seinem alten Schätzchen – mit einem beschaulichem Alter von 26 Jahren – getrennt und seinen Gewinn eingelöst. Nun

ist er stolzer Besitzer einer brandneuen Einrichtungslösung im Wert von 5000 Euro aus dem Hause Sortimo. Wie es dazu kam? Letztes Jahr war Sortimo Österreich im Zuge der Kampagne „Sortimo prämiert deine Alte“ sechs Monate intensiv auf der Suche

nach der ältesten Sortimo Fahrzeugeinrichtung, welche sich noch in Gebrauch befindet. Dazu konnten Kunden ihre Schmuckstücke per Mail einsenden oder auf Facebook posten.

Mehr unter: www.sortimo.at

www.erstegroupimmorent.at

Erfolgreiche Kommunalprojekte finanziert – realisiert



© ARGE LPH Wolkersdorf/Architekten Mayer Rohsmann - Partner
Landespflegeheim Wolkersdorf, Niederösterreich

Ihre Gemeinde plant den Neubau oder die Erweiterung eines Gebäudes? Seit 45 Jahren begleiten wir Kommunen ein ganzes „Immobilienleben“ lang. Zufriedene Kommunen und rund 1000 Projekte – vom Bauhof über Schulen bis zu Pflegeheimen – sprechen für uns. Wir bieten Ihrer Gemeinde eine Fülle von Dienstleistungen – von vielfältigen



© 2012 www.dln.at
Psychosoziales Betreuungszentrum Mauer, Niederösterreich

Finanzierungslösungen bis hin zur Realisierung von Immobilienprojekten. Alles mit einem Ansprechpartner.

Wenn Sie für die Umsetzung Ihrer Pläne einen verlässlichen und kompetenten Partner suchen, rufen Sie uns an: 05 0100 - 27260.

KOMMUNAL-Kompetenz heißt: In Ihrer Gemeinde läuft immer alles glatt.

Mit den Kunststoffeisbahnen vom Technologieführer GREENICE macht Eislaufen noch mehr Spaß!

- Beste Gleitfähigkeit
- 10 Jahre Garantie
- Top Finanzierungsmöglichkeiten
- Exklusiv bei Kommunalbedarf erhältlich



 **GREENICE**

Wo KOMMUNAL-Kompetenz zu Hause ist.



Die persönliche Haftung von Bürgermeistern, wie hier für die Beschaffenheit von Gemeindestraßen im Winter, ist ein ernsthaftes Problem, das viele davon Abstand nehmen lässt, sich für das Amt zur Verfügung zu stellen.

KNACKPUNKT HAFTUNGSFRAGEN

VER(UN)SICHERTE BÜRGERMEISTER

Eine gute Versicherung ist ein sanftes Ruhekissen. Das gilt nicht nur für den privaten, sondern auch für den öffentlichen Bereich. Besonders, wenn man persönlich haftbar ist. Doch leider sind die Versicherungsangebote für Bürgermeister rar gesät.

TEXT / Andreas Hussak

Es ist erst wenige Monate her, dass KOMMUNAL die führenden Versicherungsdienstleister in Österreich fragte, mit welchen Kundenbedürfnissen Gemeinden an sie herantreten. Dabei zeigte sich eine Tendenz, die über den schon bisher gefragten Elementarschutz hin zur Haftungssicherheit geht. Gegen höhere Gewalt, wie Naturkatastrophen in Form von Hagel, Sturm, Hochwasser oder Feuer, sind Österreichs Gemeinden in der Regel gut abgesichert.

Auch aktuell konstatieren die in Österreich tätigen Versicherer einen Trend zu höheren Versicherungssummen in der Haftpflichtversicherung und sehen einen Nachholbedarf bei Rechtsschutzversicherungen für Gemeindebedienstete. Zudem registrieren sie eine verstärkte Nachfrage zur Absicherung bestehender Risiken, zu Abfertigungsansprüchen und Pensionsansprüchen. Einige Anbieter tendieren dazu, ein umfassendes, übersichtliches und durchgängiges Versicherungskonzept zu schaffen, wobei auch dabei die Themen straf- und haftungsrechtliche Verantwortlichkeiten im versicherungsrechtlichen und -technischen Fokus stehen.

Ein Problem, das nicht nur die Gemeinde als Institution, sondern den Menschen als Individuum betrifft, ist die persönliche Haftung der Bürgermeister. Nicht zuletzt ist das einer der Gründe, weshalb sich in etlichen Gemeinden Österreichs immer weniger Bürger bereiterklären, für dieses Amt zur Verfügung zu stehen.

Die Redaktion hat daher bei acht führenden Versicherungsgesellschaften in Österreich konkret danach gefragt, welche Angebote sie für Bürgermeister hinsichtlich einer Organhaftpflichtversicherung und einer Amtshaftungsversicherung haben, und weiters explizit auch nach Amtshaftungsversicherungen für bereits aus dem Dienst ausgeschiedene Bürgermeister. Im Groben kann man die Reaktionen in drei Gruppen einteilen. Da wären zunächst die Absagen: Die Zürich Versicherung bietet für Gemeinden zwar eine Rechtsschutzversicherung mit den Deckungsbausteinen „Allgemeiner Vertragsrechtsschutz“ und weiters auch für den Verkehrsbereich an, hat aber für die Bürgermeisterhaftungen kein spezielles Produkt. Die Helvetia gibt an, grundsätzlich nicht im Kommunalbereich aktiv zu sein, ebenso wie



VERSICHERUNGSANGEBOTE ZUR AMTSHAFTUNG VON BÜRGERMEISTERN SIND **ÜBERSCHAUBAR.**

die Raiffeisen Versicherung. Letztere verweist allerdings auf deren Schwestergesellschaft, der Uniqa Österreich.

Diese bildet mit der Wr. Städtischen zusammen die zweite Gruppe, nämlich jene Anbieter, die auf umfassende, kommunale Gesamtpakete setzen. Bei der Wr. Städtischen heißt dieses Produkt „Gemeinde General Polizze“ und umfasst die komplette Gemeinde-Infrastruktur im Freien, eine umfassende Gemeindehaftpflicht, einen Gemeinde-Rechtsschutz und Spezial-Rechtsschutz für BürgermeisterInnen sowie zukünftige Investitionen, die automatisch drei Jahre lang versichert sind. Die Amtshaftpflichtversicherung für den Bürgermeister ist im Rahmen der Polizze in der Haftpflicht mitversichert. Hierbei gilt eine Nachdeckung von drei Jahren als vereinbart. Eine Organhaftpflichtversicherung für den Bürgermeister bieten die Wr. Städtische im Normalfall nach Einzelanfrage personenbezogen an. Wobei hier üblicherweise die Voraussetzung ist, dass auch die Gemeinde bei ihr versichert ist.

Die Uniqa, bei der immerhin zwei Drittel der österreichischen Gemeinden versichert sind, setzt im Bereich Haftpflicht auf ihr Produkt VORIDEG. (für „Vollrisikodeckung für Gemeinden“) Zudem bietet sie eine Rechtsschutzversicherung für die Bedürfnisse von Gemeinden, in deren Rahmen auch Gemeindeorgane und Gemeindebedienstete abgesichert werden können. Bürgermeistern wird auch eine Amts- und Organhaftpflichtversicherung angeboten, allerdings nur für die Dauer der Amtszeit.

Auch die Donau-Versicherung bietet Gesamt-

lösungen an, die auch eine Versicherung der Gemeindefunktionäre beinhalten. Für Gemeindefunktionäre, wie z. B. Bürgermeister, bietet sie auch einzelne Amtshaftungs- bzw. Organhaftpflichtversicherungen an, die individuell zusammengestellt werden. Diese individuelle Zusammenstellung charakterisiert gleichzeitig die dritte Gruppe von Antworten, in der sich auch die Replik der Allianz Versicherung wiederfindet. Gemeinsam ist den Reaktionen der Verweis, dass für Amts- und Organhaftpflichtversicherungen der Versicherungsschutz vom jeweiligen Einzelfall abhängt.

Das trifft auch auf unabhängige Versicherungsmakler zu. Vero, als Spezialist für das öffentlich-rechtliche Kundensegment, lässt durchblicken, dass durch sie, sowohl im strafrechtlichen – aber auch im zivilrechtlichen Bereich Lösungen für allfällige Verantwortlichkeiten, die sich für einen Bürgermeister, Gemeindevandatar oder Gemeindebediensteten nach seinem Ausscheiden aus dem Amt bzw. Dienst ergeben, abgedeckt werden können.

Das Fazit lautet also: Die Produktpalette zur Absicherung der persönlichen Haftung von Bürgermeistern ist überschaubar, und sofern man bereits aus dem Amt ausgeschieden ist, wird das Angebot noch dünner. Die Nachdeckung auf drei Jahre der Wr. Städtischen gilt nur, sofern man die Versicherung schon zuvor abgeschlossen hat. Dennoch ist dies die konkreteste Ansage innerhalb dieser Erhebung. Immerhin, Allianz, Donau und Makler wie Vero schließen eine derartige Versicherung nicht grundsätzlich aus und behalten sich die Einzelfallprüfung vor.

Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass auch bei der Grazer Wechselseitigen angefragt wurde, allerdings war bis zu Redaktionsschluss eine Antwort weiterhin ausständig. ●

Redaktionell gekürzt.

Volltext auf

kommunal.at



JOSEF TRÜGLER RECYCLING GMBH
der Spezialist für **Gemeinden** usw.

Tel: 03572 / 85 230

www.str.cc [E Mail: office@str.cc](mailto:office@str.cc)



**ANBOTE, INFO, REFERENZEN,
Vollkunststoff-Bank braun, für
Wanderwege, Schulhof etc.**

ab € **235,-** zuzüglich Mwst. + Fracht





Barrierefrei durch akustische Leitsysteme

Forscher vom Grazer „Joanneum Research“ entwickeln technische Lösungen für mehr Barrierefreiheit. Sie sollen Menschen mit Hör- und Sehbeeinträchtigungen dabei unterstützen, ihre täglichen Einkäufe und Erledigungen selbstständig und ohne fremde Hilfe durchzuführen. Es sind sogenannte intelligente Assistenz- und Navigationssysteme, mit denen Franz Graf von der Grazer Forschungsgesellschaft Joanneum Research nach einem Bericht auf Science ORF.at beispielsweise den Weg zu Ämtern und Behörden ebnen will.

Ein Navigationssystem soll etwa Sehbeeinträchtigte mithilfe spezieller Lautsprecher vom Portier bis hin zum gewünschten Sachbearbeiter führen: „In den Gängen, zum Beispiel beim Finanzamt, sind diese Lautsprecher installiert. Der Sehbehinderte kann genau diesen schmalen Schallstrahl entlanggehen. Wenn es z. B. um die Ecke geht, werden genau die Lautsprecher aktiviert, die notwendig sind, um ein bestimmtes Zimmer zu finden“, so der Joanneum-Research-Akustiker Clemens Amon. Das Besondere daran: Nur die Person, die sich direkt im Schallstrahl befindet, kann die gewünschte Wegbeschreibung hören.

„Wir nennen die Technologie Soundsoning: Wir können bestimmte Bereiche im Raum beschallen und andere nicht. So können wir akustisch Wege definieren“ erklärt Joanneum-Research-Akustiker Clemens Amon.

<http://science.orf.at/stories/1766457/>

Neue Innovationsmillion für Leuchtturmprojekte

Der von Wirtschafts- und Tourismusminister Reinhold Mitterlehner ausgelobte Wettbewerb um eine Innovationsmillion für touristische Leuchtturmprojekte wird auch 2016 fortgesetzt. „Damit wollen wir innovative Tourismusprojekte im ländlichen Raum vor den Vorhang holen und gezielt unterstützen“, betont Mitterlehner. Einreichungen sind bis zum 17. Mai 2016 bei der Österreichischen Hotel- und Tourismusbank Ges.m.b.H. (ÖHT) möglich.

Infos unter www.oeht.at/finanzierung-und-foerderungen/leuchtturmprojekte



Wirtschafts- und Tourismusminister Reinhold Mitterlehner.

BUCHTIPP

Best Practices bei der Beschaffung

Das Buch „Best Practices bei der Beschaffung ausgewählter Bedarfe – Von der Abfallentsorgung bis zum Winterdienst“ bietet Verwaltungsmitarbeitern Hilfe beim Einkauf regelmäßig benötigter Produkte und Leistungen. Auch Partner öffentlicher Einrichtungen erhalten Einblicke in deren Prozesse. Das Buch stellt ein Hilfsmittel für öffentliche Einkäufer bei der Beschaffung unterschiedlicher, in Verwaltungen regelmäßig benötigter Produkte und Leistungen dar. Dazu gehören beispielsweise der Einkauf von Multimediageräten, Abfallentsorgungsleistungen oder IT-Beratungsleistungen. Anhand von Beispielen aus der Praxis wird dargestellt, welche Schritte nötig sind und welche Aspekte beachtet werden müssen, um einen rechtssicheren und wirtschaftlichen Beschaffungsvorgang sicherzustellen. Es richtet sich an Verwaltungsmitarbeiter und an potenzielle Anbieter, welche die Abläufe bei öffentlichen Aufträgen besser verstehen möchten.



Michael Broens/Christoph Glock/ Eric Grosse (Hrsg.): „Best Practices bei der Beschaffung ausgewählter Bedarfe“, B + G Wissenschaftsverlag, 372 Seiten, 79 Euro. ISBN: 978-3-944325-06-4

FOTOS / BMWF/W/Jakob Glaser



„Für Gemeinden bieten sich **keine Versicherungsprodukte** ‚von der Stange‘ an.“

Mag. Mario Gnesda,
LL.M. Prokurist, VERO Versicherungsmakler GmbH

28%

aller Spitalsaufenthalte in den USA sind medikamentenbezogen (falsches Medikament, falsche Dosierung etc.) und

28.000

Todesfälle in den USA sind ebenfalls medikamentenbezogen. Das ist nach den Verkehrsunfällen bereits die zweithäufigste Todesursache in den Vereinigten Staaten.

QUELLE: Apothekerkammer



And the winner is: Nusser. Beim „iF product design award 2015“ geht es nicht nur um ästhetische oder formale Gesichtspunkte, sondern um die Nutzung im öffentlichen Raum.

Das „Kleine Schwarze“ unter den öffentlichen Sitzmöbeln

Die BONSIT Gussfuß-Bank ist so etwas wie das „Kleine Schwarze“ unter den Sitzbänken für die moderne Städte- und Landschaftsplanung.

Denn dank ihrer klaren Gestaltung und der Kombination aus ergonomisch geformten Hölzern mit widerstandsfähigem Aluminiumguss, gibt die BONSIT nicht nur heute in jedem Umfeld ein attraktives Bild ab, sie bleibt dauerhaft schön. Verständlich also, dass

das Stadtmöbelstück von Nusser den „iF product design award 2015“ in der Kategorie „Public Design“ gewonnen hat. Mit diesem begehrten Preis werden ausschließlich Produkte ausgezeichnet, die ihren Mehrwert bereits unter Beweis gestellt haben. Es geht demnach nicht nur um ästhetische oder formale Gesichtspunkte, sondern um die Nutzung. Bei einer Bank für den öffentlichen Raum sind

neben der Optik die Bequemlichkeit und Langlebigkeit von entscheidender Bedeutung. Und sie hat sich mit ihren körperfreundlich gestalteten Rücken- und Sitzleisten aus FSC-zertifiziertem Hartholz auf einem elegant geschwungenem Gussfuß als ebenso gefällig wie ökonomisch erwiesen.

www.stausberg.at

Gestern: Warten ...



Heute:

TeVIS [suite]

Das Besucherleitsystem!



www.kommunix-unna.de/bls/

Kommunix
Software für Kommunen

INTERVIEW

Ernst Schöpf
über Wahlen
Seite 72

AKTION

Reinwerfen statt
Wegwerfen
Seite 80

Heinrich Schmidlechner führt seine Grenzgemeinde durch turbulente Zeiten. Im vergangenen Jahr galt es unter anderem, Flüchtlingsströme und die Gemeindefusionierung zu bewältigen.

NAME:	HEINRICH SCHMIDLECHNER
ALTER:	66
GEMEINDE:	BAD RADKERSBURG
EINWOHNERZAHL:	3115 (1. Jänner 2016)
BÜRGERMEISTER SEIT:	2010
PARTEI:	ÖVP

NAHAUFNAHME: HEINRICH SCHMIDLECHNER

LEHREN UND LERNEN ALS ERFOLGSREZEPT

Wie sind Sie in die Politik gekommen?

Ich war ursprünglich in meinem Dorf als Kassier tätig. Zu der Zeit hatten wir ein großes Problem. Über die Bundesstraße, die durch das Dorf verläuft, fuhr täglich zirka 12.000 Autos, doch sie hatte weder Rad- noch Gehwege. Das war eine große Gefahr für unsere Schülerinnen und Schüler, die zur Bushaltestelle mussten. Ich war der Sprecher der Bürgerversammlung der damaligen Gemeinde Radkersburg-Umgebung und habe das Thema aufbereitet. So wurde man auf mich aufmerksam, und bald darauf, 1997, bin ich in den Gemeinderat von Pfarrsdorf berufen worden.

Sie waren Heeresbiediensteter. Führen Sie auch im Stadtrat ein strenges Regiment?

Meine berufliche Erfahrung hilft mir schon sehr viel im Umgang mit Leuten, auch in größerer Anzahl. Ich war im Bundesheer Trainer in Führungsverhalten und bin durch die diversen Seminare sehr viel in Österreich herumgekommen, und als Trainer nimmt man jedesmal auch eine Erfahrung mit nach Hause. Du bist niemals nur Lehrender, sondern du lernst auch selbst.

Wie sieht ein Arbeitstag bei Ihnen aus?

Zum Frühstück genehmige ich mir die Tageszeitung von vorne bis hinten. Zirka ab 8:00 Uhr bin in der Gemeinde, und dann beginnt es mit den Terminen, die eigentlich alltäglich den Tag füllen. Zwischendurch muss ich noch die Post bearbeiten und darauf achten, dass auch noch ein bisschen Zeit für wirkliche Gemeindeaufgaben bleibt. Damit kann sich der Tag bis spät am Abend füllen. Zwar nicht täglich, aber doch sehr oft.

Sie sind aber auch begeisterter Musiker?

Ja, ich spiele Baritonhorn. Seit 1965 bin ich schon bei der Stadtkapelle, als eines der wenigen Gründungsmitglieder die es noch



**DIE GEMEINDE IST
FÜR MICH EINE
GROSSE FAMILIE.“**

gibt. Aufgrund der Neugründung haben wir im vergangenen Jahr 50 Jahre Stadtkapelle gefeiert und ich bin nach wie vor gerne mit dabei. Es ist ein schöner Zeitausgleich für mich, und ich genieße es auch heute noch, mit der Jugend zusammen zu spielen.

Die Jugend ist Ihnen ja ein besonderes Anliegen.

Ja, um die Jugend bemühen wir uns sehr. Wir sind geografisch in einer Lage, wo viele Junge abwandern, bzw. abwandern müssen. Ihre Ausbildung ist zwar gut, aber die entsprechenden Arbeitsplätze fehlen hier, also geht es Richtung Zentralraum.

Und kommen sie je wieder zurück?

Ja, sie kommen schon zurück, wenn sie dann älter werden. Wir haben ja eine ausgezeichnete Lebensqualität und ein ausgezeichnetes Preis-Leistungs-Verhältnis hier in unserer Region, und viele, die in Pension gehen, kommen dann gerne wieder zurück und sagen: „Hier möchte ich gerne weiterhin leben.“

Was bedeutet Gemeinde für Sie?

Die Gemeinde ist für mich im Prinzip eine große Familie, in der es auch das Oberhaupt gibt, das sich aller Anliegen annimmt und für möglichst viele der Bürger gute Entscheidungen zu fällen versucht. Das ist nicht immer leicht, aber es ist machbar. Und ich glaube auch, dass die Bevölkerung damit schon zufrieden ist. ●

Der **Mensch** hinter dem Bürgermeister

ZUHAUSE IST FÜR MICH ...
meine Heimat

MEIN LEBENSMOTTO:
Leben und leben lassen.

**WENN ICH EINEN WUNSCH
FREI HÄTTE, WÜRD E ICH ...**
... mir wünschen,
dass möglichst viele
Gemeindebürgerinnen und
-bürger zufrieden sein können.

**WOVOR HABEN SIE
ANGST?**

Ich habe Angst um die zukünftige Entwicklung unserer Gesellschaft. Nicht nur in der Gemeinde, sondern ganz grundsätzlich – bis hinauf in europäische Dimensionen.

**BESCHREIBEN SIE SICH
MIT EINEM WORT**

verlässlich

MEHR ÜBER

HEINRICH SCHMIDLECHNER
<http://kommunal.at/artikel/lehren-und-lernen-als-erfolgsrezept/>

BÜRGERMEISTER- UND GEMEINDERATSWAHLEN IN TIROL 2016

„WENN'S KEINE WAHL GIBT, GIBT ES KEINE DEMOKRATIE“

Die Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen in Tirol sind geschlagen. Größter Wermutstropfen: In 107 Gemeinden nur ein Kandidat, in 32 davon auch nur eine Liste. Tirols Gemeindeverbands-Chef Ernst Schöpf sprach mit Hans Braun von KOMMUNAL über bedenkliche Entwicklungen.

Wie kommentieren Sie die Bürgermeister- und Gemeinderatswahl, und was sagen Sie zur Wahlbeteiligung von mehr als 71 Prozent?

Die hohe Wahlbeteiligung ist erfreulich. Wir hatten aber etliche Gemeinden, wo es nur eine Liste und damit auch nur einen Bürgermeisterkandidaten gab – 42 an der Zahl – und wo die Wahlbeteiligung dann ein bisschen niedriger war. Ist aber klar, wenn die Entscheidung praktisch schon gefallen ist. Umgekehrt, und das war auch ein Phänomen, gab es Gemeinden, wo es bis zu zehn Listen und mehrere Bürgermeisterkandidaten gab. Dort war die Wahlbeteiligung dementsprechend höher. Das waren ausnahmslos größere Gemeinden wie Landeck, Imst mit zehn Listen und sechs Kandidaten, Telfs mit sieben Listen und sechs Bürgermeisterkandidaten. Das Besondere ist, dass es dort schon im ersten Wahlgang klare Ergebnisse gab. Nicht nur die Bürgermeister-Liste wurde durch die Wählerinnen und Wähler gestärkt, sondern auch die etablierten Bürgermeister.

Die ÖVP ist auch in Tirol offenbar die klare Bürgermeister-Partei. Aber durch die vielen Listen ist es in Tirol schwierig, den einzelnen Parteien genauen Zahlen zuzurechnen. Wie viele Bürgermeister hat die ÖVP denn nun?

Wir sind dabei, das zu erheben, weil wir das für den Verband ja wissen müssen, wo welche Liste anzusiedeln ist. In meinem Fall, in Sölden, gab's ja auch sieben Listen. Davon ist eine blau bis semi-blau, aber doch dort anzusiedeln, der Rest sind schwarze Listen. Für Sölden heißt das, dass von 15 Mandatären 13 schwarz sind.

In rund einem Drittel der Tiroler Gemeinden gab es nur einen Kandidaten – ist das nicht demokratiepolitisch eher bedenklich?

ZUR PERSON

Mag. Ernst Schöpf ist seit 1986 Bürgermeister von Sölden und seit Juni 2009 Präsident des Tiroler Gemeindeverbandes. Von 1994 bis 2003 war der Betriebswirt als Abgeordneter zum Tiroler Landtag eingesetzt und dort auch als Obmann des Tourismus- und des Finanzausschusses.

Ganz klar, in 107 Gemeinden gab's nur einen Bürgermeisterkandidaten, beziehungsweise eine –kandidatin. In 32 dieser Gemeinden gab es auch nur eine Liste. Und es ist richtig, demokratiepolitisch ist das nicht erfreulich. Wenn keine Wahl mehr ist, ist – wenn man's zu Ende denkt – wohl auch keine Demokratie mehr.

In 15 Gemeinden gibt es nun eine Bürgermeisterin. Kommunalpolitik scheint in Österreich wirklich eher eine Männerdomäne zu sein. Oder woran liegt es, dass sich so wenige Frauen finden?

Weil Frauen es sich in Abschätzung der Realität dreimal überlegen, ob sie kandidieren. Ich mache das jetzt zum vierten Mal mit und bin beileibe kein Frauenfeind, aber auch in meiner Gemeinde ist es schwierig. Wann immer ich Frauen mit Potenzial anspreche und sie zu animieren versuche, für den Gemeinderat zu kandidieren, ernte ich fast immer ein „Nein, danke, bitte nicht ich!“

Es geht wirklich nicht darum, dass Frauen von Listen oder gar aus der Politik ferngehalten werden sollen, aber aus meiner Sicht ist es sehr, sehr schwer, Frauen zu finden. Und das ist nicht nur in Österreich so.

In Südtirol gibt's ein Wahlrecht, wonach eine Frauenquote auf einer Liste vorgeschrieben ist, sonst gilt die Liste nicht. Bei den Wahlen 2015 in Südtirol habe ich von vielen Kollegen dort gehört, wie schwierig es war, eine gültige Liste zu stellen. Das ganz unabhängig davon, an welcher Stelle der Liste die Frauen gereiht waren. Und ganz ehrlich: Ich weigere mich schön langsam, mir vorwerfen zu lassen, dass es nur 15 Bürgermeisterinnen in Tirol gibt. Ich kann weder was dafür noch kann ich helfen!



ICH KANN WEDER WAS DAFÜR NOCH KANN ICH HELFEN!“

Ernst Schöpf zur geringen Frauenquote in Österreichs Kommunalpolitik.

Ihr persönliches Wahlergebnis war mit einer Zustimmung von 80 Prozent sehr gut, aber Ihre Liste hat „nur“ 25 Prozent der Stimmen erhalten ... Was bedeutet das für die tägliche Arbeit? Ändert sich was?

Ich habe nie in meinem politischen Leben in Sölden Mehrheiten im Gemeinderat gehabt. Dadurch bin ich auch in der Praxis sehr geübt, andere in die Arbeit mit einzubinden. Aber ich muss zugeben, dass ich es diesmal ein bisschen bedauere, weil ich einen sehr bewussten Schritt in Richtung Jugend getan habe und drei Unter-30-Jährige unter den ersten fünf auf der Liste hatte.

Haben die Themen Asylwerber oder Finanzausgleich eine große Rolle im Wahlkampf gespielt?

Der Finanzausgleich überhaupt nicht, weil das die meisten gar nicht interessiert. Mich hat noch nie ein Bürger, eine Bürgerin gefragt, ob wir noch Geld haben, immer nur, dass das oder jenes noch gemacht werden sollte. Und Asyl war – soweit ich das mitbekommen habe und wenn überhaupt – nur im Großraum Innsbruck zwischen Imst und Wörgl, also in der Inntal-Furche, ein Thema.

Wie stehen die Tiroler Gemeinden/der Tiroler Gemeindebund zu der diskutierten Grenzsperrung am Brenner? Das trifft ja nicht nur eine Landesgrenze, sondern auch erstmals eine Grenze innerhalb einer Europaregion?

Das wäre ein massiver Rückfall! Wir hören jetzt wieder von den Gästen, dass sie bis zu eineinhalb Stunden bei der Einreise nach Deutschland im Stau stehen. Das sind ja längst überwunden geglaubte Zeiten. 🇪🇺

„In kleinen Gemeinden spielt die politische Farbenlehre wenig bis gar keine Rolle. Da schauen die Leut' die Kandidaten an und sagen: ‚Der gefällt mir‘ ... oder eben nicht.“
Bgm. Ernst Schöpf

Gramais ist ein besonderer Fall: Hier wurde mangels Liste oder Kandidat gleich gar nicht gewählt – die alte Mannschaft macht Medienberichten zufolge für drei Jahre weiter. Was passiert, wenn sich auch dann keiner findet? Was passiert, wenn das Beispiel Schule macht?

Das kann sich zu einem Musterfall entwickeln. Wenn sich tatsächlich niemand mehr findet, sind wir zwingend bei der Frage der Fusion, wie wir das im benachbarten Ausland – im unteren Engadin – schon erlebt haben.

In 23 Gemeinden gab es eine Stichwahl – ist das für Tiroler Verhältnisse viel oder wenig? Das ist Durchschnitt, würde ich sagen.

In Axams hätte es fast die erste grüne Bürgermeisterin Tirols geben, die FPÖ hat einen Bürgermeister fix – wird die Landschaft bunter?

Das hat stark mit den Persönlichkeiten zu tun. Aber vor allem, wenn die Gemeinden kleiner sind, spielt die Farbenlehre wenig bis gar keine Rolle. Dort schauen die Leute den, die Kandidaten an und sagen „der gefällt mir“ – oder eben nicht.

Redaktionell gekürzt.

Volltext auf

 kommunal.at



Präsentierten die neue Initiative „Frauen stärken“: Elisabeth Cinatl, Sprecherin der Frauenberatungsstellen NÖ, Frauenlandesrätin Mag. Barbara Schwarz und Helmut Mödlhammer, Präsident des Österreichischen Gemeindebundes.

FAKTEN ZUM FRAUENTAG 2016

1911

war der erste Frauentag. Damals stand die Forderung nach dem Frauenwahlrecht im Mittelpunkt.

WELTFRAUENTAG

„FRAUEN MÜSSEN FRAUEN STÄRKEN“

Chancengleichheit in allen gesellschaftlichen Bereichen zwischen Männern und Frauen ist noch nicht erreicht worden – eine niederösterreichische Initiative soll abhelfen.

Mehr als die Hälfte der heimischen Bevölkerung ist weiblich, aber keine sieben Prozent stehen als Bürgermeisterinnen ihren Gemeinden vor“, berichtete Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit der nö. Frauenlandesrätin Barbara Schwarz anlässlich des Weltfrauentags. „Das ist kein erfreulicher Befund, obwohl die Anzahl der Bürgermeisterinnen seit einigen Jahren leicht steigend ist.“

Derzeit gibt es in Österreich 141 Bürgermeisterinnen. Bei einer Gesamtanzahl von 2100 Gemeinden ist das ein viel zu niedriger Wert. „Wir haben uns in den letzten Jahren sehr bemüht, diesen Anteil zu heben, müssen aber eingestehen: Das hat bei weitem nicht gereicht; der Anteil der Frauen in Österreichs Gemeindeämtern steigt zu langsam.“ Die Gründe für den geringen Frauenanteil in Österreichs Gemeindeämtern sind vielfältig. „Die schlechte Vereinbarkeit von Zivilberuf, politischem Amt und Familie ist sicherlich ein wesentlicher Faktor“, glaubt Mödlhammer. „Das Bürgermeisteramt ist sehr zeitaufwändig, viele Sitzungen und Termine finden am Abend oder am Wochenende statt. Das ist für Frauen oft ein großes Problem.“

Die neue Initiative „Frauen stärken“ startet im Herbst 2016. Dabei gehe es um die Fragen „Wie schaffen wir es, Frauen in Führungsposi-

tionen zu bringen? Wie schaffen wir es, Frauen in die Politik, speziell in die Gemeindepolitik zu bringen?“, so Schwarz. Zehn Prozent der Bürgermeister in Niederösterreich seien Frauen, damit sei Niederösterreich österreichweit führend, „aber noch nicht dort, wo wir hin wollen“, so die Landesrätin. „Frauen brauchen eine große Stärkung“, weil sie oft an sich selbst zweifeln würden, ob sie das auch schaffen. „Frauen müssen andere Frauen stärken“, so Schwarz. Die Initiative „Frauen stärken“ besteht aus der Veranstaltungsreihe „Frauen-Stärken“ (vier Veranstaltungen in allen Vierteln Niederösterreichs) und dem Regionalen Mentoring-Programm „Frauen-Stärken“, bei dem Mentoringpaare ein Jahr lang begleitet werden. Die Kosten der Initiative belaufen sich auf rund 50.000 Euro.

„Frauen müssen wissen, spüren und wahrnehmen, was sie wollen“, so die Sprecherin der Frauenberatungsstellen NÖ Cinatl darüber, wie man in den Beratungen daran arbeite, um Frauen zu stärken. Nur wenn Frauen wüssten, was sie wollen, können sie auch anders auftreten. Es gehe darum, dass Frauen „benennen“, was sie wollen.

Mehr auf <http://noel.gv.at> oder auf www.gemeindebund.at

47

Tage beträgt der Unterschied in der Bezahlung zwischen Männern und Frauen, die somit 47 Arbeitstage „gratis, aber nicht umsonst“ arbeiten würden.

143

Bürgermeisterinnen gibt es in den 2100 Gemeinden Österreichs*, das sind

6,8%

aller Ortschaften.

80%

der Bürgermeisterinnen hatten zu dem Amt überzeugt werden müssen

24%

der rund 38.800 Gemeinderät/innen in Österreich sind Frauen, das sind rund 9500 Frauen.

* mit Ergebnissen der Stichwahlen in der Tiroler Bürgermeisterwahl

WARNUNG DER APOTHEKER

„dm“-VORSTOSS GEFÄHRDET VERSORGUNGSSICHERHEIT

Nachdem ein paar Jahre Ruhe war, hat die Ankündigung der deutschen Handelskette „dm“, künftig rezeptfreie Medikamente verkaufen zu wollen, Anfang März für erheblichen Unmut unter den Apothekern gesorgt.

TEXT / Hans Braun

Der Präsident der Österreichischen Apothekerkammer, Max Wellan, warnte im KOMMUNAL-Gespräch „vehement“ vor einem Verkauf von Arzneimitteln außerhalb von Apotheken. In der geforderten Freigabe des Verkaufs von rezeptfreien Arzneimitteln sieht er eine Wettbewerbsverzerrung und eine Gefahr für die Gesundheit. Auch für die Versorgung wäre eine Marktöffnung „langfristig ein Problem“.

Immer wieder suchen Glücksritter das schnelle Geld mit Arzneimitteln und scheitern über kurz oder lang an den komplexen Sicherheitsanforderungen. Bei dm erhofft man sich laut einer APA-Aussendung eine Umsatzsteigerung von bis zu 80 Millionen Euro pro Jahr. Die rezeptfreien Medikamente sollen im Drogeriemarkt so billig angeboten werden, dass sich jede Familie 100 Euro im Jahr sparen würde, so dm-Geschäftsführer Harald Bauer in der Aussendung. „Ein Modell,“ so Wellan, „das nur in Ballungszentren funktioniert. Wie viele dm-Märkte gibt es denn auf dem Land. Und damit ist das eine klassische Rosinenpickerei.“ Und noch dazu eine, die wegen der fehlenden Beratungskompetenz für Patienten gefährlich ist. Auch wenn dm, wie über die APA angekündigt, Pharmazeuten und eigens ausgebildete Drogisten anstellen will, ist für Wellan klar, dass „die Leute letztendlich in die Apotheken gehen und sich dort informieren werden. Was im Grunde genommen Beratungsdiebstahl ist“, so der Apothekerchef.

In dem Zusammenhang verweist die Apothekerkammer warnend auf Länder, wo Medikamente bereits jetzt über Supermärkte angeboten werden: Beispielsweise in den USA gingen aufgrund dieser unkontrollierten Abgabe bereits



**„Jedes einzelne Medikament kann bei falscher Anwendung, bei falscher Dosierung oder falscher Kombination zu gesundheitlichen Problemen führen.“
Apotheker-Chef Max Wellan zum Vorstoß von dm.**

28 Prozent aller Spitalsaufenthalte auf falsch eingenommene Arzneimittel zurück. Allein in Kalifornien gebe es pro Jahr 60 Lebertransplantationen bei Kindern wegen Paracetamol (ein dort im Supermarkt erhältliches Medikament) aufgrund von Überdosierung durch die Eltern.

„Das Ziel der Arzneimittelversorgung ist eine Optimierung in der Arzneimittelleinnahme und keine Maximierung. Kranke Menschen sollen so viele Arzneimittel wie notwendig, aber so wenige wie möglich einnehmen“, so Wellan. Dies gelingt in Österreich vorbildhaft, denn die Österreicherinnen und Österreicher liegen unter dem europäischen Schnitt im Arzneimittelkonsum, was von Gesundheitsexperten äußerst positiv gewertet wird. Dieser vernünftige Umgang mit Arzneimitteln erklärt sich auch daraus, dass Medikamente nicht im Supermarkt einfach aus dem Regal genommen, sondern in Apotheken mit Beratung abgegeben werden. ●

APOTHEKEN AUF EINEN BLICK

„Über Wirkung und mögliche unerwünschte Wirkungen informieren Gebrauchsinformation, Arzt oder Apotheker.“ In den 1360 Apotheken in Österreich beraten knapp 6000 akademisch ausgebildete Apothekerinnen und Apotheker die Bevölkerung in Gesundheitsfragen. Die Beratungskompetenz ist eine der zentralen Leistungen der Apotheker. Im Rahmen des Medikationsmanagements werden sämtliche Medikamente der Patienten gemeinsam besprochen und die korrekte Einnahme erklärt.

In einer Apotheke lagern durchschnittlich 6000 verschiedene Arzneimittel, in Summe 20.000 Arzneimittelpackungen, und garantiert damit eine optimale Arzneimittelversorgung auf dem Land und in der Stadt.

www.apotheker.or.at



BAD BLEIBERG ZEIGT, DASS FLÜCHTLINGE SICH NICHT NEGATIV AUF DEN TOURISMUS AUSWIRKEN

„MASTERPLAN“ FÜR INTEGRATION

Integration erfolgt in Bad Bleiberg auf dem Fußballplatz oder auf der Alm. Bei Wandertagen, Deutschkursen und Sportturnieren finden Einheimische und Flüchtlinge zueinander.

Als die ersten Asylwerber im Mai vergangenen Jahres nach Bad Bleiberg kamen, entwickelte die Autorin und Filmproduzentin Sandra Walkshofer einen Masterplan mit einer Checkliste für notwendige Vorbereitungsmaßnahmen sowie für mittel- und langfristige Maßnahmen. Geplant war vieles, wie etwa ein Haus der Begegnung, umgesetzt werden konnten bisher aber aufgrund mangelnder Unterstützung von Bund und Land nur einige Projekte. „Das ist ein Prozess, der sicher über mehrere Jahre laufen wird“, sagt Mario Marinz, Mitglied des Vereins miteinander:bleiberg und in der Gemeinde für Integrationsprojekte zuständig. Ein großer Erfolg war, dass Flüchtlinge in die Aktivitäten vieler Vereine integriert werden konnten. Auch beim Kirtag haben einige beim Aufstellen des Festzelts geholfen.

Dabei war die Ablehnung anfangs groß, denn das frühere Hotel, in dem die 50 Flüchtlinge untergebracht sind, liegt in der Kurzone, und in den angrenzenden Beherbergungsbetrieben fürchtete man, dass Gäste wegen der Flüchtlinge ausbleiben könnten. Es zeigte sich aber schnell, dass die Aufregung umsonst war. Mittlerweile sind die Kinder der Besitzer eines benachbarten Hotels mit Flüchtlingskindern gut befreundet. Auch der ursprünglich geplante hohe Sichtschutz wurde nicht errichtet. Stattdessen gibt es einen normalen Zaun mit einer Tür, damit die Kinder einander besuchen können.



Sandra Walkshofer, die den Masterplan entwickelte, mit Flüchtlingen, die für die Gemeinde im Einsatz sind, und Gemeindemitarbeitern.



„Die Bevölkerung sieht, dass die **Leute bereit sind, sich zu engagieren.**“

Christian Hecher,
Bürgermeister von
Bad Bleiberg, über die
Beschäftigungsinitiative
im Ort.

Stolz ist man auf die Beschäftigungsinitiative, bei der jede Woche fünf der Asylwerber für jeweils fünf Stunden für die Gemeinde arbeiten. Dafür erhalten sie eine Aufwandsentschädigung von 2,50 Euro pro Stunde. „Durch diesen Rhythmus erhalten alle die Möglichkeit, sich einzubringen. Und die Bevölkerung sieht, dass die Leute bereit sind, sich zu engagieren“, erklärt Bürgermeister Christian Hecher.

Die Männer sind dabei mit den Außendienstmitarbeitern des Wirtschaftshofs unterwegs. Die Frauen werden vor allem für Reinigungstätigkeiten eingesetzt. „Höher qualifizierte Tätigkeiten scheitern leider an der Sprachbarriere“, bedauert Bürgermeister Hecher. Und: „Für eine größere Beschäftigungsinitiative fehlt uns leider das Geld.“

Ein Anliegen der Gemeinde wäre es, die Arbeitskraft der Asylwerber auch Privatpersonen zur Verfügung stellen zu können. Hecher: „Wir haben viele eine relativ alte Bevölkerungsstruktur, und unser Ziel wäre es, Flüchtlinge zu ‚vermieten‘, damit sie auch Arbeiten für ältere Leute verrichten könnten.“

SPORTFORUM SCHLADMING 2016

Schwerpunkt **Eltern im Sport**

Der Schwerpunkt beim 2. Sportforum Schladming vom 2. bis 4. Juni 2016 lautet „Eltern im Sport“. Eines der wichtigsten Kapitel zu diesem Thema: der Bewegungsmangel der Kinder und die damit verbundenen Erkrankungen. Erst in diesen Tagen wurde eine aktuelle Studie veröffentlicht, dass bereits jedes vierte Kind in Österreich im Volksschulalter an Fettleibigkeit leidet – 70 Prozent dieser Kinder werden ihr gesamtes weiteres Leben übergewichtig sein. So ist auch Diabetes bei jungen Menschen zu einem zunehmenden Problem geworden. Das Sportforum Schladming 2016 wird dies in den Brennpunkt unseres Denkens setzen und Wege aufzeichnen, auf denen jeder von uns dieser Entwicklung entgegenstreiten kann.

Am Freitagabend wird es eine Po-

diumsdiskussion mit prominenten Eltern/Sportler-Paaren geben, wie den Vätern der Nationalspieler Alaba, Janko und Hinterseer, aber auch Markus Rogan mit Mutter, Jürgen Melzer mit seinem Vater und viele mehr. Da nur zwei Tage später die Fußball-EM in Frankreich startet, wird diese Runde sicher entsprechenden medialen Niederschlag finden.

Für Gemeinden besonders interessant: Am Samstag, 3. 6. referiert Sportwissenschaftler Prof. Dr. Andreas Hohmann von der Uni Bayreuth zum Thema „Der kommunale Auftrag, Kinder nachhaltig zu mehr Bewegung und gesünderem Lebensstil zu motivieren.“

Mehr Infos auf <http://sportforum-schladming.at/>



FONDS GESUNDES ÖSTERREICH

AUF GESUNDE NACHBARSCHAFT

Funktionierende Nachbarschaften können viel zur Lebensqualität und zum Wohlbefinden beitragen – und das wirkt sich positiv auf die Gesundheit aus.

Infos und Materialien. Im Rahmen der Initiative „Auf gesunde Nachbarschaft!“ des Fonds Gesundes Österreich werden bereits viele kommunale Projekte umgesetzt. Wenn auch Sie sich für gesunde Nachbarschaften einsetzen wollen, hier finden Sie Anregungen und Tipps für die Umsetzung Ihres Vorhabens:

- **www.gesunde-nachbarschaft.at** gibt einen Überblick über gelungene Projekte, Fördermöglichkeiten und wie positiv gute Nachbarschaft wirkt.
- **Leitfaden für Gemeinde/ Stadt und Stadtteil/ Region:** Der Leitfaden unterstützt Sie bei der Durchführung eines Gesundheitsförderungsprojekts – von der Idee bis zur Umsetzung.
- **Broschüren und Folder:** Die Broschüre „Hinschauen, ins Gespräch kommen, aktiv werden!“ und der Folder „Nachbarschaften stärken

– Gesundheit fördern“ enthalten Tipps und Infos, was Sie tun können.

Die Unterlagen können Sie kostenfrei bestellen: fgoeg@goeg.at

KONTAKT

Gesundheit Österreich GmbH
Fonds Gesundes Österreich
Aspernbrückengasse 2,
1020 Wien
Mag. Gerlinde Rohrauer-Näf, MPH
gerlinde.rohrauer@goeg.at

www.fgoeg.org
www.gesunde-nachbarschaft.at



Fonds Gesundes
Österreich

**WIR BERATEN SIE GERNE
PERSÖNLICH**

Besuchen Sie uns in unserem Nachbarschaftscafé:

● **66. Österreichischer
Städtetag**

8.–10. Juni 2016
in Innsbruck

● **18. Österr. Gesundheits-
förderungskonferenz**

23.–24. Juni 2016
in Linz

● **63. Österreichischer
Gemeindetag**

6.–7. Oktober 2016
in Klagenfurt




BAUKULTURGEMEINDE 2016

EISEN ALS IDENTITÄTSSTIFTER

Das im Mostviertel gelegene Ybbsitz ist eine der Siegergemeinden des LandLuft Baukulturgemeinde-Preises 2016. Warum, begründete die Jury folgendermaßen:

Ybbsitz, im niederösterreichischen Mostviertel gelegen, hat knapp 4.000 Einwohner. Seinen Wohlstand verdankt der Ort zwei Flüssen (an deren Kreuzungspunkt er liegt), dem Kraftstoff Holz (aus den dichten Umgebungswäldern) und seiner Nähe zum steirischen Erzberg. Wasserkraft, Holz und Eisen, auf diesen Elementen haben die Bewohnerinnen und Bewohner sehr früh schon ihre wirtschaftliche Existenz aufgebaut. So erfolgreich, dass die Wirkung noch bis heute in einer urbanen Baustruktur und sehr stattlichen Häusern Niederschlag findet.

Ybbsitz passt deswegen gut in die Riege der Baukulturgemeinden, weil es zeigt, wie die Besonderheiten der Landschaft von Menschen genutzt werden und ihr Wirtschaften aus speziellen Bedingungen Einzigartiges entstehen lässt. Geschichte wirkt fort und bleibt bis in die Gegenwart fruchtbar, wenn die unerbittlichen Veränderungsdynamiken auch als Chance begriffen und die Gestaltungsansprüche mit den Erfordernissen der Gegenwart abgeglichen werden. Ybbsitz setzt noch heute auf die Eisenbearbeitung als wirtschaftliche Grundlage. Eisen wurde als Thema eigener Identität und Außenwirkung neu – und so wirkungsvoll – etabliert, dass nicht nur ca. 60 Prozent der Bevölkerung davon leben, sondern auch der Tourismus aus dem „Thema Eisen“ seinen Nutzen zieht. Landesweite Auszeichnungen hat Ybbsitz bislang einige gesammelt, mit dem europäischen Dorferneuerungspreis 2006 auch eine beachtliche internationale Anerkennung. Die nationale Aufmerksamkeit ist längst überfällig und zu Recht mit dem Baukulturgemeinde-Preis erreicht. 

Mehr zu Ybbsitz auf www.kommunal.at/artikel/eisen-als-identitaetsstifter/



Ein Carport aus Eisen gehört ebenso zum Selbstbildnis von Ybbsitz wie ...



... eine eiserne Brücke mitten im Grünen.



LINK ZU YBBSITZ

<http://kommunal.at/artikel/eisen-als-identitaetsstifter/>

SICHERHEIT

ÖSTERREICH: PARADIES FÜR FAHRRADDIEBE

Fahrräder, die nicht an festen Gegenständen gesichert sind, können schnell abtransportiert werden, Sicherungen werden dann in Ruhe an einem anderen Ort entfernt.

Rund 70 Fahrräder werden durchschnittlich pro Tag in Österreich gestohlen.

Mehr als 70 Fahrräder werden in Österreich durchschnittlich täglich gestohlen. Nicht verwunderlich, denn wie eine aktuelle Erhebung des KfV (Kuratorium für Verkehrssicherheit) in den Landeshauptstädten Wien, Graz, Salzburg und St. Pölten zeigt, wird ein Großteil der Fahrräder oft nur sehr unzureichend gesichert (rund 65 Prozent) und jedes zwanzigste Fahrrad sogar gänzlich ohne Sicherung abgestellt. Mehr als die Hälfte der Fahrräder war dabei lediglich durch einfache Spiral- oder Kabelschlösser gesichert. „Diese simple Art von Schlössern kann von Dieben innerhalb weniger Sekunden unauffällig geknackt werden. Auch das beste Fahrradschloss kann einen Diebstahl nicht verhindern, wenn das Rad ohne feste Verankerung an einer Abstellanlage oder einem anderen ortsfesten Objekt einfach weggetragen werden kann“, erklärt KfV-Direktor Dr. Othmar Thann. „Rund jedes sechste Fahrrad wurde auf diese Weise abgestellt. Häufig werden Fahrräder zudem auch nur am Vorderrad abgesperrt. Durch ein Öffnen des Schnellspanners können Diebe in solchen Fällen ein Rad ohne jegliches Werkzeug mit einem Handgriff problemlos entwenden.“


„Ich sichere mein Fahrrad nur, wenn ich länger abwesend bin“ oder „Mein Fahrrad ist schon



„Simple Schlösser können von Dieben innerhalb **weniger Sekunden** unauffällig geknackt werden.“

Othmar Thann,
Direktor des Kuratoriums
für Verkehrssicherheit

älter, das stiehlt mir keiner mehr“ werden oft als Gründe angeführt, sein Fahrrad nicht zu sichern. „Fahrräder, die nicht an festen Gegenständen gesichert sind, können schnell abtransportiert werden, Sicherungen werden dann in Ruhe an einem anderen Ort entfernt. Gerade beim Fahrraddiebstahl macht ‚Gelegenheit Diebe‘. Je einfacher die Möglichkeit, die sich ergibt, desto geringer ist die Hemmschwelle beim Diebstahl“, so der Österreichische Versicherungsverband VVO.

Qualitativ hochwertige Fahrradabstellanlagen sorgen für mehr Sicherheit. Einfache Maßnahmen können das Risiko eines Diebstahles deutlich reduzieren: Fahrrad sollen nach Möglichkeit immer in einem versperrbaren Raum (Fahrradraum) abgestellt werden. Qualitativ hochwertige Fahrradabstellanlagen sind besonders wichtig und bieten besonderen Schutz. Fahrräder sollen immer an einem fix verankerten Gegenstand mit Qualitätsschlösser abgestellt werden. Darüber hinaus sollten teure oder moderne Fahrräder nicht immer am selben Platz abgeschlossen werden. Fahrradabstellanlagen, in denen bereits viele beschädigte oder demontierte Fahrräder stehen, sollten gemieden werden, sie geben potenziellen Dieben das Gefühl, dass sich dieser Ort gut für einen Diebstahl eignet. 



Werner Knausz von der ARA und Helmut Mödlhammer im Gespräch mit KOMMUNAL-Chefredakteur Hans Braun.

INTERVIEW

„REINWERFEN STATT WEGWERFEN“

Heuer schreibt die Altstoff Recycling Austria AG (kurz ARA) gemeinsam mit dem Gemeindebund, dem Städtebund und der Österreich Werbung bereits zum dritten Mal den Award für die „Sauberste Region Österreichs“ aus. KOMMUNAL hat ARA-Vorstand Werner Knausz und Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer zu den Hintergründen befragt.

Österreich gilt als ein sehr sauberes Land. Liegt das daran, dass so wenig weggeworfen wird, oder weil die Flurreinigung so brav hinterherläuft?

KNAUSZ: Es stimmt. Aus Umfragen wissen wir, dass Österreich als sehr sauber wahrgenommen wird. Nicht nur von der Bevölkerung, sondern auch von ausländischen Gästen. Wir nehmen das oft als selbstverständlich hin, aber das ist es nicht. Wir haben jahrzehntelang gemeinsam mit den Gemeinden und Städten viel Arbeit in die Bewusstseinsbildung gesteckt und ernten jetzt die Früchte. Die meisten Bürgerinnen und Bürger gehen heute sehr verantwortungsvoll mit ihren Abfällen um. Sie fordern aber auch von der öffentlichen Hand, dass sie ihre Aufgaben erledigt – also eine dichte Sammelinfrastruktur bereitstellt und die restlichen Mengen an Müll, die trotz allem auf dem Boden landen, schnell und effizient beseitigt. Das sind zwei Seiten derselben Medaille.

„Gewonnen haben immer jene Städte und Gemeinden, die die besten Ideen umgesetzt haben.“

Werner Knausz

Welche Rolle spielen die Gemeinden?

MÖDLHAMMER: Unsere Aufgabe auf Gemeinde-seite ist es, die Menschen in ihrem umweltbewussten Verhalten bestmöglich zu unterstützen. Wir dürfen auch nicht den Fehler begehen, das Thema als abgehakt zu betrachten und in unserem Engagement nachzulassen. Es wachsen stets neue Generationen heran und auch durch den Zuzug von Außerhalb kommen neue Bürger in unser Land. An beide Gruppen müssen wir aktiv herantreten und das Umweltbewusstsein immer wieder in den Köpfen verankern.

Wie hilft dabei der Award für die „Sauberste Region Österreichs“?

MÖDLHAMMER: Der Schlüssel zu allem ist die Motivation. Viele Gemeindebedienstete, kommunale Abfallberater sowie auch Unternehmen und Privatpersonen leisten tagein, tagaus hervorragende Arbeit, um unsere Umwelt



WIR DÜRFEN NICHT DEN FEHLER BEGEHEN, DAS THEMA ALS ABGEHAKT ZU BETRACHTEN UND IN UNSEREM ENGAGEMENT NACHZULASSEN.“

Helmut Mödlhammer

sauber zu halten. Der Award „Sauberste Region Österreichs“ bietet ihnen eine Bühne, um ihre Leistungen einmal einem größeren Publikum zu präsentieren.

KNAUSZ: Gerade wir bei der ARA wissen: Tue Gutes und sprich darüber. Es ist auch wichtig, seine Arbeit mit anderen zu vergleichen, hinzu kommt noch, dass durch den Award viele Projekte an die Öffentlichkeit kommen, die andere inspirieren und motivieren können, ähnliches auf die Beine zu stellen. „Nachahmungstäter“ sind herzlich willkommen.

Was bringt es den Gemeinden oder Regionen, beim Award einzureichen?

KNAUSZ: In erster Linie Anerkennung. Innerhalb der Gemeinde und weit darüber hinaus. Nicht nur die bisherigen Sieger freuten sich über eine breite, mediale Berichterstattung. Die Erfahrung der letzten beiden Jahre hat gezeigt, dass auch die Finalisten ihren Erfolg für eine breite Kommunikation nutzen konnten. Die beiden Gewinner Mödling und Kufstein tragen die gewonnenen Titel zurecht mit Stolz. Die Siegesfeiern, die Teil des Hauptgewinns sind, waren immer ein unvergessliches Erlebnis.

MÖDLHAMMER: Der Award dient auch dazu, die Umweltsituation in den Gemeinden noch weiter zu verbessern. Die Gemeinden machen in Sachen Abfallwirtschaft und Umweltschutz seit Jahrzehnten sehr viel. Es ist aber nicht immer leicht, den Bürgerinnen und Bürgern das auch angemessen zu vermitteln. Der Award „Sauberste Region Österreichs“ kann da sehr positiv wirken, weil den Gemeinden von externen Experten ein vorbildliches Verhalten bestätigt wird. Das ist eine Win-win-Situation für die Gemeindeverantwortlichen wie auch für die Bürgerinnen und Bürger.

Sind große Gemeinden nicht im Vorteil?

KNAUSZ: Ganz und gar nicht. Mödling und Kufstein haben sich etwa gegen Wien und Linz durchgesetzt. Gewonnen haben vielmehr jene Städte und Gemeinden, die die besten Ideen umgesetzt und am meisten Engagement während des Wettbewerbs gezeigt haben. Denn die Gewinner werden ja nicht nur von einer Jury gewählt, sondern auch von der Bevölkerung der jeweiligen Gemeinde in einem Online-Voting.

Zum Abschluss: Was soll man tun, wenn man an einer Kreuzung steht und beobachtet, wie jemand ein Papier auf den Boden wirft?

KNAUSZ: Zivilcourage beweisen und die Person höflich aber bestimmt darauf hinweisen, dass sie etwas verloren hat.

MÖDLHAMMER: In einer kleinen Gemeinde funktioniert die soziale Kontrolle besonders gut. Da kennt man diese Person vielleicht sogar und kann sie daher noch leichter darauf ansprechen. 🗣️



INFO-KASTEN

- Start Einreichphase: **ab sofort**
- Einreichen online unter: **www.kommunalnet.at/sauberstereion**
- Einreichfrist: **31. Mai 2016**
- Die Einreichung ist schnell, einfach und kostenlos
- **Einreichberechtigt:** jeder offizielle Vertreter seiner Gemeinde, Stadt oder Tourismusregion
- Hauptgewinn: Titel „Sauberste Region Österreichs“ plus Siegesfeier
- Kreativpreis: **3000 Euro**
- Weitere Infos unter **www.reinwerfen.at** oder „Reinwerfen statt Wegwerfen“, Julia Huber, **Tel. +43 1 599 97-201, office@reinwerfen.at**



BURGENLAND



Vizepräsident Günter Toth, Ex-Minister Niki Berlakovich, Landesgeschäftsführer Stefan Bubich, ÖVP-Klubobmann Christian Sagartz, Landesparteiobmann Thomas Steiner, Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer, Präsident Leo Radakovits und der 2. Landtagspräsident Rudolf Strommer.

Landesversammlung des Bgld. Gemeindebundes

Bei der Landesversammlung des Burgenländischen Gemeindebundes (ÖVP) in Lackendorf forderte Präsident Leo Radakovits „einen Finanzausgleich, der auch strukturschwachen Gemeinden ein finanzielles Überleben gewährleistet“. Neben der weiteren Abflachung des abgestuften

Bevölkerungsschlüssels sind die Schaffung eines Ausgleichsfonds für finanzschwache Gemeinden und die Anpassung der Fixschlüssel zur Dotierung der Ländertöpfe an die tatsächliche Volkszahl zentrale Forderungen des Burgenländischen Gemeindebundes.

Rechnungshof darf Gemeinden prüfen

Seit 1. Jänner darf sich der Landes-Rechnungshof auch Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnern genauer anschauen. Bisher war eine Prüfung von Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnern nur über Auftrag der Landesregierung möglich. Lediglich die 13.000-Einwohner-Stadt Eisenstadt konnte jederzeit vom Landes-Rechnungshof geprüft werden.

„Sicherheitspartner“ ab September

Das Burgenland ist das sicherste Bundesland Österreichs. Die rot-blaue Landesregierung bleibt aber dabei, dass in zunächst neun Gemeinden „Sicherheitspartner“ installiert werden sollen. Landeshauptmann-Stellvertreter Hans Tschürtz (FPÖ) will das Projekt am 1. September starten. Was die Sicherheitspartner genau dürfen, steht noch nicht fest.



KÄRNTEN



„Südliche Gelassenheit“ als Markenzeichen

In einem breit angelegten Prozess wurde 2015 die Neuausrichtung und Profilschärfung des Kärntner Tourismus erarbeitet. „Kärnten bietet derzeit seinen Gästen zu viel Durchschnitt und zu wenig Herausragendes“, meint Tourismuslandesrat Christian Benger. Diese Situation führe zu austauschbaren Angeboten, die in einem Preiskampf enden. Mit der neuen Tourismusstrategie will Kärnten den Fokus auf eine Nr.-1-Positionierung richten und als

das Land mit der höchsten Konzentration an südlicher Lebensqualität in Österreich auftreten. „Das Attribut ‚südlich‘ steht für ein Lebensgefühl der Gelassenheit, das ganzjährig spürbar ist. Um das authentisch zu vermitteln, müssen unsere Angebote, Produkte, Projekte und die Bewerbung der DNA-Kärntens entsprechen – sie müssen gesellig, maßvoll, überschaubar, bewahrend und fein sein“, so Benger.



Der Drauradweg soll zu einem Kärntner Leadprodukt entwickelt werden.

Selbstverteidigungskurse für Frauen

Wie bereits in den Jahren zuvor organisieren Kärntens „Gesunde Gemeinden“ auch heuer wieder Selbstverteidigungskurse speziell für Frauen und Mädchen. Um dem gesteigerten Sicherheitsbedürfnis der Kärntnerinnen noch besser

gerecht werden zu können, wurden für heuer zusätzliche Schnupperworkshops für Einsteigerinnen ins Programm aufgenommen. Diese stehen kostenlos zur Verfügung und werden an zwei Terminen in den Bezirken Klagenfurt-Land, Villach-Land, Wolfsberg, Völkermarkt, St. Veit, Spittal und Hermagor angeboten.

**NIEDERÖSTERREICH****Die Kursteilnehmerinnen und -teilnehmer.**

Ausbildung für Umweltgemeinderäte

Um neue Umweltgemeinderätinnen und Umweltgemeinderäte für ihre Aufgabe zu rüsten, bot die Energie- und Umweltagentur NÖ den zweiten Einführungskurs mit dem Schwerpunkt „Natur- und Umweltschutz auf Gemeindeebene“ an. Der

Kurs vermittelt das nötige Rüstzeug, das Umweltgemeinderäte für ihre Funktion benötigen. Bei dem fünftägigen modularen Kurs erhielten die Teilnehmer das Handwerkszeug, um einen Gemeinde-Umweltbericht zu erstellen.

Klosterneuburg zu Wien?

Der Bezirk Wien-Umgebung wird 2017 aufgelassen.

Klosterneuburg soll dann zum Bezirk Tulln gehören – samt „TU“ am Autokennzeichen. Eine Bürgerinitiative möchte das verhindern und will, dass Klosterneuburg zu Wien kommt. „Lieber Nobelbezirk in Wien als Vorort von Tulln“ lautet der Slogan der Initiative. „Was haben wir mit Tulln zu tun?“, fragt Gemeinderat Peter Hofbauer, der früher bei der SPÖ war und nun eine eigene Liste hat. Aus seiner Sicht hätte die

Rückkehr nach Wien große Vorteile: den Anschluss an das Wiener Verkehrssystem, das Gesundheitswesen oder das Hochquellenwasser. Klosterneuburger Pendler würden von einer Erweiterung der Kernzone 100 der Verkehrsverbundes Ost profitieren. Bürgermeister Stefan Schmuckenschlager (ÖVP) hält von der Idee nichts. „Die Stadt zu einem Teil Wiens zu machen, ist für mich keine Option“, sagt er im „Kurier“. Vor allem weil die Gefahr bestehe, dass Klosterneuburg in einen bestehenden Bezirk integriert werden könnte.

**OBERÖSTERREICH**

Lösung für Hausapotheken gefordert

16 Landgemeinden, die durch die gesetzliche Situation bei den ärztlichen Hausapotheken die Gesundheitsversorgung ihrer Bevölkerung gefährdet sehen, haben sich zusammengeschlossen, um gemeinsam auf ihre Probleme aufmerksam zu machen. Anfang März traf Landeshauptmann Josef Pühringer mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern zu ei-

ner Aussprache zusammen. Nach dem Treffen erneuerte Pühringer gemeinsam mit dem Bürgermeister von Lasberg, Josef Brandstätter, die Forderung an den Bund nach einer raschen Lösung: „Wir brauchen in dieser Frage Klarheit, denn es stehen immer mehr Ordinationsübergaben an, und sehr viele scheitern daran, dass Hausapotheken wegfallen würden.“

**Die Übernahme von Landarztstellen durch junge Ärztinnen und Ärzte scheitert oft, weil diese keine Hausapotheke mehr führen dürften.**

Erneuerbare Energie in den Gemeinden

Eine aktuelle Umfrage zeigt, dass die oberösterreichischen Gemeinden voll auf erneuerbare Energie setzen. Zum Einsatz kommt vor allem Biomasse. 55 Prozent der kommunalen Gebäude werden mit dieser Energieform beheizt. In 84 Prozent der Kommunen gibt es mindestens ein gemeindeeigenes Gebäude,

das mit Biomasse beheizt wird. Die Nutzung von Photovoltaik landete bei 76 Prozent, Solarwärme bei 19 Prozent. Bereits in zwei Drittel der oberösterreichischen Gemeinden gibt es kein Gebäude mehr, das mit Öl beheizt wird. Allein durch die bei kommunalen Bauten genutzte Biomasse werden etwa 65.000 Tonnen an Holz energetisch verwertet.



SALZBURG



Der Vorsitzende der Pinzgauer Bürgermeisterkonferenz, Hans Warter (Bürgermeister von Piesendorf), Hannes Schernthaner und Bernhard Gratz (beide von der BH Zell am See) und Gebhard Neumayr (Gebietsbauleiter WLV Pinzgau).

Vorsorgemodell für Deponieflächen

Die Bezirkshauptmannschaft Zell am See geht gemeinsam mit Grundeigentümern, den Gemeinden und der Wildbach- und Lawinerverbauung im Pinzgau einen neuen Weg, um nach Unwettern Schutt und Geröll zu entsorgen. Bereits jetzt werden für Unwettersituationen vorsorglich Flächen gesucht, auf die im Ernstfall Schutt und Geröll gebracht wer-

den können. Zwischen den Grundeigentümern und den Gemeinden oder auch Wildbachgenossenschaften werden Dienstbarkeitsverträge abgeschlossen, die auch Grundlage der Verfahren sind. Die Grundeigentümer werden für die Bereithaltung und Nutzung ihrer Flächen entschädigt. Die Gemeinden tragen diese Vorgehensweise mit, weil sie mehr Sicherheit bringt.

Schnelle Abrechnung von Sozialleistungen

Das „Soziale Informationssystem“ (SIS) unterstützt die Verwaltung in der Sozialabteilung und in den Bezirkshauptmannschaften. Das System ermöglicht eine schnelle und effiziente Genehmigung und Abrechnung der Leistungen mit den einzelnen Trägern aus

dem Sozialbereich. Das Soziale Informationssystem unterstützt die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Bezirksverwaltungsbehörden und der Sozialabteilung in ihren Tätigkeiten und ermöglicht einen einheitlichen Vollzug der Aufgaben von der Antragstellung bis zur Erledigung und Anweisung beziehungsweise Verrechnung von Leistungen.



STEIERMARK



Gnas vollzog den größten Zusammenschluss

Gnas, im Bezirk Südoststeiermark, vollzog mit dem Zusammenschluss von zehn Kommunen die größte Fusion des steirischen Gemeindeformprojekts. Anfangs war der Widerstand groß, mittlerweile ist aber wieder Ruhe eingekehrt. Früher hatten alleine die Bankgebühren, die die zehn Gemeinden für Überweisungen untereinander zahlen mussten, 15.000 Euro pro Jahr ausgemacht, berichtet Bürgermeister

Gerhard Meixner in der „Kleinen Zeitung“ über eine von mehreren Einsparungen. Auch für Versicherungen müsse man nun deutlich weniger ausgeben. Und dass jetzt nur noch ein Flächenwidmungsplan erstellt wird und nicht zehn, bringe auch Einsparungen. In vier der neun alten Gemeindeämter zogen Mieter ein, Ärzte, Versicherungen, Physiotherapeuten, das bringe Mieteinnahmen, so der Bürgermeister.



In Gnas wurde aus zehn Gemeinden eine.

Gemeinden fasteten sich „federleicht“

Die Gemeinden Weiz und Passail starten in der Fastenzeit eine Initiative zur Verbesserung der Gesundheit ihrer Bürger. Unter dem Motto „federleicht“ beteiligte sich in den beiden Orten fast die ganze Gemeinde an der Aktion.

Neben den Bürgerinnen und Bürgern machten auch Gastronomiebetriebe und örtliche Apotheken mit. Die Fastenden ernährten sich sieben Tage lang von frisch gepressten Obst- und Gemüsesuppen sowie von vitalstoffreichen Kraftbrühen. Auch die Landeshauptstadt Graz nahm an der Aktion teil.

www.facebook.com/nutriteam.at



TIROL



Zehn Millionen Euro jährlich an Landesförderungen für die Breitbandoffensive.

129 Gemeinden erhielten **Breitband**

Mit Ende 2015 haben sich 129 Tiroler Gemeinden an der Breitbandoffensive beteiligt. Im Endausbau können 214.000 Tirolerinnen und Tiroler im ländlichen Raum mit ultraschnellem Internet versorgt werden. „Bis zum Jahr 2018 investieren wir insgesamt 50 Millionen

Euro an Landesförderungen in den Breitbandausbau“, kündigt Landesrätin Patrizia Zoller-Frischauf an. Die Landesförderungen in der Höhe von zehn Millionen Euro jährlich teilen sich in 7,5 Millionen Euro aus der Breitbandförderung und 2,5 Millionen Euro aus dem Gemeindeausgleichsfonds auf.

Teureres Wohnen durch neue Vorschriften?

Der Innsbrucker Stadtsenat lehnt die neuen technischen Bauvorschriften des Landes Tirol ab. Diese würden zu einer zusätzlichen Verschärfung der Richtlinien und somit Verteuerung des Wohnens in Innsbruck führen, wird kritisiert. Der Verordnungsentwurf des Landes sieht unter anderem vor, dass Neubauten sowie umfangreich renovierte Gebäude mit einer

Infrastruktur für Hochgeschwindigkeits-Datenetze ausgerüstet werden müssen. Außerdem sei in Richtung Wärme- und Brandschutz sowie Barrierefreiheit nachzuschärfen. Landesrat Johannes Tratter reagiert mit Unverständnis. Die Neuerlassung der Technischen Bauvorschriften 2015 diene der verpflichtenden Umsetzung der europarechtlichen Vorgaben und der Richtlinien des Österreichischen Instituts für Bautechnik (OIB), so Tratter.



VORARLBERG



6,3 Millionen für Einsatzorganisationen

Auf gleichbleibendem Niveau halten Land und Gemeinden die Bedeckung des Vorarlberger Rettungsfonds. Seine finanzielle Ausstattung beläuft sich heuer wie im Vorjahr auf rund 6,3 Millionen Euro. Den Rettungsfonds stellen Land und Kommunen gemeinsam aus. Dabei schießt das Land 60 Prozent zu, der Beitrag der Gemein-

den liegt bei 40 Prozent. Seit 2009 kommt dieser Finanzierungsschlüssel zur Anwendung. Zuvor hatten die Gemeinden 55 Prozent der Mittel aufzubringen, das Land steuerte 45 Prozent bei. „Mit der Neuregelung wurde eine deutliche Entlastung für die Kommunen erreicht“, erinnert Landeshauptmann Markus Wallner.



40 Prozent der Gelder für den Rettungsfonds kommen von den Gemeinden.

Geld für Wasser-Infrastruktur

Mit insgesamt mehr als 135.000 Euro unterstützt das Land Vorarlberg die Umsetzung von drei Projekten im Bereich Wasserversorgung und Abwasserreinigung. Die Gesamtkosten für die Realisierung der Vorhaben in Vandans, Frastanz und Alberschwende belaufen sich in Summe auf knapp 643.000 Euro. Das kostenaufwendigste Projekt wird an der Abwas-

serreinigungsanlage Montafon in Vandans umgesetzt. Prozessleitsystem und EDV-Technik sollen erweitert und erneuert werden. In Frastanz ist geplant, auf den Dächern des Feuerwehrhauses und eines Pumpwerks Photovoltaikanlagen zu errichten. In Alberschwende kann durch die Errichtung einer Photovoltaikanlage ein erheblicher Teil des Bedarfs der Abwasserreinigungsanlage künftig mit Sonnenkraft gedeckt werden.

PERSONALIA

EHRUNGEN



MIT ENTSCHLISSUNG VOM 2 FEBRUAR 2016 HAT BUNDESPRÄSIDENT DR. HEINZ FISCHER VERLIEHEN:

Die Goldene Medaille für Verdienste um die Republik an

MARTIN KREUZMAYR, ehem. Gemeinderat der Stadtgemeinde Grieskirchen, OÖ

Franz PAPA, ehem. Gemeinderat der Stadtgemeinde Grieskirchen, OÖ

Alois RUMPFHUBER, ehem. Gemeinderat der Stadtgemeinde Grieskirchen, OÖ

Dr. Oskar STEINMAIR, ehem. Gemeindevorstand der Gemeinde Ungenach, OÖ

Marianne VIERTLMAYR, ehem. Gemeinderätin der Gemeinde Kaltenberg, OÖ

Hermann HÖLZL, ehem. Gemeindevorstand der Gemeinde Kaltenberg, OÖ

Syliva DENKMAIER, ehem. Gemeinderätin der Marktgemeinde Schenkenfelden, OÖ

Richard WOISETSCHLÄGER, ehem. Gemeinderat der Marktgemeinde Schenkenfelden, OÖ

Leopold HORNER, ehem. Gemeinderat der Marktgemeinde Schenkenfelden, OÖ

Hermann AUER, ehem. Gemeinderat der Gemeinde Großraming, OÖ

Johann SCHÖRKHUBER, ehem. Gemeinderat der Gemeinde Großraming, OÖ

Franz GSÖLLPOINTNER, ehem. Gemeindevorstand der Gemeinde Großraming, OÖ

Josef HAIDER, ehem. Gemeinderat der Gemeinde St. Agatha, OÖ

Johann PARZER, ehem. Gemeinderat der Gemeinde Diersbach, OÖ

Karl MAYR, ehem. Gemeinderat der Gemeinde Diersbach, OÖ

Gerhard SCHMIEDBAUER, ehem. Gemeindevorstand der Gemeinde Diersbach, OÖ

Johann STIEGER, ehem. Gemeinderat der Gemeinde Diersbach, OÖ

Dritter Bürgermeister in zwölf Monaten

MARKGRAFNEUSIEDL// Die Gemeinde Markgrafneusiedl hat seit kurzem mit Franz Mathä den dritten Bürgermeister innerhalb von zwölf Monaten. Der 52-Jährige wurde am Abend des 8. Februar in sein neues Amt gewählt. Sein Vorgänger Helmut Fellingner hatte als Interims-Bürgermeister gedient, um der SPÖ-Fraktion der Gemeinde Zeit zu geben, sich personell neu zusammenzusetzen. Denn nachdem die Gemeinderatswahlen 2015 der SPÖ einen Mandatsverlust brachten, legte der langjährige Bürgermeister Erwin Hrabal sein Amt zurück. Für Mathä kommen seine neuen Aufgaben nicht ganz unvermittelt, denn er war immerhin für ein Jahr Vizebürgermeister.



Gottfried Krammel hört auf

WÖBLING// Gottfried Krammel war 35 Jahre im Gemeinderat Wöblings tätig. Beinahe elf Jahre, seit 2005, war er Bürgermeister der 2600-Einwohner-Marktgemeinde. Nun hat er seinen Rücktritt angekündigt. Ab Anfang April soll die bisherige Vizebürgermeisterin Karin Gorenzel das Amt übernehmen.



Brigitte Praxmarer gewählt

FLAURING// Brigitte Praxmarer ist eine von fünf neuen Tiroler Bürgermeisterinnen. Nach vielen Jahren in der Kommunalpolitik freut sie sich, jetzt das Amt bekleiden zu dürfen. „Es fühlt sich ganz anders an, Bürgermeisterin zu sein, obwohl sich ja bis jetzt noch nichts geändert hat“, erzählt sie. Ihre 1200-Einwohner-Heimatgemeinde Flaurling wählte sie am 28. Februar 2016 mit 68,81 Prozent zur neuen Ortschefin. Mit ihr freut sich die Liste „Sozialdemokraten und Parteiunabhängige, Gemeinsam für Flaurling“, die außerdem drei Mandate im 13-köpfigen Gemeinderat dazugewann und nun mit sieben Sitzen vertreten ist. Praxmarer ist zwar zum ersten Mal Bürgermeisterin, aber engagiert sich schon viele Jahre für die Gemeinde: zwölf Jahre hatte sie ihren Vorgänger Gerhard Poscher im Gemeinderat unterstützt, sechs davon als Vizebürgermeisterin.



60. GEBURTSTAG: HANS HINGSAMER FEIERT JUBILÄUM**„Ich wünsche mir vom Finanzausgleich, dass jeder Bürger gleich viel wert ist.“**

EGGERDING// Er neigt nicht zum Poltern, sondern ist eher ein leiser Kämpfer für die Interessen der Gemeinden. Und er blickt mittlerweile auch auf mehr als 30 Jahre im kommunalen Dienst zurück. Die Rede ist von Hans Hingsamer, Bürgermeister der Gemeinde Eggerding im Innviertel, der Mitte Februar seinen 60. Geburtstag feierte. 1985 kam er in den Gemeinderat seiner Heimatgemeinde, 1991 übernahm er den Bürgermeisterjob und 2010 wurde er zum Präsidenten des Oberösterreichischen Gemeindebundes gewählt – soweit im Zeitraffer der Werdegang des Landwirts und Vater von drei Töchtern. KOMMUNAL hat mit dem Jubilar gesprochen:

Auf die Frage, wo er in den vergangenen 30 Jahren Veränderungen am stärksten gespürt hat, holt er tief Luft: „Also persönlich waren das 1997 mein Einzug in den Landtag und die Wahl zum Gemeindebund-Präsidenten 2010. Die Veränderungen in der Gemeinde beruhen vor allem auf die doch recht ansehnliche Zahl an Projekten, die ich umsetzen konnte. Und auf Landesebene muss ich sagen, dass die Steigerung der Aufwendungen im Sozial- und Gesundheitsbereich die stärkste Veränderung war.“

„Obwohl“, schränkt er ein, „ich es mir ja 2010 zum Ziel gesetzt habe, gerade die Kostensteigerungen einzubremsen. Ein Ziel, das mir auch gelungen ist, wenn ich mir die Zahlen des Gemeindefinanzberichts ansehe.“ Der Finanzbericht zeigt auf, dass in Oberösterreich 2010 298 Gemeinden nicht ausgeglichen bilanzieren konnten und 90 Millionen Euro Haushaltsabgang hatten, während es heuer nur mehr 116 Abgangsgemeinden und 16 Millionen waren. Ein Erfolg, mit dem er sich nicht zu verstecken braucht. Zu den Gemeindefinanzen hat Hingsamer auch einen Geburtstagswunsch, wie er uns verrät: „Ich wünsche mir vom Finanzausgleich, dass jeder Bürger gleich viel wert ist. Die Ballungsräume und die Städte haben ja von Haus aus deutlich mehr Einnahmen, und das soll auch so sein.“

Aber der Finanzausgleich sollte keine Unterschiede zwischen Menschen auf dem Land und Menschen in der Stadt machen.“ Ein Thema überlagert allerdings auch unser Gespräch: Die Frage nach den Asylwerbern. Wie es denn in den oberösterreichischen Gemeinden geht, wollen wir wissen. „Derzeit etwas besser, weil der Andrang etwas nachgelassen hat. Aber wir sind dennoch in einer doppelt schwierigen Lage durch die Grenze zu Bayern. Zum einen liegen wir direkt an der Transitroute. Das Aufkommen der Flüchtlinge konnten wir durch den großen Einsatz freiwilliger Helfer gut meistern. Momentan läuft alles geordnet ab, jedenfalls bis es wieder mehr werden. Aber ich muss auch sagen, dass die Leistungsfähigkeit der Freiwilligen an ihre Grenze stößt – viel geht da nicht mehr.“ Sorge bereitet Hingsamer auch, dass die Bereitschaft zur Hilfe nachlassen könnte. „Wir haben das nach den Ereignissen von Köln gesehen, da haben etliche ihr Engagement sozusagen ‚zurückgefahren‘.“ In einer besonders prekären Lage ist Schärding, wo sich das Sammelzentrum für diejenigen Flüchtlinge befindet, die nicht nach Bayern durften. „Je länger es dauert, desto schwieriger wird das.“ Und die angesprochene doppelt schwierige Lage, von der Hingsamer gesprochen hat, betrifft die Grenzsituation zu Bayern. „Wir haben im Innviertel an die 7500 Tagespendler nach Deutschland – die wieder eingeführten Kontrollen an der Grenze treffen diese Menschen hart.“

**PERSONALIA-LINKS**

Mehr Personalia gibt es auf www.gemeindefbund.at

TERMINE IM APRIL UND MAI




31 / Mai

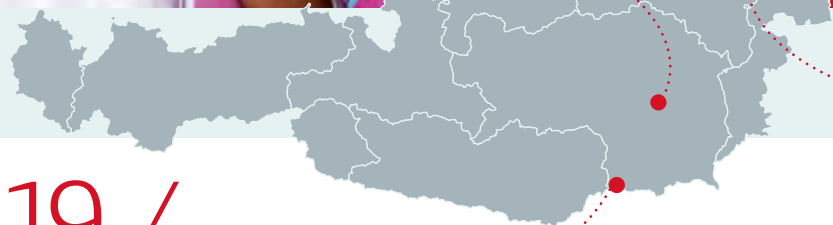
Award „Kommunales Engagement“

Bis Ende Mai können Bauherren, Institutionen und Gemeinden ihre Projekte für den Lebenszyklus-Award einreichen, mit dem der Verein erstmals im deutschsprachigen Raum Bauherren für eine hohe Organisations-, Kultur und Prozessqualität – einstweilen für den Hochbau – auszeichnet.

Einreichfrist: 31. Mai 2016

Die Verleihung des Special Awards „Kommunales Engagement“ findet im Rahmen des 6. Kommunalwirtschaftsforums am 20. und 21. Oktober 2016 in Graz statt.

 ig-lebenszyklus.at/qualitaetsoffensive2016
Ort: Wien / Graz



19 / April

9. Erfahrungsaustausch Hochwasser



Behandelt werden aktuelle Themen des Wasserrechts und die Auswirkungen der EU-Hochwasserrichtlinie 2007/60/EG für Hochwasserschutzverbände. Neben Fragestellungen des relevanten Hochwasserrisikomanagements wird auch auf Aspekte der Ereignisbewältigung und des Katastrophenschutzes eingegangen.

 www.oewav.at
Ort: Bad Radkersburg



15 / Mai

Frist für Studium „Public Management“

Mit einer Kombination aus Wirtschaft, Recht, Politik, Verwaltung und Managementlehre bietet die FH Campus Wien ein maßgeschneidertes Studium für den öffentlichen Sektor: Public Management bildet bedarfsgerecht, fächerübergreifend und praxisnah mit akademischem Abschluss aus. Das Studium schafft eine fundierte Grundlage für modernes, effizientes Verwalten und Wirtschaften mit gesellschaftlicher Verantwortung.

Theorie und Praxis auf hohem Niveau

Den Studierenden eröffnet Public Management die Chance, gesellschaftliche Rahmenbedingungen und Strukturen im öffentlichen Sektor mitzugestalten. Zum öffentlichen Sektor als Arbeitsmarkt gehören die öffentlichen Unternehmen der Daseinsvorsorge ebenso wie Bund, Länder, Gemeinden, europäische Institutionen und internationale Organisationen, Interessensvertretungen und Sozialversicherungsträger.

Bachelorstudium Public Management: berufsbegleitend, 6 Semester, 180 ECTS, 363,36 Euro Studienbeitrag pro Semester plus ÖH Beitrag

Masterstudium Public Management: berufsbegleitend, 4 Semester, 120 ECTS, 363,36 Euro Studienbeitrag pro Semester plus ÖH Beitrag
Tel.: +43 1 606 68 77 - 3800
publicmanagement@fh-campuswien.ac.at

Bewerbungsfrist noch bis 15. Mai 2016

 www.fh-campuswien.ac.at
Ort: Wien



02 / Mai

Startschuss für den Aquila 2016

Das KfV (Kuratorium für Verkehrssicherheit) und der Österreichische Gemeindebund prämiieren erneut engagierte Verkehrssicherheitsprojekte von Unternehmen, Kindergärten, Schulen, Städten und Gemeinden sowie von Vereinen und Institutionen. Innovative Projekte können bis spätestens **2. Mai 2016** im KfV eingereicht werden.

Verkehrssicherheit ist eine Herzensangelegenheit - Kindergartenkinder, Schüler und Schülerinnen, Eltern, Gemeinden sowie unzählige Institutionen und Unternehmen setzen sich jährlich mit viel Begeisterung, jeder Menge Kreativität und Herz ein, um ihren Beitrag für mehr Sicherheit auf Österreichs Straßen zu leisten. Als Belohnung winkt auch 2016 der Österreichische Verkehrssicherheitspreis, der am 16. Juni 2016 in Form der Trophäe „Aquila“ verliehen wird.

Die Verleihung erfolgt in Wien im Rahmen einer feierlichen Abendgala am 16. Juni 2016.

Auskünfte und Rückfragen:

KfV-Kommunikation & Marketing / Mag. Ingrid Rozhon MAS
Tel.: 05 77 0 77-1911
E-Mail: veranstaltungen@kfv.at

 www.kfv.at/aktuelles
Ort: Wien

19-21 / April

Bibliothek. Einstiegswissen

Für Bibliotheken und Informationseinrichtungen ohne bibliothekarische Ausbildung und am Bibliothekswesen Interessierte veranstaltet die Österreichische Nationalbibliothek vom 19. bis zum 21. April einen „Bibliothekarischen Einstiegskurs“.

 <http://www.onb.ac.at/brainpool/sem/kurs21.htm>
Ort: Wien

„UNNÜTZES“ WISSEN

WAS SIE NOCH NIE
WISSEN WOLLTEN



2015 starben mehr Menschen durch Selfies als durch Haiangriffe

Dass Haie gar nicht so gefährlich sind wie uns „Der weiße Hai“ vormachen wollte, sollte inzwischen bekannt sein. Dass aber sogar Selfies mehr Todesopfer fordern als die lange gefürchteten Fische, ist neu.



Selfies sind gefährlicher als Haie – zumindest für den großen, aber harmlosen Sandtigerhai im Bild gilt das ganz bestimmt. Aber bitte nicht mit einem Tigerhai verwechseln!

Von Januar bis September 2015 forderten Selfies mit derzeitigem Stand weltweit 12 Todesopfer – Haie hingegen töteten im selben Zeitraum „nur“ acht Menschen. Die Todesfälle sind meist eine Folge von Unachtsamkeit – zuletzt stürzte ein japanischer Tourist etwa eine Treppe vor dem Taj Mahal hinunter und verstarb an den Folgen. Neben Stürzen sind auch Züge eine große Gefahrenquelle: Selfie-Fans, die Fotos von oder in der Nähe von Zügen machen, werden häufig verletzt.

An manchen Touristendestinationen ist das Selfie – oder der Selfie-Stick – deshalb bereits verboten. Das russische Innenministerium veröffentlichte außerdem eine Broschüre, in der vor „Selfies, die Leben kosten können“, gewarnt wird.

http://mashable.com/2015/09/21/selfie-deaths/#k1q_Fulw8kql

IM NÄCHSTEN **KOMMUNAL** *



„Wasser“ und „Katastrophenschutz“

Wasser ist ein lebenswichtiges Versorgungsgut. Und die Gemeinden sorgen dafür, dass die Versorgung mit Wasser aufrecht bleibt und reibungslos funktioniert. Aber wenn „Wasser zu viel wird“, ist eine Katastrophe schnell da.

KOMMUNAL 5/2016 erscheint am 4. 5. 2016

* Angekündigte Themen können sich aufgrund aktueller Entwicklungen ändern.

IMPRESSUM

Herausgeber Österreichischer Gemeindebund, Löwelstraße 6, 1010 Wien

Medieninhaber Österreichischer Kommunal-Verlag GmbH., Löwelstr. 6, 2. Stock, 1010 Wien, Tel. 01/532 23 88, Fax 01/532 23 77, E-Mail: kommunalverlag@kommunal.at
www.kommunal.at **Geschäftsführung** Mag. Michael Zipmer

Redaktion Tel.: 01/ 532 23 88; Mag. Hans Braun - DW 16 (Chefredaktion) hans.braun@kommunal.at; Mag. Helmut Reindl - DW 15 helmut.reindl@kommunal.at; Andreas Hussak - DW 37 andreas.hussak@kommunal.at;

Adressverwaltung Elisabeth Leitner - DW 18 elisabeth.leitner@kommunal.at

Grafik Thomas Max - DW 42 thomas.max@kommunal.at

Fotos www.shutterstock.com; www.bilderbox.at;

Anzeigenberatung Tel.: 01/532 23 88; Mag. Sabine Brüggemann - DW 12, sabine.brueggemann@kommunal.at; Martin Mravlak - DW 28, martin.mravlak@kommunal.at; Martin Pichler - DW 11, martin.pichler@kommunal.at;

Redaktionsbeirat Mag. Ewald Buschenreiter (Verband der sozialdemokratischen Gemeindevertreter NÖ), Mag. Johann Drabek (BM für Wirtschaft, Forschung und Wissenschaft), Mag. Nicolaus Drimmel (Österreichischer Gemeindebund), Mag. Amra Ducic (BM für Europa, Integration und Äußeres), Mag. Michael Kallinger (Bundeskanzleramt), Daniel Kosak (Österreichischer Gemeindebund), Dr. Susanne Keppler-Schlesinger (BM für Europa, Integration und Äußeres), Dr. Walter Leiss (Österreichischer Gemeindebund), Prof. Helmut Mödlhammer (Österreichischer Gemeindebund), Mag. Alexander Marakovits (BM für Inneres), Mag. Johannes Pasquali (BM für Finanzen), Prof. Dietmar Pilz (Österreichischer Gemeindebund), Mag. Dominik Rumler (BM für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt- und Wasserwirtschaft), Mag. Christian Rupp (IKT-Board im Bundeskanzleramt), Univ.-Prof. Dr. Reinbert Schauer (Johannes-Kepler-Universität Linz), Mag. Michael Zipmer (Österreichischer Kommunal-Verlag)

Hersteller Leykam Druck, 7201 Neudörfel; PEFC-zertifiziert: Dieses Produkt stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen – www.pefc.at

Druckauflage 35.238 (Jahresdurchschnitt 2015)

Persönlich gezeichnete Artikel fallen unter die Verantwortlichkeit des Autors und müssen sich nicht unbedingt mit der Meinung von KOMMUNAL decken.

Hinweis zu Gender-Formulierung Bei allen Bezeichnungen, die auf Personen bezogen sind, meint die gewählte Formulierung beide Geschlechter, auch wenn aus Gründen der leichteren Lesbarkeit die männliche Form verwendet wird.

The Deloitte logo, consisting of the word "Deloitte" in a bold, blue, sans-serif font.The logo for NÖ Gemeindeberatung, featuring the letters "NÖ" in a large, bold, blue font, followed by a vertical bar and the words "Gemeindeberatung" in a smaller, blue, sans-serif font.

Personalverrechnung

Wie Gemeinden jetzt ihre Personalverrechnung organisieren?

Seit Jahren sind wir Berater der österreichischen Gemeinden bei steuerlichen und betriebswirtschaftlichen Fragen. Sehr aktuell geht es da heute um zB. die Organisation der Personalverrechnung und die Frage, ob eine Auslagerung (Outsourcing) von Teilbereichen ein Lösungsansatz sein kann.

Viele Gemeinden konfrontieren uns mit arbeitsrechtlichen Fragen, die immer wichtiger, aber auch immer komplexer werden. Auch die steuerliche Situation von Gemeindefachkräften stellt eine aktuelle Herausforderung dar.

Gerade jetzt ist guter Rat mit dem bestmöglichen Know-how gefragt. Daher stehen wir mit unseren praxiserprobten Top-Experten bereit, um Sie bei diesen Aufgabenstellungen bestmöglich zu unterstützen.

Gerne geben wir Ihnen in einem unverbindlichen Gespräch Einblick in unsere aktuelle Fach-Expertise und beantworten erste Fragen:

Österreich WEST
(Innsbruck)

Mag. Gunnar Frei
gfrei@deloitte.at
Tel.: +43 512 582 555-39

Österreich SÜD
(Graz)

Mag. Friedrich Möstl
fmoestl@deloitte.at
Tel.: +43 316 37 30 37-1400

Österreich OST
(St. Pölten)

Mag. Ursula Stingl-Lösch
ustinglloesch@noegbg.at
Tel.: +43 2742 321 86

DIE WAHRHEIT SCHWARZ AUF WEISS:

NUR EIN SYSTEM TRENNT ROT-WEISS-ROT!



Wie man es dreht und wendet, bei der ARA sind Verpackungen aus Ihrer Gemeinde in den besten Händen. Sie werden getrennt gesammelt und einer sinnvollen Verwertung zugeführt.

Mit Unterstützung von Österreichs Kommunen entlastet die ARA damit die Umwelt um 670.000 t CO₂ und hält die Wertschöpfung in Österreich. Jetzt und in Zukunft.

 [ARA.recycling](https://www.facebook.com/ARA.recycling) www.ara.at

SO MACHT RECYCLING SINN.



DIE ARA GRUPPE

